

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Probleme der Organisation.

Es scheint in der Partei ziemlich Uebereinstimmung darüber vorhanden zu sein, daß die Verhandlungen über den Massenstreik und das Volkserziehungswesen dem Mannheimer Parteitag sein Gepräge verleihen werden. Den zu diesen Fragen gestellten Anträgen wendet sich daher auch das Interesse der Parteigenossen in erster Linie zu, während die zu den übrigen Tagesordnungspunkten vorgebrachten Wünsche und Anregungen weniger Beachtung finden. Vor letzterem Schicksal dürften im allgemeinen wohl nur diejenigen Anträge noch bewahrt bleiben, die in einem gewissen inneren Zusammenhange mit den beiden Hauptfragen der Mannheimer Tagung stehen. Es sind das außer den Anträgen, welche auf eine bessere Fühlung zwischen den Spitzen der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung abzielen, die auf innere Kräftigung und Vervollkommnung der Parteiorganisation gerichteten Anträge.

Die in dieser letzteren Kategorie der Anträge liegenden Forderungen und Tendenzen haben sowohl für die gegenwärtige Situation der Partei, wie für ihre fernere Entwicklung eine große Bedeutung. Da es fraglich erscheint, ob dieselbe in der Partei allgemein genügend erkannt wird, dürfte es angebracht sein, einmal im Zusammenhange auf die sich aufdrängenden organisatorischen Forderungen hinzuweisen.

Unsere Parteiorganisation ist nach ihrer Entstehung eine durchaus bodenständige, in den lokalen Verhältnissen wurzelnde, sie spiegelt diese bis zu einem gewissen Grade wieder und weist daher zunächst recht mannigfaltige Formen auf. Das war bedingt durch die vielerlei Hindernisse, gegen welche sich die Organisation durchzusetzen hatte, vor allem durch die Verfolgungen der sozialistengesetzlichen Zeit und das bis an die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts aufrechterhaltene Verbot des Inverbindungtretens für politische Vereine. Erst seit diese letztere Schranke gefallen, hat das nie ganz zurückgedämmte Streben nach Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte größere praktische Fortschritte aufzuweisen, und jetzt ist die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung und Zentralisation unserer Organisation endlich Allgemeingut der Partei geworden. Die Zentralisation unseres ganzen sozialen Lebens und das allgemeine Wachstum der Partei haben dazu das ihrige beigetragen. Die praktischen Folgerungen, welche sich aus dieser allgemein gewonnenen Ueberzeugung ergeben, kommen nunmehr zum Teil in jenen Anträgen zum Mannheimer Parteitag zum Ausdruck, nachdem der vorjährige Parteitag in Jena in dieser Richtung gute Vorarbeit geleistet hat.

Wenn von einer Reihe Parteiorganisationen beantragt wird, einheitliche Parteilegitimationen zur Einführung zu bringen, so liegt in dieser alten Forderung mehr als das bloße Verlangen nach technischer Vereinfachung und rationellerer Verwaltung, es kommt zugleich der Gedanke der Einheit der ganzen Parteiorganisation darin zum Ausdruck. Je mehr unsere örtlichen Organisationen wachsen, je stärker und lebendiger wird dieser Gedanke in ihnen, und je mehr schwinden für sie die Möglichkeiten lokaler und sektiererischer Abgeschlossenheit. Der wachsende Einfluß des hinauswachsenden unserer Parteibewegung über die lokalen Grenzen äußert sich naturgemäß schließlich in praktischen Forderungen zur Vereinheitlichung der Organisation. Als eine solche Forderung erscheint nun die nach einer einheitlichen Parteilegitimation.

Das Einheitsstreben wird aber dabei nicht Halt machen, denn so verschieden auch die je nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anzuwendenden organisatorischen Mittel sein müssen, so einheitlich sind doch die allgemeinen Grundzüge, von denen bei unserer Organisation auszugehen ist. Leider herrscht darüber in der Partei noch recht viel Unklarheit, und wer für diesen Gedanken eintritt, der wird nicht selten als „Fadant“ und „Bureaufrat“ verfahren, und es gelingt ihm nicht oft, die Gegenseite davon zu überzeugen, daß in dem scheinbaren Chaos wechselseitiger organisatorischer Formen bestimmte Grundzüge zu bewusster Anwendung zu bringen sind. Daß es sich bei allen unseren Organisationsfragen im Grunde nur um die sinn- und sachgemäße Uebertragung unserer allgemeinen Verfassungs- und Verwaltungsforderungen auf das Parteileben handelt, und daß deshalb all die vielen und scheinbar kleinsten organisatorischen Einzelfragen auf bestimmte Grundzüge zurückgeführt oder von ihnen abgeleitet werden können, diese Einsicht beginnt sich erst langsam Bahn zu brechen. Bisher ist sie, selbst wenn sie theoretisch vorhanden gewesen sein sollte, praktisch sehr wenig betätigt worden; das beweisen die vielen inneren Differenzen bei Reorganisationen in der Partei. Wo in der Organisation immer dieser Einsicht gemäß gehandelt wird, dort ist eine eigentliche Reorganisation niemals nötig, weil die Formen und Mittel der Organisation fortwährend bewußt in Einklang gebracht werden mit den wechselnden und wachsenden Bedürfnissen der Agitation und sonstigen Betätigungsbereiche der Partei; es kann sich dort immer nur um mehr oder minder unmerkliche

Anpassungen handeln, die den Organismus ständig verändern, ohne ihn je größeren Erschütterungen auszusetzen.

Dieser erstrebenswerte Zustand ist für die Partei noch nicht vorhanden, er ist auch nicht von heute auf morgen zu schaffen. Aber er läßt sich vorbereiten durch planmäßige Verbreitung der Erkenntnis des Wesens und der inneren Zusammenhänge aller Organisationsfragen. Es müßte daher von der Partei und ihrer obersten Vertretung in diesem Sinne gewirkt werden. Das könnte wohl am besten geschehen durch einen herauszugehenden Leitfadens für die Organisation, in welchem die Organisationspraxis in systematischer und dialektischer Bearbeitung eine grundsätzliche Darstellung erfahren müßte, wobei aus dem großen Fonds der im ganzen Reich gesammelten praktischen Organisationserfahrungen die notwendigen Illustrationsbeispiele zu verwenden wären. Also keine „neue Theorie“ der Organisation, sondern eine theoretische Behandlung der Organisationsfragen unter Zugrundelegung der praktischen Erfahrungen! Ein solcher Leitfadens würde ohne Zweifel vielen Parteigenossen im Lande, die mit der Leitung einer Parteiorganisation betraut worden sind, und aus eigener Erfahrung bisher nicht zu festen Organisationsgrundsätzen gelangen konnten, schätzbare Dienste leisten, und der Partei nicht minder. Die Abhängigkeit der Parteibewegung von einzelnen Personen wäre an manchen Orten wesentlich geringer und die Einsicht in Organisationsfragen weit allgemeiner verbreitet.

Bei der enormen Entwicklung, die unserem Organisationsleben noch bevorsteht, ist aber neben einem allgemeinen Leitfadens für dasselbe weiter ein ständiges Organ zur Information und Verständigung notwendig, eine Art Mitteilungs- und Verwaltungsblatt, ähnlich wie es sich die Parteiorganisation Groß-Berlins für ihre Zwecke geschaffen hat. Die vom Parteivorstand bisher je nach Bedarf versendeten Zirkulare genügen nicht mehr, den inneren Konnex zwischen den immer zahlreicher werdenden Parteifunktionären herzustellen und die strikte Befolgung der ausgegebenen Intentionen zu gewährleisten. Durch die Parteipresse kann das aus naheliegenden Gründen auch nicht in dem notwendigen Maße geschehen, so daß sich ganz von selbst die Forderung eines besonderen, periodisch erscheinenden Organs für diese Zwecke ergibt.

Die beiden vorerwähnten Mittel, die Einheitlichkeit im praktischen Handeln der Partei zu fördern, müßten dann ihre Ergänzung finden in der zum Mannheimer Parteitag von verschiedenen Seiten beantragten Abhaltung periodischer Konferenzen der leitenden Parteikreise des ganzen Reichs. Der eminente Einfluß der gegenseitigen persönlichen Fühlungnahme und Einwirkung muß mehr als bisher zur Herbeiführung einheitlicher Grundlagen für unsere Aktionen und zur Verständigung über diese selbst benutzt werden. Die eingangs behandelte Frage der Einführung einheitlicher Parteilegitimationen, die vom Parteitag nur grundsätzlich beschlossen werden kann, wäre beispielsweise eine derjenigen organisatorischen Fragen, die auf einer solchen Konferenz ihre praktische Lösung finden könnte. Ebenso wäre es mit der notwendigen Verständigung über einheitliche Perioden für die im Organisationsstatut vorgeschriebene Berichterstattung aller Parteikörperlichkeiten, sowie mit der einheitlichen Handhabung derselben. Die notwendige Einheitlichkeit und Vollständigkeit dieser Berichterstattungen würde sich sehr bald auch auf das Urmaterial derselben ausdehnen, auf das in den örtlichen Organisationen benutzte Verwaltungsmaterial, und somit würden die Grundlagen geschaffen für die bereits zur breiten Notwendigkeit gewordenen allgemeinen Parteistatistik, deren Vorhandensein eine Voraussetzung ist nicht nur für die auch in diesem Jahre zum Parteitag wiederum beantragte Einführung des proportionalwählerverfahrens für die Parteitagdelegationen, sondern ganz allgemein für eine systematische Förderung der gesamten Parteibewegung.

Ob es notwendig und empfehlenswert ist, zur Unterstützung des Parteivorstandes diese Konferenzen schließlich zu einer Art ständigen Parteiaussschuss zu erweitern, wie es bereits ein für den Mannheimer Parteitag vorliegender Antrag fordert, diese Frage dürfte wohl durch die Erfahrungen der nächsten Jahre ihre beste Beantwortung finden. Darüber aber dürften kaum weitere Erfahrungen notwendig sein, daß die Leitung der Partei eine Erweiterung erfahren muß, und daß innerhalb derselben eine systematische Arbeitsteilung einzuführen ist, damit die großen und verschiedenartigen Aufgaben, die fortgesetzt anzuwachsen, in befriedigender Weise gelöst werden können. Es sind ja auch nach dieser Richtung hin Anträge für die Mannheimer Tagung gestellt worden, darunter solche, die eine regelrechte Einteilung in Verwaltungsressorts mit verantwortlichen Chefs und diesen unterstellten Hilfskräften fordern, und in der einen oder anderen Form wird man diesen Gedanken wohl in die Wirklichkeit umsetzen.

So ergeben sich aus der gegenwärtigen Situation der Partei für ihre Organisationsgestaltung eine ganze Reihe wichtiger praktischer Fragen, die ihrer Lösung harren und das ganze Organisationsgebilde von der untersten Zelle bis zur obersten Spitze in seinem inneren Bestande berühren. Die praktische Inanrissnahme des Volkserziehungswesens wird unseren Organisationen einen neuen geistigen Anhalt geben und ihre Aufgaben wesentlich erweitern, der sich immer mehr zuspitzende politische Kampf stellt immer größere Anforde-

rungen an ihre Aktionsfähigkeit, die sich spätestens bei den nächsten Reichstagswahlen in ihrer vollen Intensität und Wucht zu zeigen haben wird. Deshalb können unsere Freunde in der Partei, die sich das Volkserziehungswesen oder die allgemeine politische Agitation als spezielles Arbeitsgebiet erkoren haben, dem Fortschritt auf diesen Gebieten nicht besser die Wege ebnen, als durch nachhaltige Unterstützung der Bestrebungen auf Vereinheitlichung und Vervollkommnung unserer Organisation, die ja niemals Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck ist. Möge diese Erkenntnis auch in Mannheim zum Ausdruck kommen.

Wilh. Dittmann · Frankfurt a. M.

Die russische Revolution.

Siedlce.

Die „Russ. Korresp.“ schreibt:

Die Nachrichten, die aus Siedlce bisher eingelaufen sind, lassen die Größe des Verbrechens, das dort verübt worden ist, noch nicht klar erkennen. Die Soldateska war vorsichtig genug, die unglückliche Stadt von der Außenwelt vollständig abzusperren. Aber eins ergibt sich doch schon aus den bisherigen Berichten; das System des Mordens ist in ein neues Stadium getreten. In Siedlce ist zum erstenmale jener Programm-punkt des „Schwarzen Hunderts“ zur Ausführung gelangt, der da lautet: wenn eine Stadt oder eine Ortschaft die Revolutionäre, die es unter den Bürgern gibt, nicht ausliefert, so wird ein Blutbad unter den Einwohnern angerichtet. Nachdem sich die Polizei, nachdem sich das Militär unermüdend erwießen haben, die Revolution einzudämmen, soll nunmehr verfahren werden, wie eine Armee in Feindesland verfährt, wenn dort Zivilisten sich am Kampf beteiligen. In Siedlce ist wirklich die Aufforderung an die Bevölkerung ergangen, die Revolutionäre auszuliefern; als die Bevölkerung hierzu begreiflicherweise unermüdend war, verfuhr man mit Siedlce, einer russischen Stadt, als gälte es, für einen Ueberfall in der Wandshurei Rache zu nehmen. Daß auch diese Taktik der Reaktion ergebnislos sein wird, ist unzweifelhaft, denn wenngleich nicht jeder Russe heute Bomben wirft, so ist doch fast jeder Russe vom Standpunkte der Reaktion aus ein Revolutionär, selbst die Heyden und Now, die sich weigerten, in ein Ministerium Stolypin einzutreten. Das Verbrechen von Siedlce, das ganz nach dem Programm des „Schwarzen Hunderts“ verlaufen ist, wird neue Attentate zeitigen und die Revolution noch blutiger gestalten; und am Ende kann nur der gewalttätige Zusammenbruch des jetzigen Regimes stehen, dessen Politik in nichts besteht, als in der brutalen Gewalttätigkeit, in dem Verüben brutaler Gräuelt.

Ueber die Brutalität der „Selben“ von Siedlce gibt folgendes an den Hilfsverein der deutschen Juden gerichtete Telegramm näheren Aufschluß:

Warschau, 11. September. 6 Uhr 6 Min. Noch immer ist es undurchführbar, nach Siedlce durchzukommen, aber durch Vergleichen der Mitteilungen flüchtender ist doch folgendes festzustellen: Die Mitteilung, daß wegen eines Schusses auf eine Patrouille am Sonnabendabend der Pogrom begann, scheint wiederum Erfindung zu sein. Schon Freitag befürchtete man in der Stadt Megeleien. Das arrangierte Blutbad begann in zwei entlegenen und entgegengesetzten Stadtteilen, als auf dem Stadtturm die rote Laterne erhellte. So wird mir von mehreren Personen berichtet. In mir befreundeten Polen, die flüchteten, sagten Soldaten: „Fürchtet nichts; es ist befohlen, nur Juden niederzumegeln.“ Die Kanonade gegen jüdische Häuser dauerte die ganze Nacht von Sonnabend auf Sonntag. Sobald die Kanonade nachließ, wurde geplündert. Einer Deputation mit dem Rabbiner an der Spitze, die um Beendigung des Blutbades flehte, erklärte der Kommandant, er werde nicht eher Ruhe kommandieren, bis alle Wunden der Stadt ausgeliefert seien. Da dieses Verlangen unmöglich erfüllt werden konnte, dauerte das Massaker an, auch Geschöpfe traten in Aktion; durch sie und auch durch Brandlegung sollen ganze Häuserviertel eingeschifert sein. Flüchtlinge, die ich sprach, und die nur den Anfang des Pogroms miterlebt haben, sprechen von 60 jüdischen Leichen auf der Straße und Hunderten von Verwundeten. Die Toten in den Wohnungen und die Verbrannten in den Häusern lassen sich der Zahl nach nicht bestimmen. Die Panik überträgt sich auf Warschau und auf andere große Städte des Königreichs, da man die Durchführung jenes Programmpunktes des „Schwarzen Hunderts“ erwartet, das von den Bürgerschaften Auslieferung der Revolutionäre, widrigenfalls Mord und Brand gegen die gesamte Bevölkerung, verlangt.

Zwei andere dem Hilfsverein gesandte Telegramme befragen: Warschau, 12. September. Es ist noch immer unmöglich, nach Siedlce zu kommen. Die Plünderungen scheinen noch anzuhalten; sicher ist, daß die jüdische Bevölkerung gestern furchtbar durch Hunger litt.

Petersburg, 12. September. Aus Regierungskreisen in Siedlce wird bekannt, daß das dortige Ostrosensky-Regiment erklärte, es würde auf die Plünderer schießen. Das Regiment wurde daher aus der Stadt entfernt und durch ein Vidawskes Regiment ersetzt, das schon in Ditypol seine brutale Roheit erwiesen hatte. (1)

Und Wolffs Bureau meldet: Petersburg, 12. September. Aus den in den heutigen Blättern vorliegenden Drahtmeldungen über die Vorgänge in Siedlce ist zu ersehen, daß nach Ablauf der zur Auslieferung der Revolutionäre gestellten Frist die Artillerie 12 Kanonenschiffe gegen die Häuser abfeuerte. Viele Juden wurden in ihren Wohnungen ermordet. Eine Abordnung der Bürgerschaft gab vor dem Gouverneur die Erklärung ab, daß die ersten Revolutionäre nicht von Juden, sondern von Offiziersburshen und Reservisten abgebehen wurden.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der russischen Regierung scheint es sehr wider den Strich zu gehen, daß trotz ihrer raffinierten Absperrungsmaßregeln der private Informationsdienst über die Schandthaten von Siedlce doch wenigstens einigermaßen funktioniert.

So lautet ein Telegramm aus Petersburg vom 12. September:

In hiesigen amtlichen Kreisen werden die Meldungen aus Siedlce für fast übertrieben gehalten. Man erklärt, die Korrespondenten seien gar nicht in der Lage, irgendwelche Nachrichten von dort zu versenden.

Die größtenteils sinnlose Verlogenheit dieser amtlichen Aufassung wird ohne weiteres widerlegt durch die der Presse zugehenden Privatdepeschen. Der „Vorwärts“ erhielt gestern (Mittwoch) abend sogar einen längeren Spezialbericht aus Siedlce (betitelt „Die Inquisition in Siedlce“). Wir zitieren aus diesem Bericht die folgenden Punkte:

„Kaum ist das Dialektische Blutbad vorüber, kaum ist das Blut auf den Straßen Warschaws abgewaschen, als eine neue Schreckensstunde die zivilisierte Welt erschütterte: Die Inquisition ist nach Polen übertragen und hat ihren Anfang in der Gouvernementsstadt Siedlce genommen. Zu den gewöhnlichen Mitteln, die die russische Regierung verwendet, zu Raub und Mord, fügte sie jetzt hier noch das alte Inquisitionsmittel, den Brand, hinzu! Die Stadt brennt und sie wird mit Flinten und Kanonen beschossen. Wie ein Heuschreckenschwarm — so bedecken die Hülsen der abgeschossenen Patronen die Straßen. . . .“

Der Verlauf der Inquisition ist folgender: Am Sonnabend, den 8. September, abends 8 Uhr, gingen die patrouillierenden Soldaten die Geschäftsstraßen herum und teilten mit, daß von jetzt an die Geschäfte bis 10 Uhr offen sein dürften statt bis 8, wie die Verordnung bisher lautete. Denjenigen, die ihre Geschäfte trotzdem um 8 Uhr schließen wollten, sagten die Soldaten, es sei Befehl, daß am Sonnabend, den 8. September, die Geschäfte bis 10 Uhr offen sein müßten! — Die Geschäfte blieben also offen. Um 8 1/2 Uhr wurden auf eine Patrouille von unbekannt Personen ein paar Revolverkugeln abgegeben. Ob die Soldaten wirklich verwundet oder gar getötet sind, das teilt die Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Spigeldienste der russischen Regierung steht, natürlich nicht mit.

Nach jenen Schüssen wurde die Stadt, speziell das jüdische Viertel, mit Militär überschüttet. Zur selben Zeit sah man auf dem Magistratsgebäude eine rote Laterne. Kaum bemerkte das Militär diese Laterne, so begann es mit seiner „Arbeit“, wie von einem Signal plötzlich begeistert. Zuerst wurden alle Menschen, die sich auf der Straße befanden, niedergeschossen, dann begannen die Soldaten in die Geschäftsläden hineinzufischen. . . . Dann begann der Raub. Beim Schießen machte das Militär noch Unterschiede zwischen Juden und Christen, aber beim Rauben nicht mehr: Da wurden die zwei größten Geschäfte, die Christen gehören, in aller Seelenruhe mit beraubt. Am Rauben beteiligten sich zumeist soeben entlassene Soldaten, die aus unbekannt Gründen am Freitag in Siedlce angehalten worden waren, statt daß die Bahn sie weiter nach ihrer Heimat beförderte! Die niederen Klassen der Gesellschaft — Räuber, Taschendiebe und polnische Nationalisten — oder wie sie sich nennen „Volksdemokraten“ (!) — halfen bei der „Arbeit“. Als die „Arbeit“, die die ganze Nacht dauerte, zu Ende war, zündete man das Stadtviertel hinter dem Gefängnisse an, wo das jüdische Proletariat wohnt. . . . Die Einwohner liefen auf die Straßen hinaus, um ihr Leben zu retten; aber da wurden sie von Salven empfangen.

Diejenigen also, die in den Häusern blieben, wurden verbrannt, diejenigen, die auf die Straße liefen, wurden niedergeschossen oder von den schwarzen Händen ermordet. . . .

Am Sonntag morgen um 10 Uhr wurde das Schießen seltener; man hörte nur einzelne Schüsse. Am Abend wurde der Marktplatz angezündet, dann die Warschauer, die Prospektowa- und die Wlaskinastraße; um Mitternacht wurde die Sokolower Chaussee und die Langestraße in Brand gesteckt. Auch begann die Schießerei von neuem, und die Soldaten überfielen jüdische Wohnungen. . . . Auf den Straßen sah man nur Soldaten, Leichen und Verwundete. Von den Soldaten wurde nur ein einziger verwundet und zwar von einem Kameraden, als sie beide ein Geschäft plünderten. . . . Niemand wird in die Stadt eingelassen, private Telegramme werden nicht angenommen, die Telefonverbindung ist absichtlich zerstört! Da auch keine Zufuhr erlaubt ist, so leidet die Bevölkerung Hunger. Für die Soldaten hat man einen Waggon Schweine gebracht, die auf den Straßen abgeschlachtet und gefocht werden; auch Brot bäckt man fürs Militär auf den Straßen in Feldküchen. Die Gerichte und die Banken sind geschlossen.

Am Montag hat man das Hotel „Victoria“ bombardiert, das voller Menschen war, desgleichen zwei Privathäuser. Außerdem hat man das jüdische Krankenhaus, in dem viele Verwundete liegen, in Brand gesteckt.

Das ist die erste Folge des Kommuniqués der russischen Regierung. Wollen die europäischen Regierungen, die reichen Juden und Bourgeois die Inquisition nicht mit einer neuen Anleihe an die russische Regierung beantworten? —

Protest.

Der „Voss. Ztg.“ wird in einem Privattelegramm gemeldet: Die sozialistische Partei beschloß, für Donnerstag einen einseitigen Generalstreik als Protest gegen die Vorgänge in Siedlce zu veranstalten.

Strenge Herren.

Petersburg, 12. September. (B. Z. V.) Die Erlaubnis zur Abhaltung des geplanten Kongresses der Kadettenpartei ist nicht erteilt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Die baugewerblichen Scharfmacher an der Arbeit.

Stuttgart, 10. September. (Fig. Ver.)

In der schwäbischen Residenz tagte am Sonnabend der 21. Verbandstag der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften, deren sozialpolitische Tendenz schon durch die Person ihres Vorsitzenden, Herrn Felsch aus Dresden, zur Genüge gekennzeichnet ist. Herr Felsch selbst ist durch Krankheit an der Teilnahme am Kongress verhindert, aber die Verhandlungen werden auch ohne ihn ganz in seinem Geiste geführt. Nach dem Geschäftsbericht, den Genossenschaftsdirektor Schaffrin in Berlin vortrug, erörterte der gleiche Redner auch die Frage der Baukontrolle und brachte dazu folgende Resolution ein:

„Der 21. Verbandstag erkennt dankbar, daß die Staatsbehörden in wirksamer Weise den Bauarbeiterbeschütz fördern, derselbe erachtet eine möglichst gute Baukontrolle für die vornehmste Aufgabe der Baugewerksberufsgenossenschaften und beschließt

1. Letztere zu erziehen, für die beste Lösung dieser Aufgabe zu sorgen sowie

2. gegen die in der Reichstagskommission gefasste Resolution betreffend Regelung des Bauarbeiterbeschützes durch eine Aenderung der Gewerbeordnung und Anstellung von gewählten Vertretern der Arbeiter für die Baukontrolle Stellung zu nehmen und den Reichstag zu bitten, ihr keine Folge zu geben.“

Es sind wirklich sehr arbeiterfreundliche Herren, diese Baugewerksberufsgenossenschaftler! Sie sind so große Freunde des Arbeiterbeschützes, daß sie beiseite keine Bestimmungen darüber in die Gewerbeordnung aufgenommen wissen wollten, sondern vor allem die Baukontrolle selbst als ihre „vornehmste Aufgabe“ zugewiesen zu bekommen wünschten. Belästen sie in diesem Punkte ihren Willen, was hoffentlich nicht der Fall sein wird, so wäre das allerdings eine wertvolle, wirksame Förderung des Bauarbeiterbeschützes durch die Staatsbehörden, an der jedoch die zu schützenden Bauarbeiter keine besondere Freude zu empfinden Gelegenheiten hätten.

Nachdem obige Erklärung einstimmig angenommen worden war, berichtete Baugewerksmeister Herzog-Danzig über die in der Zeit vom 15.—20. Juni d. J. durch technische Aufsichtsbearbeiter vorgenommenen Baukontrollen. Die Verunglückten und die Unternehmer haben nach der Meinung dieses Herrn vorläufig genug zur Vorbeugung gegen Unfälle getan, nicht aber die Arbeitnehmer, die den größten Teil der Unfälle selbst verursachen! Son im ganzen 10 195 revidierten Betrieben waren 6528 in Ordnung, 3667 aber nicht in Ordnung. Die Zahl der zur Meldung gebrachten einzelnen Verstöße betrug 5272, davon 2088 grobe und 3184 leichte. Von diesen „kommen und müßten“ nach der Meinung des Redners 2651 durch die Mitwirkung der Arbeiter vermieden werden. Den Arbeitern waren 776 direkte Verstöße nachzuweisen. Diese Mängel sind natürlich ohne wesentlichen sachlichen Wert, da die Erhebungen ja von den Werkmeistern, denen eine besondere Objektivität nicht zumuten ist, selbst vorgenommen wurden. Die Versammlung beauftragte aber dennoch den Vorstand, solche Erhebungen regelmäßig zu veranstalten.

Dann sprach Zimmermeister Rich. Braunschweig über Verstöße der Versicherten gegen die Unfallvorschriften und ob es nicht notwendig sei, natürlich „im Interesse der Arbeiter“, auf eine Erhöhung der im § 112 Abs. 1 Ziffer 2 vorgesehenen Geldstrafe hinzuwirken. In seinem Referat wendete sich Herr Rich lebhaft gegen die von den freien Gewerkschaften veranstalteten Unfallstatistiken, mit denen den Arbeitern nicht geholfen, sondern nur „Agitationsmaterial“ beschafft werden sollte. Der Vorstand sei aber nach reiflicher Erwägung dazu gekommen, vorläufig noch nicht für Erhöhung der Geldstrafen einzutreten. Dagegen brachte er folgende, dann auch angenommene Resolution ein:

„Der Verbandstag beschließt im Interesse der versicherten Arbeitern und auf Grund der gewonnenen Ergebnisse der Bauaufsicht, die Revisionsbeamten anzuweisen, in Zukunft jeden Verstoß der Versicherten direkt festzulegen und unter Beweis zu bringen, so daß in den einzelnen Fällen die Begründung von Strafanträgen erfolgen kann. Von den Strafanträgen und deren Ergebnissen ist dem Vorstand des Verbandes direkt Kenntnis zu geben, daß er in den regelmäßigen Versammlungen Mitteilung darüber machen kann.“

Darauf referierte Direktor Schaffrin über die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Natürlich hielt er vor allem die Krankenversicherung für reformbedürftig, während die Unfallversicherung nach seiner Meinung seiner Reform bedürfe. Die von dem Vorstand zur Krankenversicherungsreform ausgearbeiteten Vorschläge gehen dahin, daß die Krankenkassen an die gewerblichen Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten angegliedert, das noch nicht versicherte Handwerk und Kleingewerbe den Landesversicherungsanstalten überwiesen und auch die Invalidentversicherungen den Berufsgenossenschaften angegliedert werden sollen. An das Referat schloß sich eine Erörterung, die dazu führte, die Beschlussfassung über die Vorstandsentschlüsse zu vertagen und einen außerordentlichen Genossenschaftstag einzuberufen, sobald die Regierungsvorlage erschienen sei.

Kennzeichnend für den Geist der Versammlung war noch, daß der Antrag auf Herausgabe eines Merkblattes über die Rechte und Pflichten der Versicherten auf dem ganzen Gebiete der sozialen Versicherung mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Wie wird man auch dem Versicherten schwarz auf weiß geben wollen, daß er nicht nur Pflichten, sondern sogar Rechte hat! —

Urteile über den Trade-Unionkongress.

London, 9. September. (Fig. Ver.)

Der 30. britische Gewerkschaftskongress nahm gestern sein Ende. Wie gewöhnlich wurde beim Schluß der Verhandlungen ein neues parlamentarisches Komitee gewählt. Zum Komitee gehören auch die Genossen Barnes und Thorne. Die höchste Stimmenzahl erhielt der Arbeiterabgeordnete Chadleton, der zweite Vorsitzende der Arbeiterfraktion. Er wird demgemäß zum Präsidenten des Komitees bestimmt werden, wenn ihn sonstige Pflichten nicht abhalten, dieses Amt zu bekleiden. Der Arbeiterabgeordnete Stead man wurde zum Sekretär wiedergewählt. Unter den Kandidaten zum parlamentarischen Komitee befand sich auch Genossin Bondfield, die Sekretärin der Ladengeschäften, aber die auf sie entfallene Stimmenzahl reichte zur Wahl nicht hin.

Der Kongress nahm einen ruhigen Verlauf, da auf allen Seiten das Bestreben sichtbar war, die Einigkeit zu fördern. Dieses Bestreben war die Folge der Wahlsiege und des neugewonnenen Einflusses der Arbeiter im Parlament, die alle Kongressdelegierten mit Freude und deshalb auch mit dem Geiste der Versöhnung erfüllten. Der Kongress war eine Siegesfeier. Es handelte sich weniger um Diskussionen als um eine freundliche Annäherung zwischen den selbständigen und liberalen Arbeiterabgeordneten. Keir Hardie war nicht Delegierter, aber als er am Freitag in der Kongresshalle erschien, wurde ihm als Präsidenten der Arbeiterfraktion eine stürmische Ovation bereitet. Bei den meisten Delegierten war der Gedanke der Einigung vorherrschend. Ob indes eine Einigung zustande kommen wird und ob sie schon jetzt ratsam ist, dürfte sehr fraglich sein. Die Arbeiterfraktion besteht aus 29 Mitgliedern, davon sind etwa 15 oder vielleicht 18 sozialistisch gesinnt, jedoch sozialistische Anträge und Maßnahmen auf eine Mehrheit in der Fraktion rechnen können. Schließen sich aber die 20 liberalen Arbeiterabgeordneten der neuen Partei an, so wird die Fraktion in ihrer selbständigen Haltung geschwächt sein. Die sozialistischen Abgeordneten werden in der Minderheit bleiben. Denn man kann nicht annehmen, daß die Liberal-Labor-Leute über Nacht ihren Liberalismus ablegen. Es wäre schon deshalb besser, mit der Einigung zu warten, bis sich die neue Arbeiterpolitik bestätigt. Jetzt, wo die bürgerlichen Parteien die Kraft und die Bedeutung der neuen Arbeiterpartei kennen, werden ohnehin Versuche gemacht werden, diesen Faktor zu schwächen oder gar ganz zu beseitigen. Man darf schon jetzt die Voraussage wagen, daß die

leitenden bürgerlichen Politiker nächstes Jahr alle sozialpolitischen Fragen in den Hintergrund drängen werden, da die herrschenden Klassen über das Wachstum des Sozialismus sehr unruhig sind. In England wird der Stillstand in den sozialistischen Diskussionen dadurch erzielt, daß man die alte irische Homerulefrage hervorholt, die die politischen Leidenschaften entfesselt. Wir werden bald „heroische“ Kämpfe zwischen den Homerulern und Antihomerulern erleben, die aber keinen anderen Zweck haben, als den Aufschwung der sozialistischen Arbeiterpolitik zu hemmen. Diesen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Homerule darf man nicht vermissen. Er gehört zum Testament Gladstones.

Es war auch der Geist der neuen Partei, der den Liverpooler Trade-Unionkongress belebte. Der vorjährige Kongress in Danley war dem allgemeinen Urteil nach ein totaler Mißerfolg. Er war ein Leichenzug der liberalen Arbeiterpolitik. Eine Institution muß eine wirkliche Aufgabe haben, um leben zu können. Der Trade-Unionkongress hatte aber in den letzten Jahren keine Aufgabe mehr. Direkt in die Politik eingreifen konnte er nicht. Und im Kampfe für ein besseres Gewerkschaftsrecht erwies er sich als zu schwach. Der Kongress fand deshalb zu einer Parade, zu einer Schaustration herab, die niemand ernst nahm. Er wäre auch an Altersschwäche gestorben, wenn die neue Arbeiterpartei nicht die Bewegung belebte. Der diesjährige Kongress, der im Zeichen der Siege der Arbeiterpartei stand, zeigte deshalb ein anderes Gepräge.

Schon der Jahresbericht, der sonst mit liberalen Gemeinplätzen gefüllt war, schlug diesmal einen neuen Ton an. Er zeigte die Tendenz, über die gewöhnlichen Forderungen hinauszugehen. An einer Stelle sagte der Bericht: „Endlich erwachten die organisierten Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit. Die Bemühungen früherer Jahre wurden durch den Erfolg der letzten Wahlen belohnt. Wir können und nicht mehr begnügen, für einen zum Leben notwendigen Lohn (living wage) zu kämpfen, — einen Lohn, der durch das ehrenehre Geheiß von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wir wollen etwas mehr als das. Wir wollen eine höhere Lebenshaltung, die uns gestattet, unsere Kinder zu erziehen und uns befähigt, an den Gemüthern der Kunst und Literatur teilzunehmen, um wenigstens die Hälfte der guten Dinge zu genießen, die das Leben verschönern und lebenswert machen.“

Nicht minder charakteristisch war jene Stelle in der Eröffnungsrede des Präsidenten Cummings, wo die Siege der Arbeiter an erster Stelle und die der Liberalen an zweiter Stelle erwähnt wurden.

Es liegen zahlreiche Urteile über den Kongress vor, die den belebenden Einfluß der selbständigen Klassenpolitik bezeugen. Der Liverpooler Korrespondent der „Daily News“ fasste sein Urteil über den Kongress dahin zusammen: „Die Kongressdelegierten machten den Eindruck von Leuten, die sich nach langem Anien erhoben und eine aufrechte, männliche Haltung einnehmen.“ Der Korrespondent der „Daily Chronicle“ ist überrascht über die plötzliche Ausweitung des Gesichtskreises der Kongressdelegierten. Der liberale Arbeiterabgeordnete Cremer, der die ganze Kongresswoche in Liverpool zubrachte, erklärte in „Reynolds Newspaper“: „Am meisten aufgefallen ist mir die große Intelligenz der Delegierten dieses Kongresses im Vergleich mit den früheren Kongressen. . . . Die Ansichten, die sie in den Diskussionen über politische und soziale Fragen zum Ausdruck brachten, sind sehr vorgegriffen. . . . Der Kongress ist jetzt eine halb-sozialistische Organisation.“ Cremer war in den Jahren 1884—85 Sekretär der „Internationale“, aber er hat sich später rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten und der Agitation für den internationalen Frieden hingewidmet. Genosse O'Grady gab folgendes Urteil ab: „Im großen ganzen muß ich sagen, daß der Kongress sehr wichtig war, nicht nur wegen der diskutierten Punkte, sondern wegen des Bestrebens, alle Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Dieser Wille, harmonisch miteinander zu arbeiten, wird dazu beitragen, daß der Liverpooler Kongress als einer der besten betrachtet werden wird.“ Den Tillet erklärte: „Der Kongress war sachlicher als gewöhnlich. Der politische Erfolg bei den Wahlen gab ihm ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl, zeigte ihm seine Stärke und seinen Nutzen.“

Deutsches Reich.

Sparfassen und Massenwohlstand.

Man weiß, daß die besitzende Klasse und ihre Handlanger mit Vorliebe auf das Wachstum der Sparfassenguthaben hinweisen, das dardum soll, daß die wachsende Produktivität der Arbeit auch ihren goldenen Segen über die nichtbesitzenden Klassen ausschütete. Sieht man sich aber die Ziffern dieser Sparfassenguthaben ein wenig näher an, so zerrinnt sofort das schöne Trugbild, das man den Massen vorzugaukeln sucht!

Die Gesamteinlagen der Sparfassen im Deutschen Reich bezifferten sich im Jahre 1904 auf 11 1/2 Milliarden Mark. Dies „Vermögen“, das sich auf mehr als 10 Millionen Sparfassenbuchbesitzer verteilt, nimmt sich aber sogleich recht pauvre aus, wenn man bedenkt, daß ca. 1 300 000 zur Vermögenssteuer in Preußen allein herangezogene mit einem Vermögen von 83 Milliarden eingeschätzt waren! Zur Vermögenssteuer werden bekanntlich nur Personen herangezogen, die ein Vermögen von mehr als 6000 M. besitzen.

Die 11 1/2 Milliarden Sparfassenguthaben stellen nun aber keineswegs das Vermögen proletarischer Kreise dar. Unter den Besitzern von Sparfassenbüchern befanden sich nämlich im Jahre 1904 circa 51 000, auf die eine Einlage von mehr als 10 000 Mark entfällt. Rechnen wir durchschnittlich 15 000 M., so entfällt auf diese Schicht eine Einlage von 7 650 Milliarden! Ebensoviele können die circa 340 000 Sparfassenbücher dem Proletariat angehören, die ein Guthaben von 3000—10 000 M. besitzen. Rechnen wir auf den Kopf dieser Gruppe ein Guthaben von 6000 M., so ergibt das den Gesamtbetrag von mehr als zwei Milliarden. Schließlich ist auch von der Gruppe, die ein Guthaben von 600—3000 M. besitzt, mindestens die Hälfte ebenfalls nichtproletarischen Kreisen zuzurechnen. Von den — bei einem Durchschnitt von 1500 M. pro Guthaben — 3 600 000 000 M. dieser Gruppe müssen also weitere zwei Milliarden dem Bürgertum gutgeschrieben werden. Wir sehen also, daß von den 11 1/2 Milliarden nach Abzug von rund 5 Milliarden, die auf das Konto des Mittelstandes oder der Besitzenden entfallen, nur noch 6 1/2 Milliarden übrig bleiben! Und diese 6 1/2 Milliarden repräsentieren den Anteil des Proletariats an dem „Nationalvermögen“, während das Vermögen der Besitzenden allein in Preußen seit knapp einem Jahrzehnt nach der amtlichen Vermögenssteuerstatistik um 17 Milliarden zugenommen hat!

Die Statistik des deutschen Sparfassenwesens beweist also gerade, wie ungeheuerlich ungerecht die Verteilung des „Nationalvermögens“ innerhalb unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorgenommen wird!

Herr Dernburg als Kolonialsekretär. Die Regierung hält an der Umwandlung des Kolonialamtes in ein Kolonialstaatssekretariat fest. Einen neuen Beweis dafür liefern die Bedingungen, unter denen Bankdirektor Dernburg die Leitung des Kolonialamtes übernimmt. Gleich seinem Amtsvorgänger, dem Erbprinzen zu Hohenlohe, ist nämlich nach amtlicher Meldung der Bankdirektor Dernburg nicht zum Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt, sondern „mit der Vertretung des Direktors“ dieser Abteilung „beauftragt“ worden. Zugleich mit seiner Ernennung ist ihm der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Erzählung“ beigelegt worden. Diese Charakterisierung pflegt, wie die „Kreuzzeitung“ ausführlich, besammlich im Reich die Staatssekretäre zugleich mit ihrer Ernennung zu teil zu werden, während im Reich wie in Preußen die Ministerialdirektoren und sogar die ihnen vorgeordneten Unterstaatssekretäre erst nach ihrer Bewährung in längerer Dienstzeit mit jener zweithöchsten Rangstufe des Zivildienstes bedacht werden. Es liegt also hinsichtlich aller dieser Beamten eine Ungleichmäßigkeit vor, die unseres Erachtens, wie gesagt, nur in der obigen Weise unter dem Gesichtspunkte der Vorwegnahme einer für den späteren Staatssekretär bestimmten Auszeichnung zu erklären ist.

Kolonialkrank? Die Berufung des Bankdirektors Dernburg zum Leiter des Kolonialamtes hat den Gesundheitszustand des Reichstagsabgeordneten Kaacke, der besammlich nicht nur zweiter Reichstagspräsident, sondern zugleich Professor der Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule ist, ungünstig beeinflusst. Er beabsichtigt deshalb, wie die „Verl. R. Nachr.“ melden, aus Gesundheitsrücksichten zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu treten. — Doch handelt es sich nur um den Austritt von der Professur, nicht etwa vom Abgeordnetenmandat.

Weil der Großherzog wieder einmal verreist ist, kann auch jetzt der weimarische Landtag nicht zusammen treten. Bekanntlich war dies schon Ende dieses Frühjahrs der Fall, als der Großherzog in Indien war und der weimarische Landtag bis in den Hochsommer warten mußte, um nach der Rückkehr des Großherzogs zu parlamentieren. Da tauchte die kritische Frage der Landgerichtsgemeinschaft zwischen Reuß i. L. und Weimar auf. Die bisher bestandene Harmonie war in die Brüche gegangen. Die Regierungsleute hielten und drüben jammolten. Das Volk hielten und drüben verlangte die Beibehaltung der Gemeinschaft. Der weimarische Landtag beschloß ganz untertänig, die weimarische Regierung solle mit der Regierung vom jüngeren Reußenlande wieder anbandeln. Jetzt erfährt man nun, daß das reußische Ministerium wohl den Eingang der betreffenden Schreiben bestätigt, sich aber bezüglich der Genehmigung, den vorhandenen Druck zu beseitigen, bezw. darüber in weitere Verhandlungen einzutreten, ausgeschwiegen hat. — Da nun bereits vom 1. Januar 1907 ab für den Reußstädter Kreis andere Gerichtsverhältnisse geschaffen werden müssen, ist es notwendig, daß die Regelung bald vorgenommen wird.

Nach der Vorlage wird jedoch der Wunsch des Reußstädter Kreises, ein eigenes Landgericht zu erhalten, nicht erfüllt. Der Landtag erhielt vielmehr die alte Vorlage wieder präsentiert. Nun sollte der Landtag in Weimar bereits Anfang bis Mitte September zu seiner letzten Tagung einberufen werden, um noch diese Angelegenheit zu erledigen. Die Neuwahlen für den nächsten Landtag sind bereits für November ausgeschrieben. Jedoch der Großherzog hat vorige Woche eine Nordlandreise angetreten und — der Landtag wartet alleruntertänig, bis der Großherzog wieder zurückgekehrt ist, um im Oktober zusammenzutreten und dann in Gaden nach Hause geschickt zu werden.

Die „Tippelsch-Concern“.

Stuttgart, 11. September. (Eig. Ber.) Ein Leser des hiesigen „Deutschen Volksblatt“ hat dem Abg. Erzberger augencheinlich Material über die Vergebung der Arzneimittellieferung für die Kolonialverwaltung zukommen lassen. Herr Erzberger hat daraufhin Nachforschungen angestellt und teilt als Ergebnis derselben nunmehr folgendes mit: Das Monopol für alle Arzneimittellieferungen hat die Berliner Dranienapotheke von Dr. Kade, die für die Berechnung ihrer Preise die Preisliste einer anderen Berliner Firma zugrunde legt und zehn Prozent Zuschlag erheben darf. Diese andere Firma ist J. D. Riedel, deren Inhaber nach Herrn Erzberger — Kommerzienrat Hecht, Teilhaber von Tippelsch-Kirch u. Co. und Geschäftsfreund des Herrn v. Poddieski ist. Der „Tippelsch-Concern“ scheint also wirklich bei allen Koloniallieferungen seine Hände im Spiel zu haben.

Ordnungsregeln.

Anlässlich der Manövertage in Schlesien sind an die „Lohale“ Bevölkerung in reicher Menge metallene Abzeichen wie auch Titel und Würden verabreicht worden. Die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Liste der Dekorierten umfasst nicht weniger als 2 1/2 Seiten Raum. Nach oberflächlicher Zählung sind es 819 Personen, denen ein mehr oder weniger hervorragendes Bierstück für das Knopfloch beschieden wurde. Wie es in einem wohlgeordneten Staatswesen notwendig ist, erhielten Bahnwärter, Schulpflicht, Aufseher, Schutzbewerber usw. ihrem „Stande“ entsprechend das Allgemeine Ehrenzeichen, während eine Anzahl Prinzen, Grafen und Barone mit Schwarzen und roten Adlerorden sich bescheiden mußten.

Agrariersehnsucht. Die Regierung begründet ihre Grenzvermahnungen gegen die Viehhandlung aus dem Auslande mit der Notwendigkeit, das feuchtschleimige einheimische Vieh vor der Seucheneinführung zu schützen. Was dieses Argument wert ist, zeigt ein Ueberblick über die Seuchenverbreitung in Deutschland und seinen Nachbarländern, den die „Deutsche Fleischzeitung“ gibt. Danach waren am 31. August 1906 in Deutschland allein von der Schweine-seuche 1541 Gemeinden befallen, in Oesterreich nur 100 Gemeinden. In Bosnien und der Herzegovina waren im Juli dieses Jahres 74 Orte verseucht. Für die Niederlande läßt sich leider die Zahl der Orte nicht angeben, sondern nur die Stückzahl des Viehes; sie betrug ganze 151 Stück. In der Schweiz waren von Ställen-rosenlauf und Schweine-seuche im Juli nur 71 Orte infiziert. Solchen Ziffern gegenüber magt man zu behaupten, daß Deutschland sich absperrt, um seinen Viehbestand vor Verseuchung zu schützen. Eher müßte das Ausland Maßregeln treffen, um sich gegen die Verseuchung durch deutsches Vieh zu schützen.

Der Fall Preysing.

In Nr. 106 des „Vorwärts“ brachten wir die Mitteilung, daß der Ehrenrat des 1. Schweren Reiter-Regiments in München den in die Affäre Preysing verwickelten 25jährigen cand. Jur. Freyherrn Stephan v. Griesenbed, Gutsherr auf Griesenbed, für satisfaktionsunfähig erklärt hat. Nun kommt aus Südbayern die Mitteilung, daß der 25jährige Baron plötzlich verstorben ist. Wie die ordnungsliebenden Papiere mitzuteilen wissen, soll ein Herzschlag dem Leben des gelehrigen Schillers des unlangst von München wieder abgerufenen preussischen Gesandtschafts-Attachés, Majors Besky, ein Ende gemacht haben. Wegen Baron v. Griesenbed, dem jungen Vertreter des niederbayerischen Adels, hatte der Staatsanwalt auch ein Verfahren wegen gewerkschaftlichen Gläuberspiels eingeleitet. Bis in die jüngsten Tage hinein wurden die Pflaster des jungen Barons beim Untersuchungsrichter als Zeugen vernommen. Jetzt, nachdem die Untersuchung gegen ihn in voller Gänge war und ihr Abschluß

bevorstand, verstand es der Gutsherr auf Griesenbed „plötzlich zu sterben“.

Hoffentlich erleidet dadurch die Untersuchung gegen die übrigen Mitglieder des adeligen Klubs der Harmlosen keine Unterbrechung. —

Kaiserfrage — Haftfrage. Die Breslauer „Volksrecht“ meldet am Dienstag: Die „Anarchisten“ Suche nimmt immer weiteren Umfang an. Schon die Tatsache, daß ein Arbeiter den „Freien Arbeiter“ liebt, genügt, ihn verdächtig zu machen. Auf der Posenerstraße 51 und in der Prommystraße 11 haben gestern wieder Hausdurchsuchungen stattgefunden, sogar die Dienlöcher, in und unter den Betten wurde visitiert, natürlich ohne Erfolg. Genosse Kuz wurde von der Arbeit weg zur Polizei sifiziert, nach seiner Vernehmung aber wieder entlassen.

Ausland.

Italien.

Ein gemäßigter Admiral. Rom, 9. September. (Eig. Ber.) Der Vizeadmiral Palumbo, Kommandant des 1. See-departements und des Hafens von Spezia, ist ganz plötzlich zur Disposition gestellt worden. Der Offizier befand sich erst seit wenigen Monaten in dieser Stellung und galt bisher als bei den höchsten Stellen gut angeschrieben. Daß er so plötzlich an die Luft gesetzt wird, hängt mit einer Demonstration der Marinemachinisisten zusammen, die Ende August in Spezia stattfand. Die Maschinisten mit Unteroffiziersrang sind mit ihrer Lage unzufrieden — vor allem, was die Gehalt- und Urlaubsverhältnisse betrifft. Diese Unzufriedenheit hat erste Formen angenommen, seitdem die Marineenquete, die die lässliche Lage des ganzen subalternen Personals feststellte, für viele Kategorien (Steuerwärter, Elektrotechniker, Personal der Torpedobote) Verbesserungen zur Folge hatte, während die Maschinisten einfach übergegangen wurden. Am 21. August kam es daher zu einer Demonstration vor dem Kommandantengebäude in Spezia. Dem gemäßigtesten Admiral wird nun vorgeworfen, daß er bei dieser Gelegenheit nicht „energisch“ vorgegangen sei. Der Admiral nämlich, der wohl wußte, daß die Maschinisten nur allzu gute Gründe zur Demonstration haben, hatte es vorgezogen, sich den Demonstranten gar nicht zu zeigen! Er hat dafür nun Gelegenheit, „fern von Madrid“ darüber nachzudenken, warum er für eine Demonstration hüben soll, deren Ursachen dem Marineminister seit langem bekannt waren und die nur das Ministerium — nicht die Kommandanten der Departements — durch Bewilligung der geforderten Verbesserungen verhindern konnte. Wie es heißt, soll nun, wo das Kind — in diesem Falle die „Disziplin“ — ertrunken ist, der Brunnen zugedeckt werden. Es wird mit Dampf an der Ausarbeitung eines Reglements gearbeitet, das die Lage der Maschinisten-Unteroffiziere wesentlich verbessert.

Unter Verbündeten.

Rom, 9. September. (Eig. Ber.) Die letzten Wochen haben wieder einige originelle Beweise der „Herzlichkeit“ geliefert, die in den Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, den beiden Verbündeten, eingetroffen ist. Die Abhaltung der Seemanns- und Adriaatien Meer ist eine Freundschaftsbezeugung, an die Italien durch Oesterreich nunmehr schon gewöhnt ist. Trotzdem machen diese Manöver alljährlich von neuem böses Blut und geben zu Sinnesänderungen Anlaß, die recht gut in die Sauregurenzezeit passen.

In der Nacht vom 3. zum 4. September wurden an der Küste von Ancona bis San Benedetto del Tronto wiederholte starke Detonationen von der See her gehört — eine oftmals beobachtete alufische Erscheinung, da die Detonationen der an der österreichischen Küste abgegebenen Schüsse sich mit großer Deutlichkeit über den Meerespiegel fortplanten. Da auf der See nichts zu bemerken war, hatte die Phantastie weiten Spielraum, und gleich war die Legende fertig: Oesterreichische Kriegsschiffe fahren mit abgeblendeten Lichtern in italienischen Gewässern, um Messungen und Aufnahmen der Küstenbildung (im Dunkeln!) vorzunehmen. Schließlich brachte es die Presse so weit, zu behaupten, ein österreichisches Torpedoboot sei in italienischen Gewässern gefangen und nach Venedig eskortiert worden! — Die Nachricht ist inzwischen dementiert, und obwohl es sich um ein offizielles Dementi handelt, ist doch an seiner Richtigkeit nicht zu zweifeln. Jedenfalls wirft diese periodisch wiederkehrende Phantastie ein Schlaglicht auf die „Herzlichkeit“ der Beziehungen der beiden Dreieundmächte.

Amerika.

Ein Einwanderungsverbot. New York, 11. September. (Lass.) Der Verband der Choristen des Metropolitan-Opernhauses tut bei den Einwanderungsbehörden Schritte, damit diese auf Grund des Arbeitsvertrags-gesetzes die Landung von 60 europäischen Chormitgliedern, darunter 30 Deutschen, verbiete, die von Direktor Conried angeworben wurden und dieser Tage in New York eintreffen sollen. Direktor Conried bezeichnet die Chormitglieder als Künstler, so daß sie nicht unter das Einwanderungsgesetz fallen würden.

Aus der Partei.

Herr Georg Bernhard sendet uns als Erwiderung auf unsere Notiz „Aufsichtsrats-Sozialismus“ eine spaltenlange „Berichtigung“, von der wir, da sie Tatsächlich nicht berichtigt, lediglich zur Kennzeichnung der von diesem Herrn bereits mehrfach bewiesenen Unverschämtheit — erinnert sei nur an sein Verhalten auf und nach dem Dresdener Parteitag — folgende Einleitungsworte zum Ausdruck bringen:

Charlottenburg, den 12. Sept. 1906.
Herrn Hans Weber,
verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“
Berlin SW
Lindenstr. 60.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich Sie hiermit, in die nächste Nummer des Vorwärts die nachstehende Berichtigung in derselben Schriftart, in der Ihre gegen mich gerichtete Notiz „Aufsichtsrats-Sozialismus“ gesetzt worden ist und an der gleichen Stelle an der jene Notiz stand zu veröffentlichen. Wir enthalten uns zu dem Beweise seines Parteigeistes, den sich Herr Bernhard hier erneut leistet, jeden Kommentars.

Zum Parteitag. Eine Parteiversammlung zu Mainz, die von etwa 250 Genossen besucht war, hörte am Montag ein Referat des Genossen Dr. David, das sich hauptsächlich mit dem Massenstreik befahte und im wesentlichen mit seinem von uns wiedergegebenen Referat auf der hessischen Landeskonferenz übereinstimmte. Nach einer Debatte, in der alle Redner dem Referenten zustimmten, wurde folgende von David eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„In der Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei den Begriff „Revolution“ nicht im Sinne des gewaltsamen Umsturzes, sondern im friedlichen Sinne der Entwicklung, d. h. der allmählichen Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips, auf-faßt, lehnt die Mainzer öffentliche Parteiversammlung jede „Revolutionäromantik“ ab.
Die Versammlung sieht in der Eroberung der politischen Macht nichts anderes als die Eroberung der Herrschaft des Volkes für die Ideen und Forderungen der Sozialdemokratie; eine Eroberung, die nicht geschehen kann mit gewaltsamen Mitteln, sondern nur durch die Revolutionierung der Köpfe, auf dem Wege der geistigen Propaganda und der praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens.“

In der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie weit besser gedeiht bei den gewöhnlichen Mitteln als bei den ungeschicklichen und dem Umsturz lehnt die Versammlung die „direkte Aktion“ als taktisches Prinzip ab und hält an dem Prinzip der parlamentarischen Reformaktion fest, d. h. sie wünscht, daß die Partei nach wie vor ernstlich bemüht ist, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen.

Die fundamentale Voraussetzung dieser reformatorischen Kampfmethoden ist freilich, daß die Möglichkeit der Anteilnahme der beschlossenen Volksmasse an der Gesetzgebung im Reich und in den Einzelstaaten nicht ver-lürzt, sondern bis zur vollen Gleichberechtigung erweitert wird. Aus diesem Grunde hält es die Versammlung für ein unbestreitbares Recht der Arbeiterschaft, zur Abwehr von Attentaten auf ihre gesetzlichen Rechte, sowie zur Eringung weiterer Rechte, wenn alle anderen Mittel versagen, auch die Arbeit für längere oder längere Dauer zu verweigern.

Da der politische Massenstreik aber nur dann erfolgreich für die Arbeiterschaft durchgeführt werden kann, wenn er sich in streng gesetzlich gebahnten Bahnen hält und seitens der Streikenden kein berechtigter Anlaß zum Eingreifen der bewaffneten Macht geboten wird, so erblickt die Versammlung die einzig notwendige und wirksame Vorbereitung auf den Gebrauch dieses Kampfmittels in dem weiteren Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Denn nur dadurch können die Voraussetzungen in der breiten Volksmasse geschaffen werden, die den erfolgreichen Verlauf eines Massenstreiks garantieren: zielbewusste Disziplin und einen geeigneten wirtschaftlichen Rückhalt.

Außerdem wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Parteivorstand soll künftig den Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion, der bisher nur dem „Vorwärts“ beilag, künftig in derselben Form sämtlichen Parteiblättern beilegen.“

Der holländische Parteivorstand hat den Genossen Troelstra zum Rannheimer Parteitag delegiert.

Braunburger Kreisversammlung.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreises Jülich u. Croffen fand am Sonntag in Sommerfeld statt. Anwesend waren 2 Delegierte, ein Mitglied der Agitationskommission, der Kandidat des Kreises, Genosse Grauer-Lichtenberg und drei Mitglieder des Kreisvorstandes. Den Bericht von der Provinzialkonferenz gab Genosse Reinhold Schulz, der Kreisvorsitzende. Die Versammlung ist mit den Beschlüssen einverstanden, verlangt aber von der Agitationskommission, daß sie alljährlich Fragebogen herausgibt, um sich über die wirkliche Lage der Bewegung genau zu orientieren.

Die Tagesordnung des Parteitages wurde von Grauer eingehend besprochen. In der Diskussion sprach Genosse Schulz-Schwibus über die Reisezeit; es müsse für bessere Durchführung der Demonstration gesorgt werden. Krüger-Berlin wünschte, daß der Parteitag eine präzisere Fassung des Beschlusses über die Reisezeit vornehme.

Genosse Reinhold Schulz wurde sodann als zweiter Delegierter zum Rannheimer Parteitag gewählt. Die Konferenz trug den Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß der Streit zwischen Partei und Gewerkschaften aufhört und daß die Reisezeit wirksamer und intensiver durch Arbeitstube gefeiert werde.

Als Vorstandsmittglied zum Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine wurde Genosse Reinhold Fiebig-Schwibus gewählt. Genosse Krüger wünschte, daß der Agitationsverein auch in dem neuen Verbands bestehen bleibe. Genosse Seifel von der Agitationskommission meinte, daß es geschehen könne, aber jeder Genosse müsse in dem Wahlkreise organisiert sein, wo er seinen Wohnsitz hat. Genosse Fiebig wünschte Einsetzung von Land-agitationskommissionen in jedem Ortsverein. Genosse Fiebig gab zum Schluß einen kurzen Massenbericht vom 24. Juni bis 8. September. Die Einnahme betrug 875,51 M., der Bestand ist 157,03 M.

Von den Organisationen. Einen Parteisekretär wollen die Genossen in Dessau anstellen. Die Stelle soll demnächst ausgeschrieben werden.

Von der Parteipresse. Aus der Redaktion des hiesigen bisher noch inoffiziellen Parteiorgans zu Rühlhausen in Thüringen ist der Genosse Schildbach ausgetreten, um die Redaktion des in Nordhausen neugegründeten Parteiorgans zu übernehmen. Auch unter den Besitzern des hiesigen Presseunternehmens ist ein Wechsel eingetreten. Die Genossen Bauer und Sperhake, die vor 3 1/2 Jahren aus einem vertriebenen bürgerlichen Unternehmen das Parteiorgan schufen, haben es an den Genossen Witzewich-Charlottenburg verkauft. Da von der vor einiger Zeit stattgefundenen Kreiskonferenz beschlossen worden ist, das Blatt als Parteiorgan für den Wahlkreis Rühlhausen-Rangensalza-Weissenau anzuerkennen, tritt eine Titeländerung ein. Der bisher geführte ominöse Titel „General-anzeiger“, der aus dem bürgerlichen Unternehmen noch herrührt und aus taktischen Gründen beibehalten wurde, wird dem Titel „Volksblatt“ Platz machen müssen. Auch ist eine Vergrößerung des Organs geplant. Vom 1. Oktober ab wird es anstatt wie bisher vierseitig, sechsseitig erscheinen.

Ueber den Stand der „Frankfurter Volksstimme“ erstattete in einer gut besuchten Versammlung die Preschkommission Bericht. Die Abonnentenzahl ist im verfloffenen Jahre um 3000 gestiegen. Seit dem 15. Juni ist ein Abonnentenlammer in der Stadt Frankfurt tätig, dessen Erfolge zufriedenstellend sind. Er hat nicht nur die Aufgabe, neue Leser zu werben, sondern soll vor allem diejenigen Abonnenten, die in Versammlungen usw. gewonnen wurden, dauernd an das Blatt zu fesseln suchen. Das Straßkonto ist mit sechs Monaten, die Genosse Quitt erhielt, und jirta 2600 M. Gerichtslosten und Strafen belastet. Das Gesamt-geschäft hat einen sehr günstigen Abschluß erreicht. Reichlich 24 000 M. haben sich als Jahresgewinn ergeben; davon wurden 2000 M. der Buchhandlung „Volksstimme“, 1000 M. dem Arbeitersekretariat und 2000 M. der Agitationskommission überwiesen. Der Rest wird kapitalisiert. Es ist beabsichtigt, für das Unternehmen andere Räumlichkeiten zu beschaffen; in der nächsten Zeit soll mit einem spezialisierten Projekt an die Parteigenossen herantreten werden.

Personalien. An Stelle des Anfang Oktober aus seinem Amte scheidenden Genossen Dr. David wurde Genosse Landtags-abgeordneter Dr. v. Landeskomitee der hessischen Sozialdemo-kratie als Landessekretär gewählt. — Für die neubegründete Stelle eines Parteisekretärs für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg wählte der Kreisvorstand den Genossen Rint-Urberach.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Einen Prozeß für Stohpin nach Königsberger Muster wird Deutschland nun doch nicht erleben. Die Magdeburger „Volksstimme“ hatte über den russischen Ministerpräsidenten auslänglich der Dumasprenzung geschrieben: „Der Mann ist reif für die tödende Bombe“. Darin erblickte die Magdeburger Staats-anwaltschaft eine Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung und leitete ein Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur ein. Jetzt hat der Erste Staatsanwalt dem Genossen Wittmann mitgeteilt, daß er die Einstellung des Straf-fahrens verfügt habe.

Rebakteurfreuden. Genosse Berner von der „Märkischen Volksstimme“, dessen Ueberfiedlung nach Brandenburg wir bereits meldeten, hat gestern eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 7 Tagen im Gefängnis von Sorau angetreten. Drei Monate hat ihm die „Siegeskolumne“ Notiz eingebracht. Nachdem ihn zwei deutsche Gerichtshöfe freigesprochen hatten, hat die Notbuser Straf-ammer endlich das wirkliche Recht „von Rechts wegen“ gefunden

und Me Ehre der Gedankenden mit drei Monaten geföhnt. Vierzehn Tage aber soll Genosse Berner, der auch Stadtverordneter ist, abbrummen, weil er den Oberbürgermeister dieser Stadt „beleidigt“ hat. Insgesamt sind die beiden Strafen um eine Woche verfürgt worden.

Röge Genosse Berner die Strafe ohne größeren Schaden an seiner Gesundheit übersehen.

Gewerkschaftliches.

Positive Arbeit.

Es war auf dem Internationalen Kongress zu Amsterdam, wo Genosse Jaurès bekanntlich der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf machte, ihr politischer Einfluß siehe bei weitem nicht im richtigen Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Der Vorwurf ist vorher wie nachher unzählige Male wiederholt worden, immer wieder hören wir Klagen über Mangel an „praktischen Erfolgen“, an „positiver Arbeit“ usw. Auch in der gegenwärtigen Kontroverse einiger Gewerkschaftsführer mit der Partei spielt der Vorwurf seine Rolle. Und schließlich liegt wohl auch bei den Genossen, welche den Parteivorstand tadeln, weil er nicht im März dieses Jahres den Massenstreik proklamiert hat, der Gedanke zugrunde, daß die Partei nicht genug tue. Ein Gedanke, den Genosse Maurenbrecher kürzlich in die Frage kleidete, ob denn die Gewinnung neuer Mitglieder und Abonnenten für sich allein ein politischer Erfolg sei.

Nun sind wir gewiß die letzten, welche die Tätigkeit und die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie überschätzen möchten. Schon deshalb nicht, weil wir genau wissen, daß es für eine Kampfpartei nichts Gefährlicheres gibt, als sich an den eigenen Erfolgen zu berauschen. Das könnte leicht dazu führen, die ungeheuren Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, zu vergessen. In diesem Sinne können uns also die Tadel und Antreiber nur recht sein. Jedemnoch, der Tadel ist etwas anders gemeint. Ob es nun immer klar ausgesprochen wird oder nicht — er will besagen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie überhaupt auf einem falschen Wege befindet, auf einem Wege, auf dem politische Erfolge ein für allemal unerreichbar seien. Das ist nun allerdings unsere Meinung ganz und gar nicht. Im Gegenteil, wir würden es für den verhängnisvollsten Fehler halten, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie von ihrem bisherigen Wege abdrängen ließe und dem nachstrebte, was Genosse Jaurès unter „positiver Arbeit“ und Genosse Maurenbrecher unter „politischen Erfolgen“ versteht. In diesem Sinne mag es erlaubt sein, auch einmal auf die wirklichen Erfolge hinzuweisen, welche die deutsche Sozialdemokratie auf dem bisher von ihr verfolgten Wege errungen hat, und die in der Tat nach unserer Ueberzeugung nicht nur die einzigen positiven politischen Erfolge sind, auf die eine sozialdemokratische Partei rechnen darf, sondern die überdies noch alle Erfolge staatsmännischer Blocktätigkeit usw. weit in den Schatten stellen.

Am Dienstag dieser Woche war der „Vorwärts“ gezwungen, wieder einmal auf die unsagbar traurige Rolle hinzuweisen, die England als Exportland für Streikbrecher spielt. Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands ist es wohlbekannt, daß England diesen traurigen Ruhm leider durchaus nicht allein genießt. Abgesehen von den östlichen Ländern, bei denen als Entschuldigung gelten mag, daß dort die Arbeiterbewegung noch nicht genügend entwickelt sei, gibt es im zivilisierten Teile Europas ein Land, das in bezug auf politische Organisation keineswegs rückständig ist; ein Land, das im Streit um die Theorie, in der praktischen Erprobung des Generalstreiks usw. mit an der Spitze steht, und das trotzdem jahraus jahrein ungezählte Streikbrecher über die deutschen Grenzen sendet. Wir meinen Italien. Man frage nur insbesondere die deutschen Maurer, ob nicht bei jeder größeren Lohnbewegung den Unternehmern so viel italienische Maurer zur Verfügung stehen, wie sie nur haben wollen. Und zwar Leute, die selbstverständlich ganz genau wissen, was für Dienste sie tun. Denn sie sehen doch, daß sie in besonderen Führern von der Bahn abgeholt, auf Schritt und Tritt von der Polizei bewacht, in Neubauten einlogiert werden usw. All das sehen sie und können sich natürlich ihren Vers darauf machen.

Um jedoch bei England zu bleiben, so sei in diesem Zusammenhang auch folgende Tatsache erwähnt. Am 3. September war das „Berliner Tageblatt“ in der Lage, folgende Nachricht aus Stettin zu verbreiten:

Stettin, 3. September. Die Matrosen und Heizer des englischen Dampfers „Lyon“ hatten, wie wir berichteten, sich geweigert, den mit Eisenerz beladenen Dampfer zu löschen, um den streikenden Hafnarbeitern nicht in den Rücken zu fallen. Alle Vorstellungen des Kapitäns und des Konsuls blieben unbeachtet. Jetzt ist aber der Seamen and Firemen Union Club (Matrosen- und Heizerverband) in England eingeschritten und hat die Leute energisch aufgefordert, den Befehlen des Kapitäns in jeder Weise nachzukommen und die Entlassung umgehend in Angriff zu nehmen. Es wird ihnen bedeutet, daß die Weigerung nach englischem Gesetz mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden kann. Die Seeleute haben daraufhin heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Während der Zeit ihrer Weigerung bezogen sie vom Hafnarbeiterverband eine tägliche Unterstützung von 1,75 M.

Das übersteigt denn doch noch bei weitem die bloße Einfluhr von Streikbrechern. Hier haben organisierte Arbeiter sich, wie es ihre Pflicht war, geweigert, Streikbrecherdienste zu tun, und es ist die Organisation selbst, die sie zum Solidaritätsbruch angehalten hat! — Der Fall, der einem deutschen organisierten Arbeiter ganz unfaßbar erscheinen muß, ist nicht so ganz unerklärlich, wenn man Wesen und Eigentümlichkeiten der englischen Trade-Unions näher kennen lernt. Sie sind keineswegs dasselbe, wie die deutschen Gewerkschaften. Nur auf einen charakteristischen Unterschied sei hier hingewiesen. Vor einigen Monaten haben die christlichen Gewerkschaften eine Kommission zu Studienzwecken nach England entsandt. Ende Juni erschien im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ein vorläufiger Bericht über ihre Reise, dem wir folgendes entnehmen:

„Wie vorzüglich die englischen Gewerkschaften in der Aufnahme ihrer Mitglieder verfahren, lehrt das Vorgehen des größten englischen Arbeiterverbandes, des Verbandes der Maschinenarbeiter, der an 100 000 Mitglieder und 12 Millionen Mark Vermögen hat. Der Aufzunehmende muß einen Fragebogen mit etwa 50 Nummern ausfüllen und sich die richtige Beantwortung dieses halben Hunderts eingehender persönlicher Fragen durch zwei Verbandsmitglieder bestätigen lassen.“

Demnach liegt es nicht in der Absicht des englischen Maschinenarbeiterverbandes, eine Vertretung aller Berufs-genossen zu sein, vielmehr will er offenbar nur eine „Elite“ in sich vereinigen.

Die Gewerkschaften Englands betrachten als ihre Aufgabe einzig und allein, die Lage der Arbeiter innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu bessern, und lehnen es ab, sich mit irgendwelchen politischen und sozialdemokratischen Tendenzen zu befassen. Dort sind Partei und Gewerkschaften tatsächlich nicht eins. Und der Erfolg? Wir meinen, die Tatsache, daß aus England so viel Streikbrecher kommen, dürfte damit doch wohl einigermaßen zusammenhängen. Denn sie ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitermassen in England nicht in der Weise aufgelöst sind, nicht in der Weise über ihre Pflichten gegen Arbeitsgenossen wie über ihre eigenen wahren Interessen belehrt sind, wie es von einer sozialdemokratisch durchdränkten Gewerkschaftsbewegung geschehen wäre. In der Tat erfahren wir aus demselben vorläufigen Bericht im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften:

„daß die gewerkschaftliche Strategie sowie der tiefere Einblick in die Einzelheiten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in England mehr auf den Kreis der führenden Personen beschränkt sei, und daß Verbandsorgane in der englischen Gewerkschaftsbewegung so gut wie gar nicht existieren.“

Die systematische Aufklärung ihrer Mitglieder scheinen die englischen Gewerkschaften demnach nicht zu ihren Aufgaben zu zählen.

Demgegenüber ist es wohl nicht unbescheiden, darauf hinzuweisen, daß die beständige Vergrößerung der Massen, welchen die von uns betriebene planmäßige und unablässige Durchdringung mit der sozialistischen Gedankenwelt zuteil wird, in der Tat die wichtigste positive Arbeit ist, welche die moderne Arbeiterbewegung gegenwärtig zu leisten hat.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sperre über die Bau- und Zugschleiferei K o v o t n y, Marienstr. 12, ist hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Lage des Drechslersstreiks ist nach dem Bericht, den Leopold am Mittwoch in einer Versammlung der Streikenden erstattete, folgende: In 34 Betrieben mit 140 Arbeitern sind die Forderungen entweder ganz oder zum größten Teil abgelehnt und sind die betreffenden Arbeiter in den Streik getreten. 22 Betriebe mit 80 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt und mit 36 Meistern wird noch verhandelt. In diesen Betrieben wird, so lange die Verhandlungen schweben, noch weiter gearbeitet, erst wenn die Verhandlungen scheitern sollten, würde auch hier die Arbeit niedergelegt werden. Für die Lohnbewegung kommen auch mehrere Arbeitgeber in Frage, welche der Schlichtungskommission der Holzindustrie unterstehen. Mit diesen soll eine Vereinbarung vor dem Gewerkegericht getroffen werden. Eine Verhandlung mit der Drechslereinstreikvereinerung kann erst dann wieder ausgenommen werden, wenn eine größere Anzahl von Bewilligungen vorliegen und dadurch eine Grundlage für die Verhandlung geschaffen ist. — Nachdem die Versammlung der Drechslereinstreikvereinerung sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hatte, ist das bisherige Resultat des Streiks immerhin als ein befriedigendes anzusehen. Die nächsten Tage werden voraussichtlich eine Anzahl neuer Bewilligungen bringen. Unter denen, die schon jetzt bewilligt haben, befinden sich mehrere Arbeitgeber, die sonst nie bereit waren, auf irgend welche Forderungen der Arbeiter einzugehen. Der Umstand jedoch, daß sich die betreffenden Arbeiter inzwischen vollständig organisiert haben und jetzt vollkommen einmütig vorgehen, hat auch die sonst so hartnäckigen Arbeitgeber zum Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter veranlaßt.

Lohnbewegung der Herren- und Knabenkonfektionschneider.

Am Dienstag haben die bei den Zwischenmeistern der Herren- und Knabenkonfektion in Wochenlohn beschäftigten Gesellen einmütig die Arbeit niedergelegt. Sie fordern, wie wir schon mitteilten, die Verfürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden. Die Zwischenmeister erklärten, die Forderung nur dann bewilligen zu können, wenn ihnen die Konfektionäre eine entsprechende Erhöhung der Löhne gewähren. In Frage kommen 1000—1200 Gesellen, die bei 100—120 Zwischenmeistern arbeiten.

Am Dienstagabend tagte in den Kufflersälen eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung der Herren- und Knabenkonfektionschneider, welche den Bericht über die Situation der Bewegung entgegennahm. Der Referent M ä h r vom Verband der Schneider zeigte, daß die Löhne in der Konfektion beständig zurückgegangen sind, dergestalt, daß es jetzt eine Anzahl von Firmen gibt, wo für Paletots Löhne von 2,20 bis 2,50 M., höchstens 3 M. und für Jacketts bis herunter zu 1,10 bis 1,25 M. gezahlt werden. Das seien Löhne, bei denen die Arbeiter verkümmern müßten, wenn nicht eine weitgehende Teilarbeit eingeführt wäre, und wenn nicht durch die Mitarbeit der Frauen und durch ungeheure Anspannung der Arbeitskraft schließlich noch ein Verdienst erzielt werde, der nur zu einem kümmerlichen Leben hinreicht. Durch die gegenwärtige Bewegung sollen nun die Verhältnisse der Konfektionschneider etwas aufgeheitert werden. Der „Konfektionär“, das Organ der Unternehmer, suche zwar nachzuweisen, daß sich das Einkommen der Schneider gehoben habe, doch dieser Nachweis sei ein trügerischer, denn er sei auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Daß die Löhne der Konfektionschneider auf einer bescheiden tiefen Stufe stehen, gehe schon daraus hervor, daß keine der Firmen wagt, die an sie gestellten Lohnforderungen ohne weiteres abzuweisen. Zu Verhandlungen mit den Zwischenmeistern seien die Konfektionäre bereit, es würden auch jedenfalls Lohnaufbesserungen bewilligt werden und so würden auch die Forderungen der Gesellen zur Anerkennung kommen. An die Heimarbeiter, welche direkt für die von der Bewegung betroffenen Firmen arbeiten, ergebe der Appell, sich mit den Zwischenmeistern soweit solidarisch zu erklären, als sie deren Forderungen moralisch unterstützen.

Zwischenmeister Joseph teilte mit, daß bereits der Versuch gemacht worden ist, von den Konfektionsfirmen Zulagen zu erlangen. Von den Firmen, welche hier in Frage kommen, seien die etwas besser zahlenden bereit, den Schneidern Zugeständnisse zu machen, sie beriefen sich aber auf die Konkurrenz, die ihnen eine Lohnaufbesserung sehr erschwere. Diejenigen Firmen, welche die allerschlechtesten Löhne zahlen, setzten den Forderungen den heftigsten Widerstand entgegen. Besonders nannte der Redner die Firmen Heilmann u. Ventheim, Saloman Kurzweg, Wolff u. Piram, gegen die sich hauptsächlich der Kampf richten müsse, weil sie die niedrigsten Löhne zahlen. Die Schneider verlangten nicht mehr wie eine Zulage von 30—40 Pf. auf die am niedrigsten bezahlten Artikel. Löhne wie 1,20 bis 1,30 M. für ein Jackett und 2,20 bis 2,50 M. für einen Paletot müßten gänzlich beseitigt werden.

Nach weiterer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt erstent Kenntnis von dem Vorgehen ihrer Kollegen in den Geschäften, die bisher die niedrigsten Arbeitslöhne zahlten und erklärt die Aufbesserung der Lohnsätze für dringend nötig. Die Versammlung erklärt, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, wird sich aber gegebenenfalls mit ihren kämpfenden Kollegen solidarisch erklären.“

Der Kohlenarbeiterstreik dauert jetzt schon über drei Wochen und die Streikenden denken nicht daran nachzugeben. Die Situation ist unverändert zugunsten der Streikenden. In der letzten Versammlung (am Mittwochmorgen) erklärten sämtliche Redner unter dem Beifall der Anwesenden, daß auf den Kohlenplätzen weniger Leute arbeiten, als vor etwa einer Woche, und daß man ausdauern müsse, um zu siegen. Die Firma Pauli hat innerhalb drei Wochen 50 Streikbrecher angeworben; davon sind 28 wegen Unfähigkeit wieder

entlassen oder davongelaufen. Auf einem Platz der Firma Rosenthal arbeiten sieben bis acht Mann, wo sonst vierzig Mann gebraucht werden. Bei Kupfer wurden von 17 Streikbrechern elf wieder herangezogen. Die Firma D o r f mußte etwa 1000 M. bezahlen, um einen großen Kahn mit Kohlen zu löschen, eine Arbeit, die sonst nur 350 M. gekostet hätte. Schiel, Friedländer, Kappo, Karkstedt, alle sind in großer Verlegenheit. Die Beratungen zwischen einzelnen Großhändlern dauern fort. Viele sind in schwerer Rüstimmung über die lange Dauer des Streiks und erwägen, ob es vom rein geschäftlichen Standpunkte aus nicht klüger wäre, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, als noch länger Schaden zu leiden.

Die Berliner Palettsfahr-Gesellschaft setzt ihren Feldzug gegen den Transportarbeiterverband fort. Am Sonnabend früh wurde den Angestellten für die Mittagsstunde das Auftreten des Betriebsinspektors angekündigt, der sich denn auch pünktlich um 12 Uhr dem versammelten Volk vorstellte. Er sang dann in den höchsten Tönen ein Loblied auf die liebevolle Direktion. Als Preis dafür aber verlangte er die Unterschrift unter einen Revers, in dem die Arbeiter ihren Austritt aus dem Transportarbeiterverband erklären sollten. Freundlich und gefällig erfüllten die Arbeiter dem Herrn seinen Wunsch, schon als Pflaster auf die Wunde, die der Streik der Palettsfahrt geschlagen hat. Auf 56 000 Mark schätzte der Herr Inspektor den Schaden, der noch schlimmer werden dürfte, wenn die Gesellschaft mit Rücksicht auf die aus Gutmütigkeit gegebenen Unterschriften wirklich glauben sollte, nur unorganisierte Arbeiter zu haben und ihre Leute als solche behandelt. — Uebrigens ist die Gewerkschaftsfeindschaft der Gesellschaft keine unbedingte: sie befördert nach wie vor einige Gewerkschaftsblätter und nimmt dafür die Großen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entgegen.

Bewegung der Rixdorfer Barbiergehilfen. Veranlaßt durch das Verhalten der Rixdorfer Barbiermeister sind die organisierten Friseurgehilfen gezwungen, von neuem in eine Bewegung zu treten. Der Innungspräsident versucht mit allen ihm zu Gebote stehenden Gewaltmitteln, die im Sommer gemachten Errungenschaften zu hintertreiben. Die Mitglieder der Organisation werden nach und nach entlassen, um dadurch billigere und willigere Arbeitskräfte einzuführen zu können. Da auf diese Art und Weise eine Gefährdung der Organisation bedroht, so werden sich die Friseurgehilfen mit der Frage der Errichtung von K a g e n o s s e n s c h a f t e n beschäftigen. — Nur in den Geschäften sind die Forderungen bewilligt, wo dies durch die weiche mit rotem Rand besetzte Kontrollkarte nachgewiesen werden kann.

Zur Beachtung! In den in gestriger Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Arbeitgeber Rixdorfs Kommen noch folgende Betriebe hinzu:

K r i e s e, Z i e n s t r. 6,
P l a n, S e l d o w e r s t r. 35,
K ü h n e, K o p p s t r. 28, und
G o t t b e r g, H e i d e l b e r g e r s t r. 28.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Der Gasarbeiterstreik in Stettin hat ein von der Arbeiterschaft unerwartetes und plötzliches Ende genommen. Angeführt der Hilfstruppen, die sich die Stadtverwaltung in der Feuerwehr und verschiedenen Arbeitswilligen zu verschaffen gewußt hatte, schien es den Anständigen am raschesten, sich dem Beschluß des Magistrats, der dahingehing, daß sie sämtliche verlangten Arbeiten auszuführen haben, zu fügen. Sie meldeten sich deshalb zur Wiederaufnahme der Arbeit und wurden auch bis auf 13 Mann wieder eingestellt, nachdem sie sich noch verpflichtet hatten, daß sie sich jeder Agitation für ihren Verband enthalten. Die 13 Ausgesperrten standen im Vorderreffen des Kampfes und bleiben nun einstreifen auf dem Schlachtfeld.

Vom Hafnarbeiterstreik liegen wesentliche Änderungen nicht vor. Es ist den Streikenden in den letzten Tagen wiederum mehrfach gelungen, Arbeitswillige abzuschleichen, doch nimmt sich die Polizei der Reeder jetzt mit besonderem Eifer an. Sie hat sogar den Schutzeverband benachrichtigt, daß sie infolge einer vorgekommenen Zusammenstoße den Arbeitswilligen von nun ab einen größeren Schutz gewähren werde. Die Ausständigen erhielten die zweite Streikunterstützung ausgezahlt.

Nur einen Tag gestreikt haben die Posener Tapezier- und Dekorationsgehilfen. Am vergangenen Freitag wurde dem Innungspräsidenten und einzelnen außerhalb der Innung stehenden Meistern der von der Lohnkommission des Zentralverbandes der Tapezierer und des polnischen Berufsverbandes ausgearbeitete Lohn- und Arbeitsvertrag vorgelegt. Da dieser in der bis Freitagabend gestellten Frist nicht anerkannt worden war, legten am Montag früh die Gehilfen die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber nahmen bereits am Sonntag mit der Lohnkommission die Verhandlungen auf, die inbessenen erst am Montag zu einem beide Teile befriedigenden Resultate führten. Daraufhin ist am Dienstag früh von allen Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen.

Den Uebertritt zum Metallarbeiterverband beschloß eine der vielen kleinen Lokalorganisationen Solingens, der Gabelschleiferverein. — Hoffentlich findet das Beispiel Nachahmung.

Achtung, Heizungsmonteure und Kofeliger! Die Heizungs- monteure in Leipzig und Umgegend sind in eine Bewegung zur Erringung eines Lohnarbeits eingetreten. Zugung ist strengstens fernzuhalten.

Die Verhandlungen in Sachen des Nürnberger Bauarbeiter- streiks, die vor 14 Tagen auf Veranlassung der christlich-sozialen Bauarbeiter vor dem Einigungsamt angebahnt wurden, sind noch nicht wieder aufgenommen worden, da die Unternehmer sich nur auf die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verstehen wollen. Sie hoffen noch immer, daß das Verbot des Streikpostens einen großen Zugung von Arbeitern nach Nürnberg zur Folge haben werde. Auch erwarten sie viel von den schwarzen Listen und einem Zirkular, das sie an die auswärtigen Unternehmer versendet haben mit der Bitte, keinen Bauarbeiter einzustellen, der von Nürnberg kommt. Der Zustuß von Streikbrechern ist aber kaum nennenswert. Da das Streikpostenverbot noch immer besteht, sind die Streikenden darauf angewiesen, daß die gesamte Arbeiterpresse alles tut, um den Zugung nach Nürnberg fernzuhalten.

Eingegangene Druckschriften.

R. G. Mai. Kaufmännische Krankenkassen. Die Leistungen der deutschen Nationalen Kasse in Hamburg im Vergleich zu den Leistungen der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg. 90 Seiten Preis 2,50 M. Verlag C. Boyen in Hamburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom böhmischen Bergarbeiterstreik.

Prag, 12. September. (B. T. B.) Zur Nachmittagsfrist erschienen von 918 Grubenarbeitern 318. Zwei Versammlungen von Grubenarbeitern sprachen sich für den Ausstand aus. In Prag fuhr bei der Nachmittagsfrist 338 von 551 Grubenarbeitern ein.

Straßenkampf.

Petersburg, 12. September. (B. T. B.) Auf den Marktplatz von Girardova wurde eine Bombe geworfen. Die sofort herbeigeleiteten Truppen gaben auf die Menge Salvenfeuer ab. 11 Personen wurden getötet, viele verwundet.

28. Deutscher Juristentag.

In der Aula der Universität Kiel trat am Montag in Anwesenheit von mehr als 500 deutschen Juristen der 28. Deutsche Juristentag zu seiner ersten Plenarversammlung zusammen und wird bis heute tagen.

Die sehr reichhaltige Tagesordnung ist durch eine Reihe Gutachten vorbereitet. Die einzelnen Themata der Tagesordnung werden erst in Abteilungen, dann im Plenum behandelt.

Die erste Abteilung, die für Zivilrecht, erhält folgende Themata zugewiesen:

- 1. Empfiehlt sich eine Änderung der Vorschrift des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Haftung des Tierhalters?
2. Empfiehlt sich eine einheitliche Regelung der Haftung des Staates und anderer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten bei Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schäden?
3. Empfiehlt sich eine Änderung der Vorschrift des § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach ein Vertrag, durch den sich der Teil verpflichtet, das Eigentum an einem Grundstück zu übertragen, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung bedarf?

Die zweite Abteilung, die für Handelsrecht, erhält zugewiesen:

- 1. Empfiehlt es sich, die Haftung des Reeders für seemannisches Verschulden der Schiffbesatzung gesetzlich auszuschließen oder durch zwingende Rechtsätze festzulegen?
2. Empfiehlt es sich, die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft genauer zu bestimmen?
3. Wie weit ist bei Versicherungsverträgen die Vertragsfreiheit hinsichtlich des Verwirklichungsklausel durch zwingende Rechtsätze zugunsten des Versicherten einzuschränken?
4. Empfiehlt es sich, das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes in Ansehung des Ausverkaufswesens zu ergänzen?

Die dritte Abteilung, die für Strafrecht, hat folgende Themen zugewiesen erhalten:

- 1. Die strafrechtliche Behandlung von Mordfall, gewohnheitsmäßigen und gewerbmäßigen Verbrechen.
2. Die richterliche Strafzumessung verbunden mit der strafrechtlichen Behandlung des Versuchs.
3. Empfiehlt es sich, Ehrenklärung, Abbitte und Widerruf strafrechtlich zu verwerten?

Die letzte Abteilung, die über das gerichtliche Verfahren, hat folgende Themen erhalten:

- 1. Empfiehlt sich gesetzliche Vorschriften über den gewerblichen Arbeitsvertrag auf Oeding (Arbeitsvertrag)?
2. Empfiehlt sich besondere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Erfinderechts von Angestellten?
3. Empfiehlt sich eine Uebereinstimmung oder Annäherung der deutschen und österreichischen Gesetzgebungen über die Warenbezeichnungen oder Marken und welche Grundsätze wären zu diesem Zwecke aufzustellen?

Wir behalten uns eine zusammenfassende Berichterstattung vor, möchten aber heute bereits über die Behandlung der sozialpolitisch wichtigen Frage:

die gesetzliche Regelung der Affordarbeit referieren.

Zu diesem Thema haben der Magistrateassessor Böbling, Vorsitzender einer Kammer des Berliner Gewerbegerichts, und Professor Dr. Franke, Vorsitzender der Gesellschaft für Sozialreform, gedruckte Gutachten erstattet. In der Abteilung fungieren Professor Bernhard-Posen als Referent, Justizrat Meißelsohn als Korreferent.

Professor Bernhard führte aus: „Affordlohn“ heißt: Bezahlung nach dem Stück. Früher hielt man es für eine untergeordnete Formfrage, ob dem Arbeiter sein Lohn nach der Zeit oder nach dem Stück bemessen wird. In der letzten Zeit jedoch verband sich die Entwicklung der Affordlohnfrage so eng mit der modernen Industrieentwicklung, daß das früher geringfügige Formproblem mehr und mehr zu einem entscheidenden Organisationsproblem wird.

Denn in den sich gewaltig ausdehnenden modernen Betrieben, von denen die leitenden Bureaus oft weit entfernt sind, genügt nicht mehr die bloße Beaufsichtigung der Arbeiter. Vielmehr muß in immer geschickter Weise die Lohnbemessung bemerkt werden, um auf die Arbeitsleistung Einfluß zu üben. An Stelle der Ueberwachung des Arbeiters bei jeder Arbeit tritt die Ueberwachung der Lohnkosten für jede Arbeit, d. h. die Affordkontrolle. Wie bedeutend diese Entwicklung in der deutschen Industrie vorgeschritten ist, ergeben sieben vorgenommene Untersuchungen. Aus Rheinland-Westfalen, Lothringen, Hannover, Schlesien, Sachsen, Berlin wird berichtet, wie überall in der Eisenindustrie die Affordlohnung zur Herrschaft gelangt ist. Dasselbe gilt für die ganze große Textilindustrie, ferner für alle Zweige der Holzindustrie, für die Gummi-, Lederwarenindustrie usw. Die gesamte deutsche Exportindustrie ist mit einem Netz von mannigfachen Affordsystemen völlig überzogen. In diesem Netz nun gehen Dinge vor, die zweifellos vor das Forum des deutschen Juristentages gehören. Denn Affordlohnverträge, Affordstreitigkeiten spielen in der deutschen Industrie eine bedenkliche Rolle. Um Affordstreitigkeiten handelte es sich in den großen Formelstreits, ferner im Arbeitskampf der Berliner Elektrizitätsindustrie. Affordfragen entzünden im Maschinenbau, in der Holz- und Textilindustrie Jahr für Jahr Lohnstreitigkeiten. Insbesondere drei wichtige Fragen warten auf den Gesetzgeber:

- 1. Die Rechtsstellung der Zwischenpersonen (Affordmeister, Zwischenmeister, Kolonnenführer). Die Stellung dieser Zwischenpersonen muß gesetzlich geregelt werden. Darüber herrscht kaum Zweifel.
2. Es ist nachgewiesen, daß es in fast allen Industrien an genauer Affordberechnung fehlt. Auch hier kann der Gesetzgeber etwa durch vorsichtige Einführung der Schriftform (Affordzettel) und durch zwingende Bestimmungen helfen.
3. Es fehlt noch an einer Regelung der Pflichten der Arbeitgeber und Arbeiter bei Affordarbeit (Wird im einzelnen näher begründet). Weit wichtiger jedoch als diese eigentliche Affordregelung ist für die Entwicklung und Ordnung der Affordverträge eine andere Frage: Ob es gelingen wird, den Tarifgemeinschaften ein sicheres Recht zu schaffen?

Die Tarifgemeinschaften sind die freiwilligen Gesetze der Industrie, durch welche die streitigen Affordfragen besser geregelt werden könnten, als durch irgend eine Gewerbeordnung. Heute stehen die Tarifverträge leider noch „außerhalb des Gesetzes“, und doch hängt der soziale Frieden in Deutschland wesentlich davon ab, ob es gelingen wird, Tarifgemeinschaften in allen Industrien zu entwickeln. Deshalb fordere ich den Juristentag zur Mitarbeit an der rechtlichen Entwicklung der Tarifgemeinschaften auf und beantrage folgende Resolution:

- I. Der Deutsche Juristentag ist der Ueberzeugung, daß eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Affordvertrages notwendig ist, da es diesem für die Industrie wichtigsten Arbeitsvertrage an einer hinreichenden rechtlichen Ordnung fehlt und infolgedessen zahlreiche Arbeitsstreitigkeiten entstehen.
II. Insbesondere hält der Juristentag für erforderlich:
1. Die Sicherung der Affordvereinbarung und Affordabrechnung.
2. Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Affordarbeiten.
3. Die rechtliche Stellung der Zwischenpersonen (Affordmeister, Affordanten, Kolonnenführer, Zwischenmeister) gesetzlich zu regeln.

III. Ferner aber ist zur Entwicklung und Ordnung des Affordvertrages notwendig, über die rechtliche Wirkung der Tarifgemeinschaften (kollektiven Arbeitsverträge) Klarheit zu schaffen.

IV. Der Juristentag beschließt deshalb, über das Recht der Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und dieses Thema auf die Tagesordnung seiner nächsten Hauptversammlung zu legen.

Der Korreferent Justizrat Dr. Meißelsohn-Verein ist mit der Grundauffassung des Referenten durchaus einverstanden. Er betrachtet die Frage hauptsächlich vom juristischen Standpunkt. Es sei ganz falsch zu fragen, ob der Affordvertrag als Dienstvertrag oder als Werkvertrag aufzufassen sei. Der Affordvertrag sei stets nur eine Nebenabrede zu einem anderen irgendwie gearteten Verträge über die Höhe des Entgelts. Da aber die große Mehrheit der Vertragsschließenden, sowohl Arbeiter wie Unternehmer, den Affordvertrag als Zusatz zu einem Dienstvertrag wollten, müsse er auch als ein solcher gelten. Damit enthalte zum Beispiel die Forderung, daß bei Ausbruch eines Streiks die Arbeiter den Afford erst fertig stellen müßten. Der Affordvertrag sei dann vielmehr als Dienstvertrag ohne Kündigungsfrist aufzufassen, und die Arbeit könne jederzeit eingestellt werden. Ferner empficht bei der These des Referenten betr. die Sicherung der Affordvereinbarung und Affordabrechnung hinzuzufügen: „Und die allmähliche Einführung der Beurkundung der Affordvereinbarung durch Affordzettel oder Lohnbücher.“ Zu der These des Referenten: „Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Affordarbeiten“ schlägt Korreferent den Zusatz vor: „Indem als Grundgesetz für die Normierung der Rechte und Pflichten der Parteien festzuhalten ist, daß im Zweifel der Affordlohnvertrag ein Dienstvertrag ist.“

In der Diskussion führt Professor Dr. Leidig-Verein aus, daß er mitten in der Praxis, in der Organisation der deutschen Industrie sitze. Um so notwendiger halte er es, hier das Wort zu ergreifen. Denn fast alle Anwesenden seien in dieser Frage reine Theoretiker. Die Juristen hätten mit dem Arbeitsvertrag fast nichts mehr zu tun, weil von den zehntausend in einem Jahre bei dem Berliner Gewerbegericht anhängig gemachten Klagen nur 33 bis an das Amtsgericht gelangt seien. Aber auch die hier anwesenden Gewerbetreibenden verstanden von den Verhältnissen in der Großindustrie sehr wenig. (Widerpruch.) Vor die Rechtsprechung des Gewerbegerichts kämen fast nur Streitigkeiten aus dem Gebiete des Handwerks und der ihm nahestehenden Gruppen der Industrie, aber nicht aus dem Gebiete der Großindustrie. Infolge dessen unterschätzen wohl alle diese rein Theoretiker die Schwierigkeiten, welche der Regelung der Affordarbeit entgegenstünden. Davon könne gar keine Rede sein, daß die Unternehmer den Arbeitern den tatsächlich verdienten Lohn nicht wollten zukommen lassen. Aber die Fälle der Zerschlagung des täglichen Lebens liege sich nicht schematisch in die Rechtsordnung einzwängen. Unsere Industrie lebe nicht in dem geschlossenen Handelsstaat, sondern in dem schwersten internationalen Wettbewerb. Wer darum die deutsche Industrie einschränke, greife die Machtstellung Deutschlands unter den Kulturvölkern an. Der deutsche Unternehmer sei nicht ein so gefährlicher Teil der deutschen Bevölkerung, daß er unter Polizeiaufsicht gestellt werden müsse. Insbesondere über die Tarifgemeinschaften seien die Urteile ganz verschieden. Die 9000 deutschen Tarifgemeinschaften, mit denen die Zeitungen prahlen, stammten fast sämtlich aus dem Gebiete des Handwerks. Jedenfalls bitte er den Juristentag, nichts zu beschließen, was der deutschen Industrie unerträgliche Fesseln auferlegen würde. (Weiß und Widerspruch.) Redaktor Brunhuber („Rhein. Zig.“) beantragt, in die Thesen des Referenten Bernhards ausdrücklich die Bestimmung einzufügen, daß die gesetzlichen Zwangsvorschriften über die Affordzettel oder die Affordlohnbücher nur die allgemeinen materiellen Bestimmungen über Lohnhöhe usw. enthalten soll, daß dagegen alle näheren Festsetzungen der freien Vereinbarung der Parteien überlassen sein sollen. Es gelangten schließlich die Thesen Bernhards mit überwältigender Majorität zur Annahme, jedoch mit der Abmilderung, daß die Regelung des gewerblichen Affordvertrages nicht für „notwendig“, sondern nur für „wünschenswert“ erklärt wird. Ferner wurde beschlossen, auf dem nächsten Juristentag nicht nur über „das Recht der Tarifgemeinschaften“, sondern auch über die „Tarifordnungen“ zu verhandeln. Auch der Antrag Meißelsohn betr. die Beurkundung der Affordarbeit wurde angenommen.

In der gestrigen Plenarversammlung des Juristentages berichtete über die Verhandlungen der Abteilung betr. die Regelung des Affordvertrages Professor Bernhard-Posen, der die Resolution in folgender Fassung vorlegte:

I. Der deutsche Juristentag ist der Ueberzeugung, daß eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Affordvertrages notwendig ist, da es diesem für die Industrie wichtigsten Arbeitsvertrage an einer hinreichenden rechtlichen Ordnung fehlt und infolgedessen zahlreiche Arbeitsstreitigkeiten entstehen.

II. Insbesondere hält der Juristentag für erforderlich: 1. Die Sicherung der Affordvereinbarung und Affordabrechnung durch allmähliche Einführung von Affordlohnbüchern und Affordzettel. 2. Bestimmungen über die Pflichten der Parteien bei Ausführung von Affordarbeiten, jedoch möglichst unter Vermeidung von Strafvorschriften und möglichst unter Festsetzung zivilrechtlicher Kontraktbruchstrafen in der Höhe von Tageslohn. 3. Die rechtliche Stellung der Zwischenpersonen (Affordmeister, Affordanten, Kolonnenführer, Zwischenmeister) gesetzlich zu regeln.

III. Ferner aber ist zur Entwicklung und Ordnung des Affordvertrages wünschenswert, über die rechtliche Wirkung der Tarifgemeinschaften Klarheit zu schaffen.

IV. Der Juristentag beschließt deshalb, über das Recht der Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und dieses Thema jedoch möglichst unter Vermeidung von Strafvorschriften und möglichst unter Festsetzung zivilrechtlicher Kontraktbruchstrafen in der Höhe von Tageslohn auf die Tagesordnung seiner nächsten Hauptversammlung zu legen. Begründend führte Professor Bernhard aus: Die wirtschaftlichen Kämpfe, die aus der Unklarheit und Unsicherheit des Affordvertrages entstehen sind, greifen so tief in das Volksleben ein, daß es Gegenstand des Interesses der Allgemeinheit sein muß, sie möglichst zu verhindern. Das deutsche Wirtschaftsleben hängt in erster Linie davon ab, daß die Tarifgemeinschaften eine ruhige und feste Entwicklung finden. Weder als von irgend etwas anderem hängt davon ab der industrielle, der innere Friede. Die Entwicklung der Tarifgemeinschaften ist in Deutschland aber ernstlich gefährdet.

Vor wenigen Jahren noch erklärten die deutschen Arbeiter: Wir paktieren nicht mit dem Kapital, und vor wenigen Monaten wiederholte ein Vertreter der Unternehmer aus dem Saarrevier: Wir paktieren nicht mit den Arbeitern. Ja, ein Angehöriger der Eisenindustrie hat erklärt, es sei eine Aufgabe der Unternehmer, den Versuch des Wuchererartiffs, der doch Deutschland so viel Segen gebracht hat, durch Gewalt zu erzwingen. Solche Ansichten müssen bekämpft werden. Ich weiß nicht, aus welchen primitiven Instinkten sie stammen, aber ich weiß, daß sie bei Kulturvölkern immer für roh gehalten werden. Es ist sicher Aufgabe des Rechts, solche Rohheiten zu beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Die Tarifbewegung muß unabhängig gemacht werden von der sozialpolitischen Aktion und Reaktion. Vor allem ist aber Arbeit zu schaffen über das Recht der Tarife, von dem heute noch kein Mensch etwas weiß. (Heiterkeit.) Man hält uns entgegen, die industriellen Verhältnisse seien zu mannigfaltig, als daß wir sie unter starrer Rechtsformeln zwingen könnten. Das ist das altberühmte und altbewährte Argument, das dem Juristen stets entgegengehalten worden ist, wenn er der Industrie zu nahe kommen wollte, wenn er die vullanischen Regulatoren des Wirtschaftslebens, Ausperrungen, Streiks usw. durch die

Regelung des Arbeitsvertrages tunlichst vermeiden wollte. Man hat ein modernes Faustrecht proklamiert. Aber das hat den Juristentag nicht hindern können, mit überwiegender Majorität zu beschließen, über die Tarifgemeinschaften Gutachten einzufordern und diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung zu legen. Mit diesem Beschluß hat der Juristentag die bisher vogelfreien Tarifgemeinschaften in den Kreis seiner Beschlußfassung aufgenommen und ich hoffe, Sie werden diesen Beschluß gern zur Kenntnis nehmen. (Demonstrativer Beifall, der sich mehrfach wiederholt.)

Einwendungen gegen die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurden nicht erhoben.

Aus der Plenarversammlung sei noch die Stellung des Juristentages zu dem auf agrarischen Betrieb gemachten Entwurf betreffend die

Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Beschränkung der Haftung des Tierhalters)

herborgehoben. Professor Enneccerus-Marburg führte aus, daß der Gesetzesentwurf der Regierung einer Aufhebung des § 833 profisch gleichkomme. Demgegenüber habe sich die Abteilung auf den Standpunkt gestellt, daß der Tierhalter jede Beschädigung eines anderen von seinem Tiere zu ertragen hat, auch wenn ihn selbst kein Verschulden trifft. Diese reine Kausalhaftung erschien insbesondere vielen Landwirten als unbillige Härte. Eine große Mehrheit des Reichstages forderte daher auf Antrag des konservativen Abg. v. Treuenfels die Regierung auf, die Haftbarkeit des Tierhalters für die Fälle aufzuheben, in denen er mit genügender Sorgfalt das Tier hätte bewachen lassen. Der Gesetzentwurf der Regierung vom 24. Februar 1906, der das Verlangen des Reichstages zu erfüllen bestimmt ist, harrt noch in einer Reichstagskommission der Verabschiedung. Die Gutachter des Juristentages protestieren nun mit aller Entschiedenheit gegen diesen ersten Einbruch in das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900. Es sei ein alter germanischer Rechtsgrundsatz, daß das Eigentum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verleihe. Das einfachste Gebot der Gerechtigkeit verlangt, jemand, der durch das Tier eines anderen zum Krüppel geworden sei, nicht auch noch zum Bettler werden zu lassen. Wer Tiere halte, müsse auch die besondere Tiergefahr tragen, und könne das um so leichter, als die Haftpflichtversicherung niemals auch nur 1 Prozent der Unterhaltungskosten des Tieres erreicht. Mag denen, die berufsmäßig die Wartung eines Tieres übernehmen, die Unfallversicherung für den Schaden auskommen, und mag die Haftpflicht des Tierhalters auch den Personen gegenüber eingeschränkt werden, die auf Grund eines Vertrages sein Tier im eigenen Interesse benutzen: dem großen Publikum gegenüber erscheint die strengste Haftung des Tierhalters voll gerechtfertigt, wie sie sich im französischen Recht seit 100 Jahren bewährt hat. Sonst ziehe der Tierhalter nach einem Worte Gierles alle Vorteile aus seinem, die Mitmenschen gefährdenden Eigentum, ohne selbst irgend ein Risiko zu laufen. Hervorzuheben ist schließlich noch, daß die Frage profisch nicht unwichtig ist, da die Entschädigung für Tierchäden sich jährlich ungefähr auf 1 1/2 Millionen beläuft.

Als erster Diskussionsredner stellt Rechtsanwalt Dr. Ritter-Kiel folgenden Antrag: „Es empfiehlt sich, daß § 833 folgenden Absatz hinzuzufügen: Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn ein Schaden entstanden ist, in Vertretung einer Gefahr, welcher der Verletzte sich selbst ausgesetzt hatte, 1) infolge Verwendung des Tieres in seinem Interesse, 2) wenn ein Rechtsverhältnis zwischen ihm und dem Tierhalter bestand, das das Tier zum Gegenstand hatte und der Schaden infolge einer lediglich auf Grund dieses Vertrages vorgenommenen Tätigkeit entstanden ist.“

In der Debatte wandte sich Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin, der juristische Berater des Deutschen Landwirtschaftsrats, und Prof. Griebner-Kiel gegen die Aufrechterhaltung des § 833. Der Ruf nach sozialer Fürsorge für den Verletzten sei noch kein hinreichendes Argument für die zivilrechtliche Haftung. Auch der Tierhalter gehöre meistens nur den mittleren und ärmeren Schichten an. — Geheimrat Gierle-Berlin wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Gesetzesentwurf der Regierung. Die Rechtsprechung sei schon jetzt auf dem richtigen Wege und habe den ursprünglichen Zweck bereits korrigiert. Man brauche sie nicht erst am Gängelbande der Gesetzgebung weiter zu leiten. (Sehr richtig!) Auch im Interesse der Gerechtigkeit, die ein eherner Fels sein sollten, müsse man sich vor der Beliebigkeitgesetzgebung hüten. Jede Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im gegenwärtigen Augenblick würde er deshalb tief bedauern, umso mehr, wenn es sich wie hier um einen belagerten und unsozialen Minderheit handele. Die Kapitalisten sollen privilegiert werden gegen die Schadenansprüche der nicht besitzenden Klassen. In den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung würde eine Erbitterung entstehen, wenn die erste Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausnahmengesetz gegen die Stallmische und Kuhmische sein würde. (Großer Beifall.)

Oberlandesgerichtspräsident Spahn wandte sich gegen eine Neuerung des Professor Griebner, daß das Gesetz im Reichstage nur durch eine Zufallsmajorität zustande gekommen sei. Im Gegenteil, einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung seien die Abgeordneten amtlich benachrichtigt worden. Er habe seinen Platz damals in der 6. oder 7. Reihe gehabt (Zuruf des Abg. Dove: Aber in der Mitte! Heiterkeit) und habe alles übersehen können. — In seinem Schlusssatz erklärt Prof. Enneccerus-Marburg, wenn überhaupt ein Streit über die Aufrechterhaltung des § 833 entstanden sei, so liege das daran, daß die Interessenten eine Organisation und einen Mund besäßen, der mehr als kräftig zu reden wisse. (Heiterkeit.) — In der Abstimmung sprach sich der Juristentag mit allen gegen 7 Stimmen für die Aufrechterhaltung des § 833 aus. Trotzdem dürfte der konservativ-ultramontane Reichstag dem Ausnahmengesetz für die Weichen zustimmen.

Der Kongreß wurde am Dienstagvormittag im großen Sitzungssaale des Abgeordnetenhause eröffnet. Die Veranstaltung dieses Kongresses und des fünften internationalen für Versicherungswissenschaft ist vom deutschen Verein für Versicherungswissenschaft ausgegangen. Eine Reihe von Verhandlungsgegenständen, vor allem die Versicherung der Abstinenten, Alkoholiker und Frauen, eignen sich zu gemeinsamer Behandlung beider Kongresse und sollen deshalb heute in gemeinsamer Sitzung beraten werden.

Vierter internationaler Kongreß für Versicherungs-Medizin.

Der Kongreß wurde am Dienstagvormittag im großen Sitzungssaale des Abgeordnetenhause eröffnet. Die Veranstaltung dieses Kongresses und des fünften internationalen für Versicherungswissenschaft ist vom deutschen Verein für Versicherungswissenschaft ausgegangen. Eine Reihe von Verhandlungsgegenständen, vor allem die Versicherung der Abstinenten, Alkoholiker und Frauen, eignen sich zu gemeinsamer Behandlung beider Kongresse und sollen deshalb heute in gemeinsamer Sitzung beraten werden.

Tuberkulose.

Zunächst sprach Professor Martins-Roskod über die frühzeitige Feststellung des Vorhandenseins einer Veranlagung zur Tuberkulose, insbesondere zur Lungen-Tuberkulose. Die Statistik gibt nie die Ursache einer Erkrankung, aber die Anregung, nach der Ursache zu forschen. Die Zahlen beweisen, daß unter sonst gleichen Umständen relativ mehr solche Menschen an Tuberkulose sterben, die aus tuberkulösen Familien stammen. Streit herrscht darüber, ob der Grund hiervon die stärkere angeborene Disposition oder die stärkere Exposition, die größere Ansteckungsgefahr ist. Der Vortragende verkennt die Wichtigkeit der größeren Ansteckungsgefahr nicht, mißt aber der angeborenen Disposition das größere Gewicht bei; die individuell verschiedene Widerstandsfähigkeit gegen die Ansteckung ist durch viele

Zusammenhänge betreffen. Die einzelnen disponierenden Faktoren werden durch verschiedene Umstände erworben, zum Teil sind sie angeboren, allerdings führt Tuberkulose der Eltern nicht notwendig zu einer besonders schwachen Veranlagung jedes einzelnen Nachkommen. Bestimmte Vererbungsregeln anzugeben ist eine Utopie und wird es nach dem jetzigen Stande unseres biologischen Wissens wohl immer bleiben. Darum ist aber die genealogische Krankheitsforschung keineswegs überflüssig, am wenigsten für den Versicherungsarzt. Großes kann er nur leisten, wenn er den Zusammenhang mit der rasios fortsetzenden Gesamtforschung nicht verliert.

Es folgte ein Vortrag von Sanitätsrat G o t t s c h e i n -Berlin über dasselbe Thema. Zuerst läufige prognostische Methoden, um zu erkennen, daß ein Gesunder gegen eine spätere Erkrankung weniger widerstandsfähig ist, als ein anderer, gibt es heute noch nicht, wenn man auch hoffen kann, daß sie in Zukunft ausgearbeitet werden. Vorkünftig ist man auf die Massenbeobachtung angewiesen, welche durch den Vergleich den ursächlichen Zusammenhang zwischen gewissen an sich nicht notwendig krankhaften Erscheinungen und dem späteren Eintritt von Krankheitsvorgängen stattfindet. Der erste leitende Gesichtspunkt ist der Zusammenhang mit der Familie. Wichtiger aber als die der Familiengeschichte entnommenen Daten sind die Merkmale, die aus der Untersuchung des Individuums selbst hervorgehen.

Die Ausführungen des Vortragenden gipfeln in folgenden Thesen:

1. Die frühzeitige Feststellung der Disposition zur Lungentuberkulose an einem bisher Gesunden beruht vorzugsweise auf den Ergebnissen der statistischen Massenuntersuchung.

2. Mit Hilfe dieser Methode können allgemeine Befehle über tuberkulöse Belastung gewonnen werden; die Anwendung dieser Befehle auf den Einzelfall ist aber nur dann zulässig, wenn entweder eine einzelne belastende Erscheinung sehr scharf hervortritt oder mehrere derartige Erscheinungen zusammenwirken.

3. Eine familiäre Belastung ist anzunehmen, wenn ein oder mehrere Erzeuger oder Geschwister des Untersuchungsobjekts an Tuberkulose gestorben oder ernstlich erkrankt sind, die Wahrscheinlichkeit dieser Belastung wächst mit der Zahl solcher Familienmitglieder.

4. Ein Verdacht auf familiäre Disposition liegt auch vor, wenn das Versicherungsobjekt andere Belastungsmomente an seinem Körper zeigt und aus einer Einlinder- oder Zweilinderherkunft; er liegt ferner unter gleicher Voraussetzung vor, wenn das Versicherungsobjekt eine größere Zahl jugendlicher Geschwister an akuten Infektionskrankheiten verloren hat.

5. Körperliche Belastung liegt vor

a) bei sehr großen Individuen, wenn das Verhältnis der mittleren Brustweite zur Körpergröße erheblich unter 0,5 herabgeht;

b) bei mittelgroßen Individuen bei einem Werte unter 0,5 und dem gleichzeitigen Vorhandensein anderer Belastungen;

c) bei sehr niederm Körpergewicht, falls andere Gründe ausgeschlossen sind;

d) bei dem Vorhandensein des Thorax paralyticus, der Breuchigkeit oder der Kotschilbischen Thoraxdeformation.

6. Vorangegangene tuberkulöse Erkrankungen anderer Organe lassen das Versicherungsobjekt als belastet erscheinen; dagegen sind andere körperliche Minderwertigkeiten, wie Anämie, Magerkeit, nur bei Vorhandensein noch weiterer Belastungsmomente zu vermeiden.

7. Lebensweise und soziale Lage sind als Hilfsmomente für die Beurteilung der Belastung wertvoll und stets heranzuziehen.

8. Die Größe der beruflichen Belastung ergibt sich aus den Forschungen auf dem Gebiete der Berufsstatistik.

9. Ein größerer Fortschritt auf dem bisher noch nicht genügend durchgearbeiteten Gebiete der Prognose ist erst von der ausgiebigen Heranziehung des Erfahrungsmaterials der Lebensversicherungsgesellschaften zu erwarten.

Der dritte Referent, Prof. F l o r s c h ü h -Gotha, Bankarzt der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha, legt eingehende Tabellen aus den Erfahrungen der Gothaer Bank vor, welche beweisen, daß es in der Tuberkulose-Ätiologie zweifellos eine Hereditäts- und eine Dispositionsfrage (Vererbungs- und Veranlagungsfrage) geben muß. Daß das Prinzip der Gothaer Bank, neben der Heredität die Konstitution entscheidend sein zu lassen, richtig ist, beweist die Tatsache, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose in den für uns hauptsächlich maßgebenden ersten fünf Versicherungsjahren in den Zugangsperioden 1867-1880, 1881-1895 von 107 Proz. auf 86 Proz. gefallen ist.

Das letzte Referat wird von Dr. van G e e n s -Amsterdam gehalten: „Ueber Sterblichkeit an Tuberkulose“. Der Vortragende zieht aus seinen Erfahrungen den Schluß, daß neuere feinere Methoden zur frühzeitigen Diagnose der Tuberkulose für den Zweck der Versicherungsgesellschaften wohl überflüssig sein könnten. Die Tuberkulose, die erst nach vielen Jahren auftritt, wird mit Sicherheit wohl nicht zu diagnostizieren sein, und bei Zweifel müßten viel mehr Kandidaten, als jetzt der Fall ist, abgewiesen werden.

In der Diskussion führt Dr. F e i l c h e n f e l d -Berlin aus, daß die Frage der Konstitution wichtiger sei als die der Heredität; deshalb seien gerade die von Prof. F l o r s c h ü h mitgeteilten Tabellen mit besonderem Danke zu begrüßen. Sie mögen zu einem Merkblattchen für Versicherungsärzte bearbeitet werden.

Dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Anregung verspricht Prof. F l o r s c h ü h Folge zu geben.

In der weiteren Diskussion weist Professor F l o e s c h ü h darauf hin, daß es vielmehr auf die Gesamtkonstitution ankommt, als auf die besondere der Brust, die keinen speziellen Zusammenhang mit der Lungentuberkulose habe, eine Auffassung, welcher Dr. L e n n h o f f -Berlin nach seinen Erfahrungen widerspricht.

Regierungsrat H a m e l vom Reichsgesundheitsamt regt an, die Privatversicherungen möchten Erhebungen über die Erfolge der Heilmaßnahmen anstellen und über die Nachhaltigkeit dieser Erfolge. Da sie die Behandelten bis ans Lebensende beobachten können, so würden hierdurch die Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes eine wichtige Ergänzung erfahren.

Ueber das Thema Syphilis

wird der erste Vortrag „Der Einfluß der Syphilis auf die Lebensdauer“ an Stelle des durch Krankheit verhinderten Dr. W l a s c h o -Berlin von Dr. J a c o b s o n -Berlin gehalten. Trotz der großen Schwierigkeit der Feststellungen hat sich doch als ganz sicher ergeben, daß die Sterblichkeit der Syphilitiker größer ist, als die normale; ein Drittel aller Patienten, die Syphilis gehobt haben, gehen an ihrer Syphilis zugrunde. In Uebereinstimmung mit Dr. W l a s c h o empfiehlt der Vortragende dem Kongress, einen Antrag anzunehmen, durch welchen den Versicherungsgesellschaften empfohlen wird: a) eine eingehende Abänderung ihrer Antragsformulare bezüglich der Befragung der zu Versicherenden; b) eine genaue Untersuchung der zu Versicherenden auf Anzeichen noch bestehender und früherer Syphilis; c) eine Erhöhung der Prämie bei früher überstandener Syphilis; d) ein gemeinsames Vorgehen aller Gesellschaften.

Dr. G o l l m e r -Gotha stellt nach den Beobachtungen der Gothaer Lebensversicherungsbank eine große Uebersterblichkeit der an Syphilis vorekrankten Versicherten fest; sie beträgt 68 Proz., allerdings nicht gleichmäßig für sämtliche Jahre. Als Todesursachen fallen in erster Linie Gehirns- und Geisteskrankheiten ins Gewicht, in zweiter Linie Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße.

Es folgt dann ein Referat von Sanitätsrat Dr. K l e i n -Schmidt -Eibersfeld: „Der Anteil syphilitischer Erkrankungen an den Sterbefällen der Vaterländischen Lebensversicherungsgesellschaft“. Auch hier hat sich ein hoher Prozentsatz der syphilitisch Erkrankten an den Sterbefällen ergeben. Eine Aufnahme von früheren Syphilitikern bereits zwei Jahre nach der Infektion, die Dr. S a l o m o n s e n befürwortet, hält er für bedenklich.

Das Thema

Unfallversicherung

gelangt dann zur Besprechung.

Dr. F e i l c h e n f e l d -Berlin behandelt das Thema: „Ueber Unfälle bei bestehenden inneren Krankheiten“. An der Hand eines reichen Materials wird der häufige Zusammenhang zwischen Unfall und der Verschlimmerung eines schon bestehenden inneren Leidens dargelegt.

Generaldirektor G e r t r a t h -Berlin spricht als Jurist über: „Der rechtliche Standpunkt bei der Trennung der Unfallfolgen von den inneren Krankheiten“. Er tritt dafür ein, daß in der privaten Unfallversicherung nur solche Folgen als Unfallfolgen anzuerkennen sind, zu deren Herbeiführung der Unfall notwendig mitgewirkt haben muß. Wenn innere Leiden für den Ausgang in Tod oder Invalidität zureichende Ursachen waren, so soll ein hinzutretendes Trauma für die Versicherung nicht in Betracht kommen. Der Behauptung des Vortragenden, daß das Reichsversicherungsamt eine andere Praxis befolge, weil es seine Tätigkeit lediglich als eine öffentlich-rechtliche Fürsorge betrachte, tritt Regierungsrat S i e f e r t vom Reichsversicherungsamt entgegen; freilich betrachte das Reichsversicherungsamt auch mittelbare Folgen eines Unfalles als entschädigungspflichtig; aber die bloße Möglichkeit eines Zusammenhanges der Verschlimmerung des Leidens mit dem Unfall genüge nicht, um einen Entschädigungsanspruch zu begründen. Zum Schluß betont Regierungsrat S i e f e r t eindringlich, daß das Reichsversicherungsamt großen Wert auf das Zusammenarbeiten mit den Ärzten lege und jeden Schein eines Mißverständnisses zwischen dem Amt und den Ärzten vermeiden sehe möchte.

Dr. L e n n h o f f betont, daß die Klagen der Ärzte sich nicht gegen das Reichsversicherungsamt richten; dagegen seien die Ärzte vom Reichsamt des Innern nicht verwöhnt.

Es werden dann noch Vorträge über: „Die Kriterien der Verschlimmerung von funktionellen Neurosen durch Unfälle“ und über „Die akute Verschlimmerung von Geistesstörungen im Gefolge von Unfällen“ gehalten.

Deute findet im Reichstage eine gemeinsame Sitzung der Kongresse für Versicherungsmedizin und Versicherungswissenschaft statt.

Fünfter internationaler Kongress für Versicherungswissenschaft.

Im Plenarsitzungslokal des Reichstages wurde am Montag und Dienstag der fünfte internationale Kongress für Versicherungswissenschaft abgehalten. Nach einer Reihe von Begrüßungen (für die Reichsregierung sprach der Unterstaatssekretär Dr. W e r m u t h) und Abendung von Telegrammen an den Kaiser, den Reichsfürst und den Staatssekretär v. P o s a d o w s k y trat man in die sachlichen Verhandlungen ein. Erster Gegenstand derselben ist die Frage der

Vollversicherung,

insbesondere die Versicherung von Kindern. Der erste Referent war F r a n c o i s -W e i s s e l. Als charakteristische Merkmale der Vollversicherung stellte er hin: die geringe und in kleine Raten zerlegte Prämie und den Abschluß des Versicherungsvertrages ohne vorherige ärztliche Untersuchung. So soll die Vollversicherung es auch der Arbeiterfamilie ermöglichen, die Ausgaben zu decken, ohne daß das Budget für die Nahrungsmittel verringert zu werden braucht. Die Kinderversicherung ist ein wichtiger Teil der Vollversicherung. Denn der Tod eines Kindes verursacht außer dem seelischen Schmerz den Eltern in der Regel noch besondere Ausgaben. Die französische Regierung verbietet leider die Versicherung von Kindern unter 12 Jahren. Redner bewirkt dieses Verbot als auf solchen Tatsachen beruhend. — H o s t r u p -Kopenhagen schilderte als zweiter Referent das Vollversicherungswesen Danemarks. — Geh. Regierungsrat Prof. L e x i s -Göttingen erörterte die die Vollversicherungen betreffenden Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfes über den Versicherungsvertrag in Deutschland. Die Kinderversicherung werde danach einer gewissen Beschränkung unterworfen. — Mathematiker W e n d t -Berlin behandelte die

Kinderversicherung

in Deutschland. Es befanden im Reich bei acht Gesellschaften 1 350 481 Todesfallversicherungen für Kinder bis zu 14 Jahren mit einer Gesamtversicherungssumme von 228 467 352 M. Von Interesse ist die Mitteilung des Redners, daß die Sterblichkeit der versicherten Kinder nur etwa halb so groß ist, wie die der Kinder der deutschen Gesamtbevölkerung. Das liegt daran, daß die Sterblichkeit der Kinder mit der Wohlhabenheit der Bevölkerung abnimmt und nur wohlhabende Leute lassen ihre Kinder versichern. Andererseits beweist aber diese Tatsache, daß Spekulationsversicherungen auf das Leben von Kindern nicht zu befürchten sind. Der Redner wandte sich zum Schluß gegen den § 156 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag, der die Kinderversicherung bestimmten Beschränkungen unterwirft. — Prof. W e i c h e r -Frankfurt a. M. trat für eine Zentralisation der zahlreichen, oft schlecht fundierten kleinen Sterbe-, Pension-, Witwen- und Waisenversorgungskassen ein. Für die dann vorhandenen großen Klassen forderte der Redner volle Bewegungsfreiheit. — Ingenieur W e l l o m -Paris wies auf die Unzulänglichkeiten hin, die aus der Anstellung unvollkommen entlohnter Agenten entstehen. Für die Anwerbung der Versicherten müßte ein gut entlohntes Elitepersonal zur Verfügung stehen. — Actuaire D u i q u e t -Paris: In Frankreich verbietet das Gesetz die Todesfallversicherung für Kinder unter 12 Jahren. Der Gesetzesentwurf soll in dieser Beziehung sogar rückwirkende Kraft erhalten. — S c h o d i n g -London machte die interessante Mitteilung, daß in England der Staat selbst Lebensversicherungspolice für Versicherungssummen von 100-2000 M. auf das Leben 8-65jähriger Personen ausstellt. — Mathematiker B a z D i a s -Amsterdam: In Holland ist ein Drittel der Gesamtbevölkerung versichert. — Statistiker H o f f m a n n -Kewak sprach über die Grundzüge und die Technik der Vollversicherung in den Vereinigten Staaten.

Ueber das Thema

Die Behandlung der Zuschlagsprämien für erhöhte Risiken

referierte Actuar K r e b s -Kopenhagen. Er gab einen Ueberblick über seine Erfahrungen beim Gegenständigkeitsverein „Danmark“. Dr. T i s e l i u s -Stockholm berichtete über die Bedeutung der Syphilis bei der Lebensversicherung. Die vom Referenten angestellten Untersuchungen in Schweden haben ergeben, daß die Sterblichkeit unter den gegen tarifmäßige Prämien angenommenen Syphilitikern eine bedeutend höhere war als unter denjenigen, die aus irgend einem anderen Grunde gegen erhöhte Prämien versichert wurden. Die Syphilitiker sind demnach die schlechteste Risikogruppe und können also nicht ohne nachteilige Einwirkung auf die Stellung der übrigen Versicherten zu tarifmäßigen Prämien angenommen werden. — Chemiker E g g e n b e r g e r -Jülich legte dar, daß bei der Lebensversicherung von Frauen allgemein ein erhöhtes Risiko für die Gesellschaften vorhanden sei, denn die Bevölkerungs- und Mortalitätstabellen Deutschlands, der Schweiz usw. zeigen, daß die Sterblichkeit der Frauen bis zu einem gewissen Alter, etwa bis zum 40. Lebensjahre, größer ist als diejenige der Männer, während später des Gegenteils in die Erscheinung tritt. Für die Versicherung von Frauen ist daher ein erhöhtes Risiko vorhanden. Indessen erheben nur wenige Gesellschaften Zuschläge für Frauen, da sich, wie gesagt, durch die günstigeren Sterblichkeit der Frauen in den späteren Jahren eine Kompensation ergibt. Der nächste Punkt betraf die Sterblichkeit unter den Rentnerversicherten. Der Direktor der Preussischen Rentenversicherungsanstalt P a r i n g -Berlin machte statistische Angaben aus dem Beobachtungsmaterial seiner Anstalt und Direktor Dr. S c h m e r t e r -Berlin berichtete, daß der Gesamtbeitrag der in Deutschland versicherten Rentner Ende 1904 30 Millionen Mark beträgt. Vor 25 Jahren betrug der Bestand in der Rentenbranche nur 3 Millionen Mark. Trotzdem ist

der Zuwachs in Deutschland nicht so stark gewesen als in anderen Ländern.

D u p l a i x -Paris hat an der Hand der Tabellen einer ganzen Reihe französischer Lebensversicherungsgesellschaften die Sterblichkeit der Rentner untersucht und dabei herausgefunden, daß sie von der allgemeinen Sterblichkeit abweichen. Als Ursache dafür gibt er die besseren sozialen Verhältnisse der Rentner und die Selbstauswahl beim Abschluß einer Versicherung an.

Actuar H u n t e r -New York schließlich teilte mit, daß die Sterblichkeitsziffer der Rentner in den Vereinigten Staaten und in Kanada geringer ist als unter den Rentnern in Großbritannien und auf dem europäischen Festlande, ein Ergebnis, das er der intensiven Selbstauslese der neuen Welt zuschreibt.

Soziales.

Mittelstandspläne.

Die Männer vom Handwerk und Mittelstand in Nürnberg haben sich große Hoffnungen in den Kopf gesetzt. Sie schiden sich an, ganz Nürnberg in den Saß zu fassen und die Herrschaft an sich zu reißen. Diese großartige Leistung wollen sie durch Errichtung eines Parteisekretariats vollbringen, das schon am 1. Januar 1907 ins Leben treten soll. In der „Mittelstandszeitung“ wird dargetan, was der Mann, der an die Spitze dieses Unternehmens gestellt sein will, alles zu können und zu leisten hat. Wenig ist es nicht. Der Mann hat zunächst die Sekretariatsgeschäfte zu führen, aber im Nebenamt zugleich auch das Mittelstandsblatt, das demnächst täglich erscheinen soll, zu redigieren, eine Rednerschule zu begründen und zu leiten, in allen Winkeln der Stadt und auf dem Lande Bezirksversammlungen abzuhalten, neue Mitglieder zu werben, einer Auskunftsstelle vorzustehen, Schriftsätze anzufertigen, dem Innungsamt als Sekretär zu dienen, die Korrespondenz des Mittelstandsvereins zu erledigen und die Organisation auszubauen; das ist aber noch nicht alles; er muß ein „glänzender Redner“ und eine „repräsentative Erscheinung“ sein, hat in die gegnerischen Versammlungen zu gehen, um dort den Gegnern mit geistigen Waffen tot zu machen, aber er muß auch eine „robuste Natur“ haben, darf „keinen Teufel fürchten“, damit er nötigenfalls in stände ist, „mit den Häuten aller handgreifliche Vagabunden abzuwehren“. Der Mann muß also körperlich und geistig ein Ausnahmestück sein. Bei Besprechung der Geldfrage entschläpft den Mittelstandsmännern ein köstliches Gefändnis. Es heißt da, die Anstellung sei eine sehr rentable Kapitalanlage. Wenn die Mittelstandspartei z. B. nur in der Gemeinde siegt, so bedeute das für „unser Geschäftswelt“ nicht nur moralische, sondern auch pekuniäre Vorteile durch Auswendung von gemeindlichen Arbeiten und Lieferungen und Abwendung öffentlicher Lasten, in einer Höhe, der gegenüber ein Geldopfer selbst von 20 bis 50 und noch mehr Mark sich wie ein Tropfen in einem Eimer Wasser darstelle. Das politische „Ideal“ der Herren Mittelstandsmänner ist es also, die Macht nur deshalb zu gewinnen, damit sie die öffentlichen Lieferungen und Arbeiten unter sich verteilen, von den öffentlichen Lasten aber sich drücken können. Haben da die braven Mittelständler nicht etwas gar zu viel ausgeplaudert?

Aus Industrie und Handel.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Wer sich nicht an die nackten Zahlen über Löhne usw. hält, Zahlen, die in wirtschaftlichen Kämpfen genannt werden, und oft die Begehrlichkeit der Arbeiter illustrieren sollen, wer tiefer schaut, die Resolution der Preise würdigt, der kann nicht der Einsicht sich verschließen, daß den Arbeitern der Kampf um Erhöhung der nominalen Löhne durch die fortgesetzte Verminderung der Kaufkraft des Geldes geradezu aufgezwungen wird. Millionen Arbeiter müssen erst noch beträchtliche Lohnerböhrungen durchleben, ehe sie die Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren wieder ausgleichen haben. Ein dankenswerter Material zur Beurteilung der Frage der Preisveränderungen legt jetzt zum zweiten Male das Tarifamt der deutschen Gewerkschaften vor. Es ist eine Zusammenstellung der Veränderung wichtiger Lebensmittel- und Brennmaterialienpreise, der Mieten und Gemeindecinkommensteuern, ferner der Pensionenpreise im bürgerlichen Hause. Das nach den einzelnen Orten detailliert gesichtete Material, ist gewonnen aus den Mittelungen von 850 Kommunalbehörden — 100 befragte Behörden haben kein Material zur Verfügung gestellt. Wenn auch manche Lücke geblieben ist, manche Angaben der absoluten Zuverlässigkeit entbehren, die Arbeit des Tarifamtes gibt doch ein anschauliches Bild von der teilweise ganz enormen Verteuerung der Lebenshaltung. Dies widerspiegelt auch die Veränderungen in den Pensionenpreisen — Kost und Logis. Hier kommen zusammengefaßt die Preissteigerungen und die Preisausschläge für Lebensmittel zum Ausdruck. Leider haben gerade die großen Städte über die Pensionenpreise keine Angaben gemacht. Es fehlen z. B. Angaben der Städte Berlin, München, Nürnberg, Charlottenburg, Breslau, Königsberg, Riga, Dresden, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt a. M., Eibersfeld, Bremen usw. Wir lassen deshalb bei dem nachfolgenden Auszug aus den Zusammenstellungen die Städte über 100 000 Einwohner ganz unberücksichtigt. Im Jahre 1905 waren die Pensionenpreise gegenüber 1901 gestiegen:

Einwohner	bis 50 M.	50-100 M.	100-200 M.	über 200 M.
in Orten von				
unter 10 000	61	104	90	—
mehr als 10—50 000	45	63	54	3
„ 50—100 000	3	11	13	—

In allen Orten überwiegt die Steigerung von 50 bis 100 M., aber auch die Ausschläge bis 200 M. sind nicht selten. Um die Höhe der Säge zu zeigen und die Steigerungen in einzelnen Orten, greifen wir eine Anzahl größerer Städte heraus. Es wurde gezählt

	1901	1905		1901	1905
	M.	M.		M.	M.
Galle	450	510	Duisburg-Austrort	547	620
Bremen	515	685	Hagen	660	750
Darmstadt	468	600	Hörde	600	720
Hamburg	624	680	Herforn	550	650
Hannover	475	490	Köln	520	520
Kiel	510	678	Essen	550	550
Köln	600	650	Mülheim (Ruhr)	547	584
Wiesfeld	450	540	Oberhausen	540	600
Worms	540	600	Kassel	540	550
Wormund	570	640	Blauen	420	480
Düsseldorf	600	650	Stettin	418	600

Die Steigerungen gehen in vielen Fällen zweifellos weit über die im Laufe der letzten fünf Jahre erzielten Lohnaufbesserungen hinaus.

Die Preisfrage. Weil die Kohlenpreise durch die Syndikate fortwährend in die Höhe getrieben würden, wollen auch die Händler wieder in den Preiswettbewerb mit eintreten. Die Generalversammlung des Preussischen Kohlenhändlervereins in Köln beschloß, ab 1. Oktober eine — entsprechende Preiserhöhung eintreten zu lassen. Das klingt sehr verheißungsvoll.

Entbehrenslöhne. Die Metallgesellschaft Frankfurt a. M. erhöhte für das letzte Jahr den Preutzengewinn von 5 412 167 Mark auf 7 134 800 Mark, den Reingewinn von 4 639 015 Mark auf 5 824 594 Mark. Die Dividende beträgt 25 Prozent und an Tantiemen und Gratifikationen kommt das Sammelnde von 1 888 124 Mark zur Verteilung. — Die Westfälischen Drahtwerke in Langendreer bringen 28 Prozent Dividende heraus, dazu 146 233 Mark für Tantiemen und Gratifikationen.

Auszahlung der Konturanz. Alle britischen Stahlhändler...
Das Geschäft lohnt! Das Brauhaus Nürnberg...
Der englische Handel. Der Außenhandel Englands...

Die Frauen der streikenden Kohlenarbeiter. Bei einem Streik...
Die Frauen der streikenden Kohlenarbeiter führen, kommt es auch viel darauf an, wie sich die Frauen dazu stellen.

Der englische Handel. Der Außenhandel Englands zeigte im August dieselbe aufsteigende Richtung wie in den ihm vorhergegangenen sieben Monaten.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Wiederausfuhr
in Millionen Pfund Sterling			
1900	337,9	193,9	43,6
1901	346,3	187,2	47,6
1902	347,2	185,7	44,6
1903	348,8	194,1	45,8
1904	356,3	195,3	47,7
1905	364,7	218,0	52,2
1906	398,0	247,5	57,4

Die englische Ausfuhr beträgt gegenwärtig 20 Millionen Mark täglich.

Aus der Frauenbewegung.

Gebanken zur Frauenfrage.

II. (Schluß.)

Was nun eigentlich dem Philister solchen Schauer vor der idealen Liebe ohne Zwang einflößt, wenn sie als Prinzip verstanden wird, das ist der ihm eigene Mangel an Selbstgenuß. Es ist ein tiefentfesselter Zug in dem Charakterbilde des bürgerlichen Spekters, daß er glaubt, Maßhalten und vernünftiges Leben sei nur durch Zwang erreichbar.

Diese kindliche Furcht vor der Ungelegenheit beherrscht den Durchschnittsbourgeois gegenüber allen sozialdemokratischen Forderungen. Verlangen wir Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, so jammert er, es würden Prozesse ohne Zahl entstehen, denn jeder würde zum Zeitvertreib den lieben Nächsten verklagen, wenn es nichts kostet.

Von dieser Vorstellung nun, daß die freie Liebe notwendig die schlimmste Korneidwirtschaft herbeiführen müsse, ist nur noch ein kleiner Schritt zu der weiteren Vorstellung, daß die Sozialdemokratie dies auch gerade bezwecke.

Eine solche Annahme ist schon deshalb widersinnig, weil die Sozialdemokratie, wenn sie wirklich die Aufhebung der Ehegehe und ihre Ersetzung durch eine andere Eheform für einen Kulturfortschritt hielte, dies doch niemals von einem Akt der Regierungsgewalt, also von einem künstlichen Eingriff erwarten könnte.

Soweit es indes auf unser Wünsch und Streben ankommt, berechtigt nichts zu der Annahme, daß wir die Ehegehe vernichten wollen. In unserem Programm fordern wir vom heutigen Staat weiter nichts als die Abschaffung aller Ehegehe, welche die Frau in öffentlich und privat ehehlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

wolle. So sehr wir überzeugt sind, daß die Eheform ein Ergebnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ist, so scheint uns der Zusammenhang doch noch etwas tiefer zu liegen als in der bloßen Regelung der Erbfolge.

Die Frauen der streikenden Kohlenarbeiter. Bei einem Streik, wie ihn gegenwärtig die Berliner Kohlenarbeiter führen, kommt es auch viel darauf an, wie sich die Frauen dazu stellen.

Die Frauen der streikenden Kohlenarbeiter führen, kommt es auch viel darauf an, wie sich die Frauen dazu stellen. Viele Männer sind verheiratet und sehen zum erstenmal im Streik, Murt die Frau daheim, schimpft sie oder vergießt sie Tränen, so ist es für den Mann doppelt schwer, im Kampfe Seite an Seite mit seinen Arbeitsbrüdern auszuhalten.

Gerichts-Zeitung.

Junge Mädchen unter Anklage des Streikvergehens.

Die nach dem Gesetze noch jugendlichen Arbeiterinnen Anna Ballmann und Ida Brandt zählen mit zu den Streikenden der Aktien-Gummitabrik in Hannover. Sie sollten die Arbeiterin kurz durch Drohungen zur Teilnahme an dem Streik zu veranlassen versucht haben.

„Freihalten“ von Arzneimitteln durch Drogisten.

Der Drogist Maifu zu Niddorf war vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis Gifte feilgeboten und außerdem Arzneien freihalten habe, die nach der kaiserlichen Verordnung vom 21. Oktober 1901 nur in Apotheken feilgehalten werden dürfen.

Aus Kolonie Grunewald.

Ein literarischer Beleidigungsprozess beschäftigt gestern zum zweitenmal die 2. Ferienkammer des Landgerichts II in einer bis zum Abend sich hinziehenden Sitzung. Wegen Beleidigung war der Schriftsteller Julius Karl Fischer am 19. April des vergangenen Jahres von der Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wegen das erste Urteil hatte sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt und das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben. Die gestrige Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Aus Kindesliebe zum Dieb geworden.

Der Schulknabe Paul Witter in Cottendorf im sächsischen Erzgebirge mußte kassieren gehen, um etwas mit zu verdienen. Da bemerkte er bei einer Gutsbesitzerin, die ihm etwas abgekauft hatte, daß sie das Geld im Glasbehälter aufbewahrte.

Verfammlungen.

Berichtsnachtrag. Aus dem gestern mitgeteilten Beschluß des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter (Zahlsche Berlin) betreffend die Beitragszahlung der weiblichen Mitglieder ab 1. Oktober ist verheißentlich der Beitragszahl fortgeblieben.

Verband der Preisvergebenen Deutschen. Zweigverein Kirdorf, Deute Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, bei Schmidt, Berlinerstraße 14: Außerordentliche Generalversammlung.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellen. Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstraße 36: Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“ Nr. 37. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Schäfer. Verlag von Paul Singer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 63.

Paul Koch. Religion und Vernunft. 178 Seiten. Verlag von Hugo Bernauer, Berlin 1907.

Wagen- und Krankenheiten und ihre physikalisch-diätetische Heilweise. Von Dr. Hans Jungwirth. 1. Heft. Preis 90 Pf. Verlag von Karl Barthold, Halle a. S. 1906.

Rechnmittel-Universum. 1. Heft, 2. Jahrgang, jährlich 12 Hefte. Jahrgang 3. H. Verlag des Rechnmittel-Universums, G. Binkemann, Berlin SW. 43, Fiedrichstr. 6.

Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung von R. Bourguin, ins Deutsche übertragen von Dr. L. Kohnen. 508 Seiten. Preis: 8 M., geb. 10 M. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die Arbeiterfrage und die Arbeiterfrage. Von D. Lang, Zürich. 24 Seiten. Preis 10 Pf. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, J. Reichardt, Berlin S. 43, Lindenstr. 63.

Jahresbericht. Deutscher Tabakarbeiter-Verband für das Jahr 1906. 64 Seiten. Selbstverlag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. (Eig. Bremen.)

Das Schulzimmer. 4. Jahrgang. NW. 3. (Joh. Müller, Charlottenburg.)

Plan von Helgoland (Preis 60 Pf.). Aufgenommen von Festungs-Inspektor Wenzel. Gezeichnet von Ballmeister Ulter und Hahn. Maßstab 1:3000.

Bericht für das Jahr 1905 der Centralarbeitsklasse der Wiener Arbeitermänner. 70 Seiten. Verlagsanstalt „Vormärts“. Spodoba u. Co., Wien VI.

Dr. Karl Böhm. Charrez Kanmann ein nationaler Politiker? Druck Kiehlert u. Kiehlert, Berlin O. 1906.

Dr. med. G. Siebe. Berde gesunde! Heilchrift für Volksgesundheitspflege. 9. Heft. Preis vierteljährlich 75 Pf. Verlag Ed. Neuge, Erlangen.

Werner Zombart. Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Preis gebunden 1,50 M., geb. 2,25 M. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1906.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der öffentlichen Markthalen-Direktion (Großhandel) Wundstich Ia 73-78 pr. 100 Pfd., Ia 67-72, IIIa 62-66, IVa 56-60. Rindfleisch, Doppelender 103-115, Ia 85-90, IIa 75-82, IIIa 65-74. Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-76, Schweinefleisch 68-75, Rebhede Ia pr. Pfd. 0,70-0,95, IIa 0,40-0,65, Rotwild Ia pr. Pfd. 0,45-0,55, IIa 0,40. Hammel 0,40-0,55, Weißschweine pr. Pfd. 0,25-0,48. Frischlinge 0,00. Kaminchen pr. Stück 0,49-1,00. Wollentier Ia pr. Stück 1,00-1,40, IIa 0,00. Rebhühner Ia 1,00-1,28, Junge Ia 0,80-1,00, alte 0,75-0,88, Junge keine 0,30-0,75. Hühner, alte, pr. Stück 1,50-2,00, alte, IIa 1,00-1,30, Junge, pr. Stück 0,70-1,00. Tauben, Junge, pr. Stück 0,25-0,52, alte 0,20-0,25. Enten, Junge pr. Stück 1,50-3,25, alte pr. Stück 0,00. Domburger, Junge, pr. Stück 2,00. Gänse, Ia pr. Pfd. 0,48-0,58, IIa 0,40-0,47, Ia pr. Stück 2,75-3,50, IIa 1,50-2,50. Poullets pr. Stück 0,90-1,25, da kein 0,35-0,70. Schafe, pr. 100 Pfd. 72-98. Rinder 0,00. Wollentier 123-154. Meile 0,00. Kälte, groß 99-102, mittel 86, klein-mittel 82-87, untorf. 56-73. Wollentier 0,00. Karpen, untorf. 0,00. Barje, matt 0,00. Weißschweine 0,00. Kaminchen 78-79. Wild 0,00. Bunte Fische 43-63, matt 0,00. Amerikanischer Lachs I neuer pr. 100 Pfd. 110-130, da II neuer 90-100, da III neuer 75. Seelachs 15-20. Rindern, kommt, I pr. Schod 9, da. pomm. II 2-3, Meier. Steige Ia 4-6, da. mittel pr. Risse 2-3, da. kein pr. Risse 0,00. Schlänge, pr. Ball Meier 3-4, Stralburger 3-4,50. Kälte, groß pr. Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Dringte pr. Schod 4-5. Schweißliche Risse 3-4,50, da. 1/2, Risse 2, Kaminchen pr. 100 Pfd. 15-20. Heubutt 25. Erdbeeren, 1906er pr. Anker 90, 1904er 90, 1906er 85, 1906er 70. Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 39-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Deringe, neue Matjes, per 1/2, To. 60-120. Dummer, IIa, 100 Pfd. 0,00. Kriebel, pr. Schod, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, untorf. 0,00. Golliger, groß 0,00. Eier, matt, pr. Schod 4,20-4,40. Butter pr. 100 Pfd. Ia 124-126, IIa 118-120, IIIa 112-116, abfallende 95-110. Same Gurken Schod 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. Daberische 2-2,25, Rosen 1,50-1,75, neue runde 1,75-2,00, neue blaue 2,00-2,25. Spinnat pr. 100 Pfd. 10-12. Karotten pr. Schod 1,50-2,50. Sellerie, fleische, pr. Schod 1,50-6,00. Zwiebeln 100 Pfd. 2,75-3,00. Petersilie, grün, Schod 1,00, Kochsalz pr. Schod 0,50-1,00. Rettig, ganz, pr. Schod 2,40 bis 4,90. Radieschen pr. Schod 0,60-0,80. Salat, pr. Schod 1,50-2,00. Bokern, grüne, pr. 100 Pfd. 10-20. Wachsbohnen 10-15. Schoten pr. 100 Pfd. 15-20. Pfefferkörner pr. 100 Pfd. 15-20. Mohrrüben pr. 100 Pfd. 3-4. Kellner Rüben pr. 100 Pfd. 12. Blumenkohl pr. Bündel 1-2,50. Stängelkohl pr. Schod 4,00-8,00. Kestli pr. Schod 3,00-9,00. Weiskohl pr. Schod 2,00 bis 3,00. Stempel pr. 100 Pfd. 30-40. Gurken, Rechter, Schod 0,00-0,00, da. Einlege, Schod 1,50-2,00, da. Kettelnberg 1,50-3,00, da. Liegnitzer 2,50-3,00, da. Einlege. (Sem.) 10-18. Kohlraben, Schod 3-5,50. Tomaten, fleische 100 Pfd. 3-6. Kürbis 2-5. Bienen, Ital, pr. 100 Pfd. 0,00, fleische 3-20, Tricolor 20-35, Schweißliche 4-16, Rettig, 3-6. Kerpel, ungar., pr. 100 Pfd. 6-11, Ital. 0,00, fleische 2-9. Grauenkreuter 0-20. Tricolor 15-24. Preisbutter 0,00, 14wöchliche 20-24. Mauerbrenn pr. 100 Pfd. 13-15. Pfannen, Ital. runde dunkle, pr. 100 Pfd. 0,00, ungarische 0,00, fleische 2-4. Rindfleisch 0,00. Seiben 10-13. Badener 0,00. Schweißliche 2-11. Zitronen, Reifna 300 Stück 20,00-35,00, 300 Stück 18,00-24,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, kein 12-15. Pfirsiche, Werderische pr. 100 Pfd. 10-40, französische 0,00, italienische I Risse 0,00, da. II Risse 0,00, da. III Risse 0,00, da. in Körben pr. 100 Pfd. 30-43.

A. WERTHEIM

GEMÜSE-KONSERVEN

Stangenspargel III 1/2 Dose 78, 1/4 Dose 45 Pf.	Bruchspargel I 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Junge Schoten II 1/2 Dose 50, 1/4 Dose 32 Pf.
Stangenspargel II 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Bruchspargel extra stark 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	Junge Schoten III 1/2 Dose 48 Pf.
Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.60, 1/4 Dose 85 Pf.	Riesenbruchspargel 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.	Junge Schoten IV 1/2 Dose 38 Pf.
Abschnittspargel 1/2 Dose 38, 1/4 Dose 24 Pf.	Kaiserschoten extra fein 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.	Pfefferlinge 1/2 Dose 50, 1/4 Dose 30 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose 58, 1/4 Dose 34 Pf.	Junge Schoten extra fein 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.	Rote Rüben 1/2 Dose 35, 1/4 Dose 23 Pf.
Bruchspargel 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.	Junge Schoten I 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	Haricots verts fin 1/2 Dose 70 Pf., 1/4 Dose 40 Pf.
Stangenspargel I 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.		Morcheln I 1/2 D. 1.30, 1/4 D. 70 Pf.
Kaiserschoten 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.		Morcheln II 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
Brech- u. Schneidebohnen 2 1/2 kg 65, 1 1/2 kg 40, 1/2 kg 25 Pf.		Champignons I 1/2 D. 1.60, 1/4 D. 90 Pf.

FRÜCHTE-KONSERVEN

Saure Kirschen ohne Steine 1/2 Dose 95 Pf., 1/4 Dose 53 Pf.	Erdbeeren naturell 1/2 Dose 98 Pf., 1/4 Dose 55 Pf.	Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, 55 Pf. Heidelbeeren, Birnen Glas
Saure Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 38 Pf.	Erdbeeren in Zucker 1/2 Dose 1.40, 1/4 Dose 75 Pf.	Dunstfrüchte in Zucker
Kaiserkirschen ohne Steine 1/2 Dose 1 Mk., 1/4 Dose 55 Pf.	Stachelbeeren 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 38 Pf.	Kirschen ohne Steinen Glas 72 Pf.
	Pflaumen 1/2 Dose 45 Pf.	Himbeeren Glas 90 Pf.

Oelsardinen

La Rose 1/2 Dose 32 Pf.	Marke Martell 1/2 Dose 45 Pf., 1/4 Dose 1.25, 1/8 Dose 2.20	Marke „Amieux Frères“ 1/2 Dose 90 Pf., 1/4 Dose 1.50 Mk.
Ölsardinen Spezialmarke 1/2 Dose 65 Pf.		

KOLONIAL-WAREN

Italienische Makkaroni stark und fein, leicht gefärbt Pfd. 40 Pf.	Globus-Hafermehl 1/2 Pfd.-Packet 20 Pf., 1/4 Pfd.-Packet 38 Pf.	Globus-Tapioka 1/2 Pfd.-Packet 45 Pf.
Schnittnudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Globus-Grünkernmehl 1/2 Pfd.-Packet 30 Pf., 1/4 Pfd.-Packet 55 Pf.	Globus-Suppentafeln: Kartoffel-, Reis-, Grünkern-, Erbsen-, gelb und grün, Linsen-, Tap.-Julienne-, Reis-Julienne-, Bohnen-, Gersten-, Gries-, Hafergrütze-, Haus- macher-, Körbel-, Rumford- u. Sago- Suppe Tafel 15 Pf.
Schnittnudeln leicht gefärbt Pfd. 36 Pf.	Neue Hülsenfrüchte:	Globus-Suppentafeln: Julienne-Bouillon-, Tapioca-Bouillon-, Mochurde- Krebs-, Curry-, Frühlings-, Ochsenfleisch-, Pflz-, Potage a la Reine-, Tomaten- und Wildpret-Suppe Tafel 24 Pf.
Bandnudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Viktoria-Erbesen Pfd. 18 Pf.	Erbswurst mit Speck und Schinken 28 Pf.
Fadennudeln ungefärbt Pfd. 40 Pf.	Grüne Erbsen Pfd. 15 Pf.	
Nudelgraupen ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Grosse Linsen Pfd. 45 Pf.	
Façonnudeln ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Mittel Linsen Pfd. 38 Pf.	
Nudelhörnchen ca. 1 Pfd.-Pak. 38 Pf.	Kleine Bohnen Pfd. 16 Pf.	
Java-Reis Pfd. 25, 30, 38 Pf.		
Rangoon-Reis Pfd. 16, 20 Pf.		

WEIN

inkl. Flasche

Moselwein 1/2 Fl.	Rheinwein 1/2 Fl.	Bordeauxwein 1/2 Fl.
Obermoseler 55 Pf.	1903 ^{er} Alsheimer 70 Pf.	1901 ^{er} Pauillac 80 Pf.
1904 ^{er} Wormeldinger 65 Pf.	1903 ^{er} Lorcher 95 Pf.	1900 ^{er} St. Vivien 95 Pf.
1902 ^{er} Trittenheimer 80 Pf.	1901 ^{er} Niersteiner 1.10 Mk.	1902 ^{er} Crù Privera 1 Mk.
1903 ^{er} Reil. Sorentberger 1 Mk.	1901 ^{er} Rüdesheimer 1.20 Mk.	1901 ^{er} Chât. La Tour Carnet 1.20
1904 ^{er} Lieserer 1.10 Mk.	1902 ^{er} Hochheimer 1.30 Mk.	1900 ^{er} Grand Poujeaux 1.40 Mk.

Weintrauben Kiste ca. 8 Pfund 1.30 Mk.

Tiroler Aepfel Pfund 16 Pf.

Gebrannter Kaffee

Mischung I	83 Pf.
Mischung II	95 Pf.
Mischung III	1.10 Mk.
Mischung IV	1.35 Mk.
Mischung V	1.50 Mk.
Mischung VI	1.70 Mk.
Mischung VII	1.90 Mk.

Tee

Souchong-Melange

Qualität I Pfd.	1.20 Mk.
Qualität II Pfd.	1.80 Mk.
Qualität III Pfd.	2.40 Mk.
Qualität IV Pfd.	3.20 Mk.
Qualität V Pfd.	4 Mk.

Kongo-Tee

Qualität I Pfd.	2.20 Mk.
Qualität II Pfd.	2.80 Mk.
Qualität III Pfd.	4 Mk.

Ceylon-Melange

Pfd. 3 Mk.

Pecco-Melange

Pfd. 4.80 Mk.

Cervelatwurst

in Rinddarm Pfd. 1.30 Mk.

Salami

in Rinddarm Pfd. 1.30 Mk.

Plockwurst

Pfund 1.20 Mk.

Gänsebrust

(Spickgans) Pfd. 1.50 Mk.

Alleinverkauf der Schokoladenfabrikate von **Tobler & Co., Bern.**

Vom „sparenden Charlottenburg“.

Wie bei der Berliner haben auch bei der Charlottenburger Sparkasse die Einlagen in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr zugenommen und recht ansehnliche Summen erreicht. Während im Jahre 1896 die Einlagen 3 015 336 Mark betragen, beliefen sie sich im Jahre 1905 auf 11 372 508 M. und in den ersten sechs Monaten 1906 auf 7 066 358 M. Gewiß sehr bedeutende und schnell wachsende Summen! Aber wenn der Vertreter des Magistrats gegenüber den Anträgen auf Gewährung einer Feuerungszulage an die unteren städtischen Beamten und Arbeiter auf diese Millionen hinweist, die doch hauptsächlich von den kleinen Leuten bei der Sparkasse eingezahlt seien, und daß man deshalb bei uns von einem Notstande nicht sprechen und Feuerungszulagen nicht verlangen könne, so überfiehet oder verflüchtigt der Magistratsvertreter dabei nur die gleichzeitig verlangten Rückzahlungen zu erwähnen. Diese beliefen sich im Jahre 1896 auf 1 481 956 M., im Jahre 1905 aber auf 7 637 605 M. und im ersten Halbjahr 1906 auf 4 763 543 Mark. Man sieht, die verlangten Rückzahlungen sind, wie in Berlin, in einer weit stärkeren Proportion gestiegen, als die Einlagen, und wenn sie auch noch lange nicht die Höhe der Einlagen erreichten, so ist der Unterschied doch immer kleiner geworden, und zwar von Jahr zu Jahr. Das ist die Rückseite der Medaille. Nach den Angaben der Monatsberichte des statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg betragen die in den 10 Jahren von 1896 bis 1905 verlangten Rückzahlungen folgende Prozentsätze der gleichzeitig gemachten Einlagen: 49,4, 54,9, 52,3, 59,1, 66,5, 60,7, 59,3, 63,8, 64,3 und

67,1 Proz. und für die ersten sechs Monate des Jahres 1906 67,4 Proz. Ihre Proportion zu den Einlagen ist also fast regelmäßig von Jahr zu Jahr gestiegen, und während vor 10 Jahren die verlangten Rückzahlungen noch nicht die Hälfte der Einzahlungen betragen, betragen sie seit 1905 mehr als Zweidrittel der letzteren. Das läßt sich doch nur dahin erklären, daß wohl nach wie vor noch so viel wie möglich Einzahlungen bei der Sparkasse gemacht werden, daß aber viele Sparer durch mäßige Verhältnisse bald wieder gezwungen sind, die gemachten Einlagen wieder zurückzuziehen, und zwar, wie wir gesehen haben, in einem von Jahr zu Jahr steigenden Maße.

Daß überdies die Einlagen bei der Sparkasse gar keinen Maßstab für die günstige oder ungünstige Lage der Bevölkerung oder einzelner Schichten derselben geben können, ergibt sich schon daraus, daß viele Einlagen bei der Sparkasse offenbar gar nicht von Sparern gemacht werden, sondern von kleinen Kapitalisten usw., denen die Börseneffekten zu unsicher sind, als Kapitalanlage; so wohl alle Einlagen über 2000 Mark, und gerade diese haben in letzter Zeit besonders zugenommen.

Auch kann gar nicht festgestellt werden und ist wohl auch nicht versucht worden festzustellen, in welchem Verhältnis sich die verschiedenen Bevölkerungsklassen bei den Einlagen in die Sparkassen beteiligten und von welchen die Rückzahlungen verlangt worden sind. Man sagt wohl, die Zahl der kleinen Sparer rekrutiere sich doch fast nur aus der unbemittelten arbeitenden Bevölkerung. Aber auch bei vielen besserstehenden ist es Sitte, ihren Töchtern bei der Einsegnung oder bei ähnlichen Gelegenheiten ein Sparkassenbuch über 5 oder 10 M. zu schenken. So hat in mancher

wohlsituierten kinderreichen Familie jedes Kind sein Sparkassenbuch mit einem kleinen Betrage, aber in sehr vielen Arbeiterfamilien hat keins ein solches. Die Zahl der Sparkassenbücher betrug Ende 1905 69 356, also etwa 72 Proz. der Bevölkerung haben überhaupt kein Sparkassenbuch. Die Summe der Steuerrückstände, die Höhe des Pferdefleischkonsums, die Zahl der Leihhausverfugungen, die der Eingaben an das Armenamt und eine genaue Morbiditätsstatistik, die wir aber nicht haben, das wären eher Momente, die das Vorhandensein oder Fehlen eines Notstandes und seine Stärke erweisen könnten.

Witterungsüberblick vom 12. September 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke. Rows include Stolmenbe, Danzberg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Seilly, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. September 1906. Vormittag heiler und trocken, nachts noch kühl, am Tage wärmer bei schwachen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 12. September. Elbe bei Magdeburg + 0,56 Meter. — Ussura bei Straßfurt — 0,10 Meter. — Oder bei Rathenow + 0,98 Meter. — Rheinhöhe bei Bredlau Unterpegel — 1,78 Meter.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 13. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus, La Traviata. Schauspielhaus, Goldfische. Neues Opernhaus, Geschlossen. Deutsches, Der Kaufmann von Venedig. Westen, Der Operndieb. Vorzug, Jar und Zimmermann. Anfang 8 Uhr. Sessing, Fuhrmann Henschel. Berliner, Eherot Solmes. Schiller O., (Ballner-Theater.) Frau Inger von Oestrot. Schiller N., (Friedrich Wilhelm-Räthelches-Theater.) Hasemanns Töchter. Neues, Der bürgerliche Edelmann. Der Stammgast. Komische Oper, Hoffmanns Erzählungen. Weibens, Die Hölle des Löwen. Trianon, Die Rotbrüde. Lustspielhaus, Spageliebe. Zentral, Die Fledermaus. Kleines, Ein idealer Gatte. Carl Weisk, Adele. Deutsch-Amerikanisches, Im wilden Westen. Thalia, Wenn die Bombe platzt. Lusten, Ein Kind des Glücks. Walhalla, Spezialitäten. Metropol, Auf ins Metropol. Apollo, Berlin im Omnibus. Spezialitäten. Kasino, Alexander der Große. Folies Caprice, Der Generalkonsul. Sünden der Väter. Wintergarten, Spezialitäten. Passage, Spezialitäten. Reichshallen, Seltener Sänger. Urania, Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus. Sternwarte, Bismarckstr. 57/59.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.

Heute und folgende Tage: Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Der bürgerliche Edelmann. Der Stammgast. Freitag: Eine... Der Stammgast. Sonnabend: Frost im Frühling. Sonntag: Eine... Der Stammgast.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr zum 77. Male: Ein idealer Gatte. Freitag, Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.

Heute abend 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Figaros Hochzeit. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater

Bellealliancestr. 7/8. Donnerstag, den 13. Sept., 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann. Abonnements gültig. Morgen, Freitag: Der Troubadour. Sonnabend, 15. Sept., nachm. 3 Uhr, bei sehr kl. Pr. 1. Schüler-Klassikervorvort. Nathan der Weise.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Frau Inger von Oestrot. Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange. Freitag, abends 8 Uhr: Das Lumpengesindel. Sonnabend, abends 8 Uhr: Frau Inger von Oestrot. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.). Donnerstag, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter. Volksstück in 4 Akten v. H. Kröner. Freitag, abends 8 Uhr: Jugendliebe. Hierauf: Die Diensthöten. Sonnabend, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Freie Volksbühne.

5. und 6. Abteilung. Sonntag, den 16. September, 3 Uhr nachmittags im Berliner Theater, Ludwig Anzengruber: Die Kreuzelschreiber. Bauernkomödie in 5 Bildern. Artistische Leitung: A. Steinerl.

II. Serie: Im Neuen Schauspielhaus: Der Sturm.

William Shakespeare: Der Sturm. Romantisches Schauspiel in fünf Aufzügen. Sonntag, den 21. Oktober, Premiere: S. 9. Abteilung.

Dann folgen: 10./11., 12./13., 14./15., 16./17., 18., 1., 2./3., 4./5., 6./7. Abteilung. Artistische Leitung: Direktor Alfred Halm. Dirigenten: Hofkapellmeister Prill und Karl Vach.

17. Kunst-Abend im Rathaus. Henrik Ibsen Frau Lili Braun.

Vortrag und Rezitation. Lieder von Grieg, gesungen von Frä. Elsa Daut. Pianist... Kapellmeister Gehrke.

Neue Mitglieder können sich noch in allen Zahlstellen melden.

Die neuen Mitgliedskarten der alten Mitglieder müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden, da sie sonst an neue Mitglieder weiter vergeben werden. Die Mitglieder werden ersucht, die laut Beschluß der Juli-Generalsammlung verbreiteten Flugblätter betreffend das Freie Kunstheim aus den Zahlstellen abzuholen und zu verbreiten und die Antwortkarten ausgefüllt in den Zahlstellen abzugeben. Der Vorstand. I. V.: G. Winkler. 229/14

XII. Saison Zirkus Busch XII. Saison

Sonnabend, den 15. September 1906: Gala-Premiere. Bisher noch nie gezeigt! Wilde Tigergruppe. Bisher noch nie gezeigt!

im Ringkampf mit dem Dompteur Herrn W. Peters! Völlig neue Dressuren der Herren Georg Burekhardt-Footitt und Ernst Schumann sowie das neu engagierte Künstler- und Künstlerinnen-Personal. 153/6. Logensitze 5 M., Parkett 3 M., Balkon 2 M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1 M., Galerie 50 Pf. Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet. Billets sind ferner zu haben beim Invalidendank, Unter den Linden 24, und in der Billettabelle des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstr. 132/133.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater. (Operette). 8 Uhr: Die Fledermaus. Operette in 3 Akten. Freitag: Geschlossen.

Luisen-Theater. Reichembergerstr. 31. Heute: Ein Kind des Glücks. Freitag: Eine Nacht in Berlin. Sonnabend: Ein Kind des Glücks. Sonntag nachm.: Romeo und Julia. Abends: Ein Kind des Glücks.

Lustspielhaus. Täglich: Spageliebe. Abends 8 Uhr: Spageliebe.

Metropol-Theater. Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary. !Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Die Rotbrüde. Freitag & erstmalig: Der Hausfreund.

Zirkus Schumann. Sonnabend, 15. September, 1/2 8 Uhr abends: Gala-Eröffnungs-Vorstellung. Mr. Hendricksen mit seinen 12 Königs-Tigern direkt aus Amerika.

Direktor Alb. Schumann mit seinen neuen Schul- u. Freiheitspferden. Schulreiter Mr. Guichinett, einziger Schüler vom Altmeister M. James Pillis. Sämtliche neu engagierte Künstler. Kassa ist geöffnet von 10 Uhr vormittags an ununterbrochen. Sonntag, den 16. September 1906: 2 große Vorstellungen 2 Nachmittags 1/2 4 Uhr und abends 1/2 8 Uhr. 165/6

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation). Oh schön! Ab 1. September täglich: Oh Regen! neues sensationelles Programm. Kaffeeküche. Volkabelustigungen aller Art. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Jed. Erwachsene 1 Kind unter 10 Jahren frei

Apollo-Theater. 8 1/2 Der Affe als Jockey. Original-Dressur-Akt. The Seldoms plastische Vorstellungen. 1 Dame und 3 Herren. 10 Uhr: 10 Uhr: Berlin im Omnibus. Erste Nachmittagsvorst. Sonntag, den 30. September, nachm. 3 1/2 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67-68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philips: Im wilden Westen. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebere großen Teich.“

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute bis Freitag Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwank in 3 Akten v. H. Hennequin und H. Hilbrand. Gaston Chalandry: Rich. Alexander. Sonnabend, den 15. September, zum erstenmal: Triplopatte.

Carl Weiß-Theater. Or. Franzfurterstr. 132. Letzte Woche abends 8 Uhr: Adele. Freitag, den 14. Sept.: Benefiz für Herrn Stänkel. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

W. Noack's Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Heute: Geschlossen. Sonnabend, den 15. September er.: Eröffnung der Winter-Spielzeit! Don Cesar. Dir. Rob. Dill in der Uckerholle. Billets zu dieser Vorstellung sind täglich von 11 Uhr ab im Theater zu haben.

Rixdorfer Theater. Bergstr. 147. Leitung: Julius Türk. Eröffnungs-Vorstellung Mittwoch, den 19. September er. Beginn der Volksvorstellungen Sonntag, den 7. Oktober.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Geschlossen. Nächste Vorstellung Sonntag, den 16. September 1906. Montag, den 17. September: Eröffnung der Winter-Saison. Die relegierten Studenten. Lustspiel in 4 Aufzügen von Benedix. Die Verteilung der Abkommensplätze hat begonnen und können die Abkommenskarten im Theaterbureau von 10-1 Uhr abgeholt werden.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Heute Donnerstag, 13. September: Letzte Hochachtungsvorstellung der Sommer-Saison: Die weiße Dame. Posse mit Gesang von D. Richter. Außerdem: Die großartigen Spezialitäten. Julius Wilms, Charakterkomiker. Mr. Robin, Gaststandkomiker. Florus Rapson, Kunstseiler. Mile. Thara, Handstandsthielheffe. Sevilla und Pifo, eine Szene im Kriegsbahnen. Im Saale: Or. Ball. Anf. 5 Uhr.

Folies Caprice. Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße. Zum 13. Male: Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf b. Wertheim u. an der Theaterkasse 10-2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Heute Schluß der Sommer-Spielzeit. Abschieds-Vorstellung des gel. erfolgr. Künstlerpersonales. Großer Freitanz. Anf. 8 1/2 Uhr. X. Eintritt 30 Pf. Ehren- und Vorzugsarten gültig.

Kasino-Theater. Kolthringstr. 37. Täglich 8 Uhr Alexander der Große von Emil Thomas und Adolf Sellg. Vorber. das Eröffnungsprogramm. Sonntag nachm. 4 Uhr: Madame Bonivard.

Volksgarten-Theater. Badstr. 8 (Vehm- u. Völkermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Das neue Zepheurd-Programm. Gehr. Marconi, Henry Sago, Monte Christo, der Heilenschlüpfel; Kascha Rusalka. 's Liederle. Lieberpiel in 1 Akt von H. Kniff.

Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?

Von J. Berchardt Preis 30 Pfennig Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß das Prügeln in der Schule zu vermeiden sei, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für die Körperliche und geistige Entwicklung des Kindes verwerflich ist. Er gibt vielfache Anregungen, wie die Eltern ihre Kinder ohne Prügel erziehen können.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. September 1906, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (B. Raabe), Kolbergerstr. 23:

Öffentl. Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hans Block über: „Unsere Kolonialpolitik“. 2. Diskussion. — Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Emdener. 249/15

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige 15
Spezialitäten
Täglich: Konzert- u. Volks-
Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)

Reichshallen.
Täglich:
**Stettiner
Sänger**
Anfang
Bischofsplatz
8, Sonntag
7 Uhr.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Das erstklassige Spezialitäten-
Programm. — Chevalier Thora
„Im Traumlande“.
Adela Marow, Soubr. Diva.
Hauser, Humorist. Germanias,
Damenensemble. 4 Georgettas,
Gymnastiker. Verdier, Pantom-
virtuosin. Rigoletto, Gymnast.
Pauli, Soubrrette. Almado, Ikar.
Spiele. Honeyuckles, Jongleur.
Parney u. Jenkins, Exzentriker.
Vitascope. — Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2. u. v. Bahnhof Bürau.
Gute 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Das Riesen-September-Programm.
Vondara, Dreijährigt. The Daymiers,
Ufroboten. Carmanelli Duo. Franz
Gerré. Mandita. Salero Leopard.
Stee and Shee
Lomic
8 erstkl. Nummern. 8
Dazu:
Der Sommerleutnant.
Schwan vom R. Reichardt.

Berliner Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Aufführungstheater.
The three Spoons,
Jongleur-Bantoumme.
In der Küche.
Spezialitäten. Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumelsterter Platz 50 Pf.

Sanssouci-Katzen
Kattbusar
Straßen 4a.
Direktion Wilhelm Reimer,
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Nachtwächter.
Hoff.
Tante Poppenrats Erben.
Lützpfel.
Sonnt. Beg. 5, Bochent. 8 1/2.

Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich:
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Möbel-Fabrik
von **A. SCHULZ,**
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt
gediegener Möbel in jeder Holz- und Stil-
art von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und
Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst
billigen Preisen. 2030/L

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 14. September 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung
der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend
im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:

1. Inwiefern ist dem Beschlusse der letzten öffentlichen Versammlung Rechnung getragen worden? 2. Diskussion. — Organisationsbuch legitimiert. 127/4
Der Emdener: H. Pfahl.

Neue Freie Volksbühne.

Die Kunst dem Volke!

Die Neue Freie Volksbühne hat mit Beginn dieser Spielzeit ihr 17. Vereinsjahr angetreten. Zur Veranschaulichung des Wachstums des Vereins innerhalb der letzten sechs Jahre dienen die folgenden Zahlen:

Spieljahr 1900/01: Mitgliederzahl	900 = 1 Abt.	Jahreshaushalt: 10 021,00 M.
Spieljahr 1901/02: Mitgliederzahl	1700 = 2 Abt.	24 108,00 M.
Spieljahr 1902/03: Mitgliederzahl	2900 = 3 Abt.	33 123,00 M.
Spieljahr 1903/04: Mitgliederzahl	4300 = 5 Abt.	58 247,00 M.
Spieljahr 1904/05: Mitgliederzahl	6000 = 7 Abt.	80 098,00 M.
Spieljahr 1905/06: Mitgliederzahl	10200 = 12 Abt.	156 400,00 M.

Für das soeben begonnene Spieljahr sind die Mitgliederanmeldungen so zahlreich eingegangen, daß der Verein kurzzeitig bereits 14 Abteilungen mit rund 12000 Mitglieder stark ist.

Dieses rasche Wachsen des Vereins spricht deutlich dafür, daß sein Programmweck, der arbeitenden Bevölkerungsklasse den Genuß dramatischer Kunstwerke in möglichst guter Darbietung zu niedrigen Preisen zu ermöglichen, einem immer stärkeren Bedürfnis weiterer Volkskreise nach künstlerischer Unterhaltung und Erhebung entspricht.

Um diesem unerwartet raschen Zuwachs Rechnung zu tragen, hat der Verein ein fünftes Theater, nämlich das am 1. Januar 1907 zu eröffnende, neuerbaute Schiller-Theater Charlottenburg zu einer Serie Vereinsvorstellungen gepachtet und sind Vorkehrungen dahin getroffen, daß die Zahl der Abteilungen auf 16, die der Mitglieder auf 14000 steigen kann.

Zu den Vorstellungen des Spieljahres 1906/07 stehen nunmehr dem Verein folgende Theater zur Verfügung:

Deutsches Theater Schumannstr. 13/14.	Neues Theater Schiffbauerdamm 4/5.
Schiller-Theater O. Wallnertheaterstr. 35.	Schiller-Theater N. Chausseestr. 26.
Schiller-Theater Charlottenburg (Bismarckstraße am Knie).	

Außerdem finden eine Anzahl Extravorstellungen im Lessing-Theater, Friedrich-Karl-Ufer 1, statt.

Konzerte, Chorwerke u. Kunstabende

finden statt in der Singakademie, Philharmonie, Kgl. Hochschule für Musik, Mozartsaal des neuen Schauspielhauses, Bürgersaal des Rathauses und im großen Saale der Brauerei Friedrichshain.

Die Vereinschrift „Neue Freie Volksbühne“, die beherrschend und unterhaltend Artikel sowie alle Vereins-Bekanntmachungen enthält, wird den Mitgliedern gratis durch die Post zugesandt.

Mitglieder-Anmeldungen zur 15. und 16. Abteilung werden an allen Zahlstellen entgegengenommen. Das einmalige Einschreibegeld beträgt 1 M., der jeweilige Vorstellungsbeitrag 90 Pf. (inkl. Garderobe).

Zahlstellen: N.: H. Fischer, Veteranenstr. 6. A. Knapp, Grünthalstr. 5. C. Schön-galla, Weidenburgerstr. 60. R. Kannapke, Brunnenstr. 122. G. Blums, Chausseestr. 26. O. Kleinau, Gerichtstr. 4. R. Kischkat, Graunstr. 12. H. M. Strehlau, Odenarderstr. 3. III. H. Buhk, Masplaquestr. 14. NW.: P. Schrolle, Landwehrstr. 3. M. Probat, Linsenstr. 8. G. Pollack, Immanuelkirchstr. 21. NW.: H. Becker, Gotzkowskystr. 9. W. Wendesebeck, Schiffbauerdamm 6. E. Volkmann, Lehrterstr. 48a. S.: H. Bobsien, Kommandantenstr. 62. C. Bielsfeld, Gräferstr. 35. J. Schindler, Neue Jakobstr. 8. 50.: A. Mielowski, Naunynstr. 83. H. Kaufhold, Wrangelstr. 62, v. III. A. Strangfeld, Britzerstr. 24a. U. Stangenberg, Köpenickerstr. 20a. SW.: H. Landgraf, Bergmannstr. 101. J. Pech, Teltowerstr. 37. O. Martienszen, Bellealliancestr. 7. C. Martienszen, Friedrichstr. 201. O.: R. Tabert, Markusstr. 14. H. Hirsch, Littenstr. 22. Hof III. A. Gorn, Boxhagenerstr. 2. M. Gräbke, Fruchtstr. 55. O. Elsholz, Schreinerstr. 56. L. Neiß, Wallnertheaterstr. 36. W.: E. Neumann, Joachimsthalerstr. 17. C. Martienszen, Potsdamerstr. 43. C.: E. Neumann, Weinmeisterstr. 18. Charlottenburg: E. Schäfer I, Schillerstr. 102. E. Schäfer II, Potsdamerstr. 5a. Friedenau: O. Danz, Kirchstr. 15. Steig, III. Friedrichshagen: W. Stogemann, Seestr. 107. Rixdorf: O. Heinrich, Münchenstr. 19. Rummelsburg: Fr. Rosen, Schillerstr. 3. Schöneberg: P. Arendt, Kolonnenstr. 43/44. B. Spittel, Merseburgerstr. 5. Steglitz: Kl. Hielscher, Berlinickerstr. 15. Wilmersdorf: A. Gieseler, Gasteinerstr. 28. L. Weissensoe, H. Karow, Königshausen 47c.

Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich Berlin NW., Bremerstr. 59, vorn II. Fernsprecher: Amt II, No. 4241.
Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft.

150/14

WINTER GARTEN
Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.

Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Benhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling So, chin. Zauberkünstler.
De Witt Burns und Terrance,
amerikanische Exzentriker.
Die Pissutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
48. Sommer-Saison.

Jeden Sonntag:
Extravorstellung
neuer Spezialitäten.
Ball u. Volksbelustigungen.
Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.
Am Wochenende ist Saal u. Garten
an Vereine zu vergeben.

Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze“.
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

**Gustav
Behrens
Theater,**
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.
Zurückgekehrt
Frauenarzt
Dr. E. M. Simons
Kantstraße 74
Königsbergerstraße 25.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Luxusmöbel - Branche!
Donnerstag, den 13. September 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in der Luxusmöbel-Branche beschäftigten Arbeiter
als
**Tischler, Polierer, Drechsler, Maschinenarbeiter,
Bildhauer usw.**
im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
Tages-Ordnung: 92/11
1. Bericht von der Konferenz. 2. Wie näher wir die gegenwärtige
Konjunktur in der Branche ans? 3. Verbands- und Branchen-Angelegen-
heiten.
Die Kommission.

Achtung! Bautischler.
Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr, „Germania-Säle“,
Chausseestr. 103:
Versammlung der Bautischler Berlins und Vororte.
Tages-Ordnung: 92/12
1. Stellung der Bautischler zur Kündigung des Vertrages. 2. Dis-
kussion. 3. Beschluß.
Kollegen! Die erwarten zu dieser Versammlung recht zahl-
reichen Besuch und ersuchen alle Kollegen, für diesen rege zu agitieren. Die
Vertreter der Vororte Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Adlershof,
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Weihenfer werden gebeten, an dieser Ver-
sammlung teilzunehmen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Branchenkommision.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Sonntag, den 16. September 1906
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Vortrag des Schriftstellers **M. H. Baege**
über:
„Die Abstammungslehre und ihre Beweise“
mit 60 Lichtbildern.
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Entree 30 Pf. Garderobe frei.
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

eventuell
auf
Teilzahlung
Möbel
Oranienstraße 73.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Albert Krause** am 11. September verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Edmund Riedel** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jofobi-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
153/14 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Hermann Degen** plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.
Die Kollegen der Pianofabrik von **R. Görs & Kallmann.**

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere Schwester und Schwägerin, Frau **Emilie Beschnitt** verm. Zeitungsbotein **Kirach** geb. **Jakel** verstorben ist. 12185
Die Beerdigung findet Freitag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee statt.
Die Hinterbliebenen.

Am 11. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager meine innigste Frau **Anna Teske** geb. **Ladowig**.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. 2207L
Dieses zeigen ganz betrübt an Die trauernden Hinterbliebenen **Otto Teske, Georg Teske.**

Steppdecken
21911.
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2 85
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4 85 6 75
Wollatlas 5 25 7 50
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
fehlerrhaft 3 40
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 158. Berlin S.

Dankfagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Hugo Kroebel** sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Raucher, dem Gesangsverein der Bahner, dem Raucherklub „Blaue Wolke“ unseren innigsten Dank.
Witwe **Hilda Kroebel,**
Adolf Kroebel und Frau.
Havanna p. Hund 1,60 bis 10.—
Berlin N., Brunnstraße 190. [207/16]

Herren-Konfektion
kaufe bei

Blitz

- I. Chausseestr. 80
- II. Rosenthalerstr. 9
- III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaufe bei

Blitz

Knaben-Konfektion

- I. Rosenthalerstr. 9
- II. Chausseestr. 80
- III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaufe bei **Blitz!**

Das Auge sieht nicht

wie viel Bakterien oft in dem Essig, der konsumiert wird, enthalten sind, denn sonst würden Sie fortan Ihren **Speise- u. Einmach-Essig** nur noch selbst bereiten, und zwar aus Reichels **Essig-Essenz, Marke „Lichtberg“.** Damit eingelegte Früchte sind sicher vor dem Verderben geschützt und schmecken großartig! — Originalflasche, für 12 Weinflaschen-Essig ausreichend. **Net. 1.—, 1/2, 3/4, 55 Pf.** Für leere Flaschen 5 bzw. 10 Pf. zurück. **Überall in den Drogerien usw. erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik.** 2277

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
Man verlange und nehme nur Reichels **Essig-Essenz** u. achte auf unverfälschten **Rapselverschluss m. Marke „Lichtberg“.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Ratiborer Schnupftabake. — Ehesegger, Kownoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: Neu!
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von **Joseph Doms, Ratibor.**
1668L* Amt 4, 3014.

Die Cigaretten, welche die vortrefflichen Eigenschaften feiner türkischer Tabake den anspruchvollsten Rauchern gelehrt haben — Die türkischen Cigaretten, welche sich unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen — Die türkischen Cigaretten, welche *mehr* als alle anderen Cigaretten die schärfsten Kritiker *stets* befriedigen — sind

JOSETTI CIGARETTEN

das Resultat reiner, wohlschmeckender, voll aromatischer und doch milder Mischungen, welche sich stets in der Qualität gleichbleiben, niemals enttäuschen und auch dem verwöhntesten Geschmack niemals überdrüssig werden.
Das Aroma der Josetti-Cigaretten ist ein Triumph sachverständiger Mischungen, die Preise, zu welchen sie verkauft werden, ein Wunder kaufmännischer Tüchtigkeit.

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Eigene Werkstätten!

Möbelfabrik.
Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skaltitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.
Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Kaffeepreise steigen!
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Strasse 4, I.**

!! Buss Salon!!
Große Frankfurterstraße Nr. 85.
Inhaber: Chr. Theel.
Sonnabende im November und Dezember für Vereine usw. noch frei.
Totensonntag auch noch zu vergeben.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Ratten, Kranchsen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 22072*
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie,** jetzt Brunnstr. 14, früher Nr. 81.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Keine Cigarre **„Cigaroma“** Keine Cigarette
empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt
hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1 1/2 Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel
„Cigaroma“ Fabrik und Einzelverkauf:
s. m. b. H. Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Montag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmshof“: Versammlung. Vortrag der Frau Störmer über Säuglingspflege.

Mahlsdorf. Am Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 9 Uhr, findet in Hamanns Gesellschaftshaus in Maulsdorf die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Zahlreiche Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Plan der Döberitzer Heerstraße ist nunmehr im großen Ganzen vom Kaiser genehmigt worden; nur bezüglich der Linienführung am Grimmitzsee (im Norden von Fichelsberg), der Ausbildung der großen Eisenbahnbrücke über den Stöchesee und einem monumentalen Portalbau umweit der Unterförsterei Fichelsberg ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Bis zu dem letztgenannten Punkte verläuft die in der Verlängerung der Bismardstraße geplante „Heerstraße“ in gerader Linie. Kurz vor der Unterförsterei Fichelsberg wendet sie sich etwas nach Nordwesten, überschreitet den Stöchesee und die Havel, um dann die Potsdamer Vorstadt von Spandau zu durchschneiden. Ob sie hier noch etwas nördlicher, durch den Grimmitzsee geleitet werden oder sich südlich derselben halten wird, steht, wie oben angedeutet, endgültig noch nicht fest. Auf Spandauer Gebiet wird dann die Heerstraße die angegebene Richtung weiter verfolgen und im SW. von Staaken in die Staaken-Dallgow-Döberitzer Chaussee einmünden. Die vorerwähnte Chaussee wird in die Trasse der neuen Straße verlegt und auf eine Breite von 24 Meter gebracht werden, so daß sie, einschließlich der Vorgärten (zu je acht Meter) 40 Meter breit sein wird. Die gerade Fortführung der Trasse im Zuge der verlängerten Bismardstraße verbot sich einmal, weil man auf unergründliche Moore stieß und auch die Charlottenburger Kieselfelder hätten durchschnitten werden müssen, das andere Mal, weil die Heerstraße dann zu weit südlich von Döberitz ausgemündet haben würde. An dem erwähnten Knickpunkte (Unterförsterei Fichelsberg) soll sich nun eine ornamentale Dekoration, eine Art Triumphbogen oder dergleichen, erheben, über dessen Anlage und Ausbildung der Kaiser noch befinden will. Die Kränze, welche hinter der Unterförsterei den Stöchesee überspannen soll, wird eine Breite von 24 Meter und eine Höhe über dem Wasserspiegel von nahezu 20 Meter erhalten; ihre Fundierung wird nicht leicht sein, da der Moorboden hier schon in eine Tiefe von 18 Meter hinabreicht. Der Brückenbau soll durch eine Dammschüttung erleichtert werden, zu welcher die im Einschnitt liegende ansteigende Strecke reichliches Material liefern wird. Die ausgebagerten Moormassen werden zur Aufhöhung der nördlich ansteigenden Wiesen benutzt werden. Auch die weiter westlich folgende Havelbrücke soll so hoch gelegt werden, daß sie die Schifffahrt nicht behindert. Die Haveluferstraßen, welche etwa 18 Meter tiefer liegen, als die neue Heerstraße, werden mittels Rampen am Knickpunkt in die letztere eingeführt. Das umfangreiche Porzellan- und Glaswerk der Heerstraße, das von der Ringbahn und der Leichterbahn eingeschlossen wird, soll der Bebauung erschlossen werden; inmitten der hier geplanten Villenkolonie wird eine neue, etwa 55 Hektar große, elliptische Trabrennbahn angelegt werden. Der Plan für dieselbe ist so gewählt worden, daß die vorhandenen Erhebungen des Geländes für den Bau der Zuschauertribünen ausgenutzt werden können. Die Bahn soll an eine Gesellschaft verpachtet werden. Die Schießstände des Militärregiments und der Infanterieschule, welche die Umgebung natürlich stören würden, dürfen verlegt werden, wenigstens sind diesbezügliche Verhandlungen mit dem Militärkommando bereits eingeleitet worden. Südlich der Heerstraße wird ein etwa 300 Meter breiter Terraintreifen der Bebauung erschlossen werden, zwischen dem Bau-blocks werden sich zwei Parallelstraßen hinziehen. Die Revellierungsarbeiten sind bereits im Gange, auf Grund derselben soll demnächst der Bebauungsplan aufgestellt werden.

Da dürfte wieder der Weizen der Terrainspekulanten blühen.

Keine „Musterwerkstätte“!

Wozu haben wir eine Gewerbeinspektion? Und wozu eine Feuerpolizei? So möchte man sich manchmal fragen, wenn man in gewisse Werkstätten und Fabriken hineinkommt. Die Arbeitsräume, in denen die Arbeiter den Tag über haufen müssen und für ihren „Brother“ zu fröhnen haben, sind mitunter so mangelhaft, daß es selbst einem ganz Bedürfnislosen zu arg werden muß. Nun kann ja freilich kein Mensch alles wissen und leiner alles bemerken, auch der nicht, der das Amt hat, auf diese Dinge zu sehen und sie zu beachten. Wenn aber Arbeiter eines Betriebes sich entschließen, selber gegen unerträgliche Mißstände die Hilfe der Behörden anzurufen, und selbst dann noch nicht die schleunigste Beseitigung der geringsten Mängel erreicht wird, dann weiß man in der Tat nicht, was man sagen soll.

Einen Fall dieser Art wollen wir hier mitteilen. Da ist auf dem Grundstüd Pelerburgerstr. 77 in dem am zweiten Hofe gelegenen Fabrikgebäude die Möbelfabrik von Weise u. Raumann untergebracht. Die Poliererei befindet sich im fünften Stock unmittelbar unter dem Dach; die nackten Balken des Dachstuhl sind an allen Ecken und Enden des Arbeitsraumes zu sehen. Eigentlich sollte dieser Boden nur als Lagerraum benutzt werden, aber als Werkstätte bringt er wahrscheinlich mehr ein. Welche Temperatur an heißen Tagen auf solchem Boden herrscht und welche Dünste im übrigen sich in einer Poliererei entwickeln, das weiß jeder. Da könnte man erwarten, daß dieser Arbeitsraum wenigstens mit ganz besonders guten Ventilationseinrichtungen ausgerüstet wäre, zumal da er die durchaus ungenügende Höhe von nur 3 Metern hat. Aber bei Weise u. Raumann muß in der Möbelpoliererei die allerprimitive Form der Ventilation genügen. Die in der Regel mit 20 und mehr Mann, gelegentlich bis zu 25 Mann besetzte Werkstätte hat in den schräg abfallenden Teilen des Daches sechs feste Fenster, und in jedem Fenster ist eine bewegliche Klappe von etwa 60 Zentimeter Länge und 25 Zentimeter Breite angebracht. Außerdem ist durch den annähernd wogerechten Teil des Daches, der als Decke dient, noch eine Luke gebrochen, die sich öffnen läßt. Diese Ventilationsmittel können aber nur bei trockenem Wetter voll benutzt werden. Wenn's regnet, tut man gut, möglichst wieder die Lukeklappe nach die Fensterklappe zu öffnen, weil sonst leicht das himmlische Raß auf die Arbeit herabströmt und sie verdirbt.

Will man wissen, warum wir von Arbeitern des Betriebes Weise u. Raumann gebeten worden sind, diesen Zustand öffentlich zu besprechen? Weil sie, trotz wiederholter Anrufung des zuständigen Gewerbeinspektors und trotz Beschwerde an das Polizeipräsidium, bisher nicht gefanden haben, daß etwas geändert werden wäre. Die Gewerbeinspektion wurde bereits vor Monaten, das Polizeipräsidium vor Wochen in Kenntnis gesetzt — und noch immer wird auf Abhilfe gewartet. Auch die Feuerpolizei hätte unseres Erachtens allen Grund, sich diese Werkstätte, die in mehr als einer Beziehung eine „Musterwerkstätte“ ist, sehr genau anzusehen. Wir fragen schon, daß sie im fünften Stock liegt. Wie können die Arbeiter sich retten, wenn Feuer ausbricht? Der Arbeitsraum hat einen einzigen benutzbaren Ausgang, der 1 Meter breit ist. Eine zweite Tür, die in einen Lagerraum führt, wird stets verschlossen gehalten. Eine dritte Tür gehört zu dem an der Hoffront angebrachten Fahrstuhl und läßt sich nicht öffnen, wenn der Fahrstuhl unten steht. Wenn ein plötzlich ausbrechendes, rasch um

sich greifendes Feuer den Weg nach jenem einzigen Ausgang abschneidet, so bleibt nur übrig, durch Luke und Fensterklappe auf das Dach hinauszuklettern und auf den Hof hinabzuspringen. Man weiß, wie leicht in solchem Betriebe ein Feuer ausbrechen kann. Überall liegen große Mengen von Holzern umher, überall stehen Kannen und Flaschen, Röpfe und Becher mit schnell entflammaren oder explosiblen Stoffen, die zum Polieren gebraucht werden, wie Spiritus, Terpentin, Benzin, Salmiak usw. Gerade am Ausgange sind die reichlichsten Holzvorräte angehäuft. Das Tollste aber ist, daß draußen auf dem Treppendeck, der vor dem Ausgange liegt, ein Lager von Tonnen, Ballons und Kannen mit den oben erwähnten feuergefährlichen Flüssigkeiten aufgestapelt ist.

Auch in diesem Punkte hatten die Arbeiter, denen das zu arg war, ihre Hoffnung auf die Behörden gesetzt, aber einstweilen warten sie noch, wie gesagt. Vor einigen Wochen waren ein paar Beamte da, ein Polizeiwachtmeister und anscheinend ein Feuerwehroffizier. Sie sahen sich die Werkstätte an und gingen wieder. Zweifelslos werden sie über das Ergebnis ihrer Besichtigungstour berichtet haben, aber so ein Bericht muß natürlich erst mancherlei Instanzen durchlaufen und verschiedene Schreibpulte passieren. Auf welchem Schreibtisch mag er jetzt liegen und der Erledigung harren? Oder sind die Behörden weniger anspruchsvoll als die Arbeiter? Am Ende finden sie an dieser Werkstätte nichts auszuweisen?

Mit der Durchführung der Steuerkontrolle in denjenigen Geschäftslotterien, welche als Verkaufsstellen für Zigaretten und Zigarettenabake angemeldet sind, wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Durchführung der sofortigen Kontrolle erwies sich als unmöglich, weil die Abfertigung der Zigarettenhändler an den Steuerstellen nicht rechtzeitig erfolgen konnte und die geforderten vorgeschriebenen Nachbescheinigungen demgemäß nicht am 1. September allgemein stattfanden. — Seitens der Steuerverwaltung ist in Aussicht genommen, das jetzt gebräuchliche Verkaufssystem für Zigaretten aufzuheben und mit Genehmigung des Bundesrates eine veränderte Neorganisation des Zigarettenverkaufs durchzuführen.

Die Fließbadeanstalt an der Fruchtstraße, die im Jahre 1905 von der Stadtgemeinde Berlin für 8800 M. angekauft worden ist, hat 23 300 M. Reparaturkosten für die Wiederinstandsetzung der Bränne, der Wassertenke, der Dachkonstruktion der Anstalt, für den Neuanstrich sowie die Ergänzung des Inventars erfordert. Da nur ein Teil dieser Kosten bewilligt worden ist, müssen nachträglich noch 16 000 M. von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt werden.

Die Umsatzsteuer, die bekanntlich im Jahre 1905 verdoppelt worden ist, hat im vorigen Jahre (1905/06) einen ungewöhnlich hohen Beitrag ergeben. Während in früheren Jahren diese Steuer nur 3 Millionen Mark ergab, hat sie im vergangenen Etatsjahre Berlin allein 6 1/2 Millionen Mark erbracht.

Was hindert nach polizeilicher Ansicht den Verkehr und was nicht? Ueber dieses Kapitel erhalten wir aus dem Osten folgende Zuschrift:

Die Wagenbaufirma Lange u. Gutzzeit, Frankfurter Allee 22/23, unternimmt soeben einen beschränkten Neubau im Innern des Gehöfts. Weil es an Platz mangelt, werden die fertiggestellten und auch noch nicht fertiggestellten Wagen auf die Straßbreite gefahren. Selbstverständlich hindert das den Verkehr in äußerst gefährlichem Maßstabe, da zuweilen in doppelter Reihenfolge die Straße besetzt ist. — Die Polizei scheint anderer Ansicht zu sein.

Ein anderes Bild! Im Mai — nach der Kaiserfeier meiner Erinnerung nach — hatte dieselbe Firma eine Anzahl Arbeiter angestellt. Um sich vor unläuterer Konkurrenz zu wahren, hatte die Arbeiterorganisation Posten ausgestellt. Nur ein Kenner konnte die 3 oder 4 Verbandsfunktionäre herausfinden, welche da getreulich ihrer Aufgabe oblagen. Niemand störte sie. Aber hier war die Polizei in aufregender Dienstbereitschaft. Ein Doppelposten mit geladenen Revolver besetzte die Fußgängersteige und das Heiligum des Kapitalismus.

Die Polizei fand in diesem Falle, daß die Arbeiter den Verkehr behinderten. Es ist eben ein Unterschied, ob es sich um Arbeiter oder Arbeitgeber handelt. Je nachdem ändert sich die Ansicht der Polizei über Verkehrshindernisse.

Seinen Verletzungen erlegen ist im Krankenhaus am Friedrichshain der achtjährige Knabe Walter Jielke, Thaeerstr. 31b, der sich am Freitag auf der Straße mit Anzünden von Streichhölzern vergnügte. Damit ihm der Wind die Hölzer nicht ausblasen sollte, hielt der Kleine dieselben dicht an das Jodett, das im Ru Feuer fing. Einer Feueräule gleich rann die Knabe umher, bis einige Erwachsene hinzusprangen und das Feuer erstickten. Unter gewaltigen Schmerzen wurde der Knabe ins Krankenhaus gebracht, wo er am Dienstag seinen Qualen erlegen ist. Dieser Vorfall sollte zur Warnung dienen.

Von seinem eigenen Wagen überfahren wurde Dienstag nachmittag in der Schönhauser Allee der Ruischer Rehl, der einen Arbeitswagen führte. Das Brett, welches R. als Ruischer Rehl benutzte, löderte sich plötzlich und der Wagenführer stürzte auf den Strahndamm hinab. Die Räder des schweren Fuhrwerkes gingen dem Unglücklichen über die Beine hinweg. R., der nach dem Krankenhaus Friedrickshain übergeführt wurde, hatte außer inneren Verletzungen einen Bruch des rechten Unterschenkels und schwere Quetschungen des linken Unterschenkels erlitten.

Zwei Kinder durch herabstürzende Blumentöpfe verletzt. Von einem verhängnisvollen Unglücksfall wurden Dienstag nachmittag zwei Geschwister in der Swinemünderstraße betroffen. Die elfjährige Schülerin Frieda Weinert und ihr neunjähriger Bruder Max, Swinemünderstr. 67 wohnhaft, hatten sich auf dem Heimwege befunden und als sie an dem Hause Swinemünderstr. 70 vorübergingen, stürzten aus der zweiten Etage vom Balkon plötzlich mehrere Blumentöpfe infolge eines Windstoßes herab und trafen die Kinder auf den Kopf. Das Mädchen brach bewußtlos zusammen. Es hatte eine Gehirnerschütterung erlitten. Auch der Knabe war erheblich verletzt worden. Ein Arzt aus der Nachbarschaft leistete den Verunglückten die erste Hilfe.

Eine schwere Brandkatastrophe ereignete sich Dienstag abend 10 Uhr in dem Hause Reindendorferstr. 24. Die an Krämpfen leidende 32jährige Ehefrau des Schlossers Stabie belam auch vorgestern wieder einen solchen Anfall, als sie mit der Petroleumlampe durch die Stube ging. Hierbei entglitt die Lampe ihren Händen und setzte ein Bett in Brand. Zugleich fingen die Kleider der armen Frau Feuer. Sich in Schmerzen windend, kam sie nach wenigen Augenblicken wieder zu voller Besinnung und stürzte nun, lichterloh brennend, aus ihrer im zweiten Stock des Quergebäudes belegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo sie wiederum bewußtlos zusammenbrach. Hausbewohner eilten herbei und erstickten die Flammen durch Aufwerfen von Tüchern. Die arme Frau war sichtlich zugerichtet. Alle Kleider waren total verbrannt und ihr ganzer Körper war über und über von Brandwunden bedeckt. Man schaffte sie zunächst nach der Unfallstation VI in der Lindowstraße und von da nach der Charité, wo sie bald nach der Einlieferung verstarb. Die in der brennenden Wohnung in ihren Betten sich befindenden Kinder konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Feuer selbst wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr leicht gelöscht.

Das bis auf die Knochen künigtren geschnittene Bürgerum muß auf. Es wird berichtet: Wegen die zu weitgehende Absperrung bei Paraden hat der Tempelhofer Bürger-

verein in seiner letzten Versammlung Stellung genommen. Es wurde darüber Klage geführt, daß bei Absperrungen weit über das erforderliche Maß sowohl in Bezug auf die Ausdehnung, als auch auf die Dauer der polizeilichen Absperrungen hinausgegangen und auf die Verkehrsbedürfnisse der gewerbetreibenden und arbeitenden Bevölkerung gar keine Rücksicht genommen werde. So wurde bei der letzten Parade auf dem Tempelhofer Felde die Berlinerstraße, einer der wichtigsten Verkehrswege des Ortes, schon um 8 Uhr 20 Minuten früh gesperrt. Ein Nebelstand ist auch die ungenügende, meist viel zu späte Bekanntgabe der Absperrungen in Tempelhof selbst, durch welche, wenn sie rechtzeitig und in ausreichendem Maße erfolgen würde, den Bewohnern unnütze, zeitraubende Laufereien erspart werden könnten. Der Verein beschloß, die Gemeindebehörden von Tempelhof, geklärt auf reiches Beschwerdematerial, darum zu ersuchen, eine Milderung der jetzt üblichen rücksichtslosen Absperrungsmassnahmen bei Paraden auf dem Tempelhofer Felde durch eine Eingabe an die Militärverwaltung und Verhandlungen mit den zuständigen Polizeibehörden anzuführen.

Der Protest wird nicht viel helfen. Die guten Tempelhofer Bürger müssen den durch die Absperrungen bei Paraden entstehenden Schaden schon in Kauf nehmen für den Vorzug, daß in ihrer unmittelbaren Nähe alljährlich regelmäßig zweimal militärische Schauspiele veranstaltet werden.

Ueber Massenvergiftungen durch Schabefleisch wird aus der Nähe des Zentralviehhofes in der Schreiner- und Samariterstraße berichtet. Eine große Anzahl Personen sollen infolge Genußes von Schabefleisch, das aus der Eichen Schlächterei in der Samariterstraße stammte, nicht unbedenklich erkrankt sein. Die Polizei hat auf Grund einer bei ihr erstatteten Anzeige eine Untersuchung eingeleitet.

Von einem Stadtbahnzuge zerstückelt. Zwischen den Stationen Tiergarten und Zoologischer Garten hat sich gestern vormittag gegen 11 Uhr ein entsetzlicher Unglücksfall zugetragen. Eine Anzahl Arbeiter, darunter auch der 45jährige Gustav Leidmann, waren auf der betreffenden Zwischenstrecke mit Gleisarbeiten beschäftigt. Beim Herannahen von Zügen wurden die Leute stets durch Signale gewarnt, damit sie zurücktraten. L., der wohl im Eifer der Arbeit eines der Signale überhört haben mußte, entfernte sich beim Eintreffen eines Sibirringzuges nicht schnell genug vom Gleis, wurde von der Lokomotive erfasst und unter den Zug gerissen. Die Arbeitskollegen, die dem Unglücksfall entsetzt zusehen mußten, zogen L. später als völlig zerstückelten Leichnam hervor. Arme und Beine waren vom Körper abgetrennt und der Kopf vollständig gerollt. Die Leichenteile wurden beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Zwei folgenschwere Petroleumexplosionen. Die alte Unsitte, beim Anzünden von Herdfeuer Petroleum anzuwenden, hat gestern wieder einen verhängnisvollen Unglücksfall herbeigeführt. Das 19jährige Dienstmädchen Agnes Kolbe, das bei dem Schankwirt Ritsche in der Teupitzerstraße 109 in Stellung war, goß, um das Feuer schneller anzufachen, auf das glimmende Holz im Küchenherd Petroleum. Im nächsten Augenblick erfolgte die unvermeidliche Explosion, und die Stichtamme traf das junge Mädchen. Die Unvorsichtige zog sich am Oberkörper, im Gesicht und am Kopf schreckliche Brandwunden zu und wurde in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus eingeliefert. — Bei der Explosion einer Petroleumlampe kam der 17jährige Arbeiter Richard Stelzer, Hohenzollernplatz 15, schwer zu Schaden. St. hatte während der Arbeit in einer Petroleumfabrik versehentlich eine brennende Lampe umgehoben, und als er sie wieder hochrichten wollte, explodierte sie, und das brennende Öl ergoß sich über den bedauernswerten jungen Mann. Die rechte Körperseite war über und über mit schweren Brandwunden bedeckt. St. fand im Tripler Krankenhaus Aufnahme.

Wieder eingefangen wurde der Artist Paul Vogan, der, wie wir kürzlich berichteten, die verwegene Flucht aus dem Strahndamm unternehmen hatte. V. war in der Vergstraße in Rixdorf seinem Transporteur, der ihn in das Moabitier Kriminalgericht bringen sollte, während der Fahrt durch das offenstehende Strahndammfenster entsprungen und nach einer wilden Jagd auch entkommen. Trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei konnte der Flüchtling zunächst nicht wieder gefasst werden. Ein Beamter hatte inzwischen ermittelt, daß Vogan eine „Braut“ besaß, die in der Jägerstraße wohnt. Das betreffende Haus wurde nun ständig beobachtet, und gestern ging der Artist in die ihm gestellte Falle. In dem Augenblick, als er die Wohnung der „Braut“ betreten wollte, wurde er verhaftet und unter den nötigen Sicherheitsmaßnahmen wieder dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Opfer des Verkehrs. Ueberfahren und schwerverletzt wurde gestern nachmittag der zehnjährige Schüler Hermann Dech aus der Reuen Hochstraße 18. Der Knabe hatte für die Rutter eingeholt, und als er den Strahndamm kreuzend auf das Elternhaus zuschritt, vermachte er einem vorüberreisenden Geschäftsfuhrwerk nicht mehr auszuweichen und wurde über Kopf und A. me gefahren. Beide Schläfen wurden dem Kinde eingeweicht und ihm der rechte Oberarm gebrochen. D. wurde in das Kinderkrankenhaus in der Reindendorferstraße gebracht; am seinem Aufkommen wird gezwweifelt.

Die Liste vom Parteitag Nr. 3367 ist verloren gegangen. Gezeichnet war noch nichts auf derselben. Abgegeben bei P. Melicki, Cadinerstr. 8.

Ein Jodett ist auf dem Volksfeste im II. Kreise abhanden gekommen. Der Finder wird um Abgabe desselben in der Parteispedition, Mittenwalderstr. 30, gebeten.

Im Zirkus A. Schumann ist am Dienstag die aus 12 Riesen-tigern bestehende Hendricksche Gruppe eingetroffen. Die mächtigen Raubtiere kamen direkt von Coney Island mittels des Doppelschraubendampfers „Pennsylvania“ in Hamburg an, wo sie sogleich nach Berlin verladen wurden. Zirkus Schumann selbst trifft noch heute, Donnerstag nach, aus Schweningen hier ein und beginnt seine Vorstellungen am Sonnabend mit einer Gala-Premiere.

Der Zoologische Garten hat seine Sammlung ausländischer Fiegen- und Schafaffen um eine ebenso eigenartige als hübsche Form aus dem Somalilande vermehrt. Die Schwarzkopfschafe entbehren, wie ihre Verwandten aus Kamerun, des Blickes, d. h. es fehlt ihnen die Walle, und sie tragen einfaches, kurzes Haar, dabei deutet ihre schlankte Figur auf Weidenartigkeit hin. An der Schwanzwurzel findet sich die für die Fettfleischschafe charakteristische Fettsammlung, die jedoch bei diesen Affen nicht sehr stark wird. Bis auf den schwarzen Kopf sind diese Schafe reinweiß und von einer hübschen Zeichnung, die das ganze Tier zu einer sehr eigenartigen und ansprechenden Erscheinung macht.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam aus noch nicht ermittelter Ursache in der Wilhelmstr. 31/32 Feuer aus. Als die erst spät alarmierte Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, standen im linken Seitenschlag die Werkstätten der Möbelschleiferei von Berthold Bömer schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Jachst des 2. Stock, besonders an fertigen Tischlerwaren, Holzvorräten und den Holzbearbeitungsmaschinen, Regalen, Türen, Fenstern usw. reiche Nahrung gefunden. Bereits brannte der Fußboden und die Balkenlagen im 2. und 3. Stock. Brandmeister Düwer ließ sofort vom 19. Zug mehrere Schlauchleitungen anlegen und kräftig Wasser geben. Es gelang, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten und um 8 1/2 Uhr die Flammen zu löschen. Der Schaden ist ganz erheblich. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Alben-

lebenstraße 6 und Pöfingergasse 23 zu tun, wo Holzkisten, Papier usw. im Schanlokal u. a. brannten. Am Mittwoch brannten auf dem Anhalter Außenbahnhof Stützen, Strohhalm und Verpackungsmaterial. Ferner wurde die Wehr nach der Köpenickerstr. 21 gerufen, wo Müll brannte, und nach der Altensteinerstr. 18, wo in einem Keller Speck usw. in Brand geraten war. Am Königsgraben 14a wurden Gardinen und Möbel ein Raub der Flammen. Weitere Alarmer liefen aus der Gerichstraße 47 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Verkehrsfragen zwischen Berlin und Rixdorf. Im Grundbesitzerverein zu Rixdorf hielt Dienstagabend der Magistratsbezirksrat für das Rixdorfer Verkehrswesen, Bürgermeister Voigt, einen Vortrag, worin er die Wünsche der in rapider Weise sich entwickelnden jungen Großstadt hinsichtlich ihres Verkehrswezens präzisirte. Besonders müsse Rixdorf, so führte der Redner aus, wegen seiner innigen Verschmelzung mit der Reichshauptstadt an den Berliner Schnellverkehr angeschlossen werden. Das könne am besten durch Errichtung einer Zweiglinie vom Hochbahnhof Hallesches Tor nach Rixdorf geschehen. Sodann sei es eine Lebensfrage Rixdorfs, daß man es an den Fernverkehr anlehne, was leider immer noch nicht der Fall sei, obwohl es auch im Interesse des Eisenbahnnetzes liege. Vor allen Dingen erhofft der Redner auch von der in Aussicht genommenen Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn eine Verbesserung des Rixdorfer Verkehrswezens. Auch empfehle es sich, schon jetzt auf den Zeitpunkt — das Jahr 1919 — hinzuweisen, wo die Konzession der Großen Berliner Straßenbahn erlöschet und die Stadt Berlin die Straßenbahn selber übernehmen wolle. Die Vororte müßten dann diesem Beispiel folgen und einen Zweckverband gründen. Jeder Vorort müßte die auf sein Gebiet fallenden Linien der Straßenbahn an dem betreffenden Zeitpunkt in eigene Regie nehmen. Daß der städtische Betrieb der Straßenbahnen sich lohne, lehnten beispielsweise die hohen Ueberschüsse der städtischen Straßenbahnen von Frankfurt a. M. (800 000 M.) und Köln (400 000 M.). Ueber die projektierte Schwebbahn Gesundbrunnen-Rixdorf hat sich Herr Voigt nicht ausgelassen.

Pankow.

Die Gemeindevertretung vollzog in ihrer letzten Sitzung die Neuwahl der Mitglieder der Voreinschätzungskommission. Die durch den Gemeindevorsteher aufgestellte Liste wurde einstimmig angenommen. Zustimmung fand auch der Antrag auf Kündigung der auf dem von der Gemeinde angekauften Grundstück in der Dreierstraße lastenden Hypotheken. Für das im Oktober in Betrieb zu nehmende Pankower Krankenhaus wurden die Preise für die Krankenhausbehandlung wie folgt festgestellt: für Krankenkassenfranke pro Tag 2,50 M., für andere Kranke 3,00 M. In der zweiten Klasse werden erhoben für einheimische (Pankower) Kranke 4,50 M., für auswärtige 6,00 M.; für Kranke erster Klasse: einheimische 10,00 M. und für auswärtige 12,00 M. Krankenkassenfranke, welche eventuell in der zweiten Klasse untergebracht zu werden wünschen, haben die Differenz nachzuzahlen. Für die Krankenpflege im Krankenhaus soll ein Vertrag mit dem Roten Kreuz geschlossen werden, nach welchem der Verein allein den gesamten Krankenpflegedienst in der Gemeinde Pankow übernimmt, gleichzeitig soll eine sogenannte Schwesternschule zur Ausbildung von Krankenschwestern errichtet werden. Nach längerer Debatte wird die Beschlußfassung ausgesetzt und beschlossen, jedem Gemeindevorsteher einen Vertragsentwurf zuzusenden. Die Mittel zur Einstellung eines Wärters für das Krankenhaus werden bewilligt.

Das neuerbaute Arbeiterwohnhaus auf Nieseltweg Mühlenbeck ist bereits so bewohnt, daß es den Ansprüchen nicht mehr genügt; außerdem führt das Zusammenwohnen der Schmitter mit den übrigen Arbeiterfamilien zu Unbehagen. Es soll das alte Arbeiterwohnhaus nur für die Schmitterfamilien eingerichtet werden. Zum Ausbau desselben werden 1800 M. bewilligt. Zu Schulzwecken wird ein Grundstück gebraucht; eine Reihe von Grundstücken sind der Gemeinde angeboten worden. Die Vertretung beschloß den Ankauf des dem Gemeindevorsteher Görsch gehörigen Terrains in der Görschstraße, da derselbe die billigste Offerte (für die Quadratrute 250 M.) abgegeben hat. Ein Antrag des Gemeindevorsteherats auf Ueberlassung eines Gemeindegeländes zur Erbauung einer Spielschule und zur Abhaltung von Konsumbändenunterricht wird abgelehnt, da das in Frage kommende Grundstück in der Kaiser-Friedrichstraße (Wasserwerkgrundstück) sich nicht dazu eignet.

Weißensee.

Herr Dr. Pape vertritt sich wieder auf seinem Spezialgebiete. Er inzidentier einen neuen Streit mit der Krankenkasse, indem namentlich die Beiträge der Kostenbesitzenden angefochten werden. Seit dem 1. Juli 1904 besteht laut Vertrag zwischen den Beamten und dem Vorstande die Gebaltsregelung nach Beamtenkategorien. Nach demselben werden die Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung für Angestellte unter 2000 M. von der Kasse gezahlt. Ebenso wird in Krankheitsfällen für sämtliche Angestellte das Gehalt drei Monate weiter gezahlt. Diese Bestimmungen werden nunmehr von Herrn Dr. Pape als rechtswidrig nicht anerkannt und laut Verfügung wurde dies den Beamten bekannt gemacht. Ja, Herr Dr. Pape geht noch weiter, er macht die Vorstandsmitglieder für die seit dem Jahre 1904 von der Kasse gezahlten Beiträge regreßpflichtig. Selbstverständlich haben die Beamten gegen diese Maßregel einstimmig Protest erhoben und man kann auf den Ausgang der Sache gespannt sein.

Wilmsdorf.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 4. d. M., seine Generalversammlung ab, in der die Genossen Schäfer und Hilbig Bericht von der Generalversammlung des Kreises erstatteten. In der darauffolgenden Diskussion zeigte der Punkt Kaiserfeier eine sehr rege Debatte. Genosse Köpping führte aus, daß er es wohl verstehen könne, wenn sich die Gewerkschaften dagegen sträubten, die Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung zu bringen, zumal durch die Kaiserfeier eine Reihe Kämpfe veranlaßt wurden, auf welche sich das Unternehmertum ein ganzes Jahr vorbereiten könnte und die in verschiedenen Verufen in die Zeit der ungünstigen Konjunktur fielen. Da andererseits die Kaiserfeier doch auch den Zweck habe, immer mehr Arbeiter zu uns heranzuziehen, so wäre er mit einer Verlegung der Feier auf den ersten Sonntag im Mai einverstanden.

Samtliche weiteren Redner traten diesen Ausführungen sehr entschieden entgegen und meinten, man könne dann auch ebenso gut am 27. Januar feiern, denn eine Veranstaltung am Sonntag oder gar am Abend, wie vorgeschlagen worden sei, vielleicht mit komischen Vorträgen und dergleichen, sei eben keine Feier des Weltfesttages. Das könne nie eine Demonstration werden, mit der man der Bourgeoisie imponieren könne.

Wenn man sich nun in Köln gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt habe, so habe eben die diesjährige Kaiserfeier bewiesen, daß dort nicht die Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaftsführer diese Stellung eingenommen haben. Im übrigen müsse man auch bereit sein, für seine Ideale Opfer zu bringen. In dem Bericht des Vorstandes hebt der Vorsitzende hervor, daß der Versammlungsbesuch sowie der der Zahlende ein äußerst minimaler sei, der zu der Mitgliederzahl von nunmehr circa 500 in gar keinem Verhältnis stehe. Es müsse da unbedingt mehr getan werden, wenn wir zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen schlagfertig sein wollen. Dem Kassierer, welcher den Kassenbericht des zweiten Quartals gab, wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Ein Vorschlag des Vorstandes, im November einen Kunstabend abzuhalten, bestehend aus einem Künstlerkonzert mit erster Kräfte und Rezitationen, mit anschließendem Tanz, wurde einstimmig angenommen.

Zur Lokalfrage sei wiederholt, daß uns hier außer „Luisenpark“ kein Lokal zur Verfügung steht und sind alle anderen Lokale gesperrt.

Steglitz.

Unverzeßlicher Leichtsinns verursachte gestern vormittag einen Unfall, dem leicht ein Menschenleben hätte zum Opfer fallen können. Um diese Zeit passierte die Frau unseres Genossen D. den Neubau in der Salsöfstr. 108, ihre beiden jüngsten Kinder an der Hand, während das 4-jährige Söhnchen ihr folgte. Plötzlich stürzte ein Teil des Bauzaunes, welcher nur angelehnt war, auf das Trottoir und begrub den Kleinen unter sich. Hierbei trug das Kind neben einer blutenden Kopfwunde noch andere leichtere Kontusionen davon und mußte in ärztliche Behandlung genommen werden. Von der Bauleitung sollte man doch erwarten dürfen, daß sie an einer so verkehrreichen Stelle mit etwas mehr Umsicht ihres Amtes walte.

Französisch-Buchholz (Bezirk Pankow).

Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit dem Streit bei dem hiesigen Zigarrenfabrikanten R. Thmar. Genosse Kiesel referierte über die Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen wie über die Verhältnisse in der Thmarschen Fabrik. Den Arbeitern der genannten Fabrik waren nach bekannter Unternehmermanier die so wieso schon mehr wie länglich bemessenen Löhne um ein weiteres (auf 1000 Zigarren 50 Pf.) gekürzt. Mit den Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu verhandeln weigerte sich Herr Thmar. Die Arbeiter traten infolgedessen in den Streik ein, welcher bereits sechs Wochen währt. Die Hauptabnehmer der Thmarschen Fabrikate sind Gastwirte aus Schöneberg, Schönwalde, Passow, Wandlitz, Klosterfelde, Blankenfelde, Schildow, Schöneberg, Permsdorf, Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Selten und Behlefeld. Die Arbeiter dieser Orte werden um Unterstützung ersucht. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die öffentliche Versammlung verurteilt das Vorgehen des Herrn Thmar gegen seine Arbeiter. Die Teilnehmer verpflichten sich, nicht der Thmarschen Zigarren zu kaufen, bis derselbe den Deutschen Tabakarbeiterverband als den berechtigten Vertreter der Arbeiter anerkennt und die erfolgte Lohnreduktion rückgängig macht“.

Spandau.

Die Arbeiter der Firma Dreufstein u. Koppel beschäftigten sich in einer am Montag stattgefundenen öffentlichen Versammlung mit Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Betriebes. Der Kollege Wiede vom Metallarbeiterverband lenkte die Diskussion in seinem Referat die im Betriebe herrschende Arbeitsweise und zeigte auch, wie Abhilfe möglich sei. Nur durch Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation könne eine Besserung der gegenwärtigen Zustände eintreten. Kollege Stiering vom Schmiedeverband ergänzte die Darlegungen Wiedes. Die Arbeiter müssen es sich zur Pflicht machen, seine Ueberstunden mehr zu leisten. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für den Reumünderstag aus. In einer Resolution stimmten alle anwesenden Arbeiter der Firma (circa 500) dafür, den neunständigen Arbeitstag allgemein zur Durchführung zu bringen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die ungerechtfertigte Verurteilung der am Donnerstag geplanten Werkstattbesprechung durch die Polizei. Genosse Richter geißelte das polizeiliche Verfahren unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen und gerichtlichen Entscheidungen. Es scheine System in dem Verhalten der Spandauer Polizei in Versammlungsvereitelungen zu liegen.

Verurteilt wird und noch, daß Genosse Richter von seinem Arbeitgeber wegen seiner agitatorischen Tätigkeit entlassen worden ist.

Nach den Eintragungen des Einwohner-Meldamtes gestaltete sich die Bevölkerungsbewegung des Stadtbezirkes im Monat August folgendermaßen: Es fanden 21 Eheschließungen und 169 Geburten statt. Gestorben sind 132 Personen, davon waren 78 unter 1 Jahr alt, 18 von 1 bis 5, 3 von 5 bis 10, 1 von 10 bis 20, 6 von 20 bis 30, 8 von 30 bis 40, 7 von 40 bis 50, 6 von 50 bis 60, 7 von 60 bis 70, 5 von 70 bis 80, 5 über 80 Jahre alt. Von außerhalb zugezogen sind 885 und nach außerhalb verzogen 834 Personen. Wirtin stellt sich die Bevölkerungszahl am 1. d. M. auf 71 967 gegen 71 899 im vorhergehenden Monat. Auffallen dürfte in dieser Statistik die große Zahl der Sterbefälle der Kinder unter 1 Jahr, welche rund 58 1/2 Prozent aller Gestorbenen und 44 Prozent der im Monat Geborenen beträgt. Diese Zahlen sollten unsere Hygieniker und Stadtväter zum Nachdenken veranlassen.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung soll die Vorlage, die sich mit der anderweitigen Regelung der Gehälter der Beamten und Lehrer sowie den Löhnen für die städtischen Arbeiter beschäftigt, in geheimer Sitzung beraten werden. Ein solcher Vorgang steht so ziemlich einzig da. Nicht nur die direkt Beteiligten, sondern weite Kreise der Spandauer Bevölkerung haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie sich die Vertreter der Bürgerschaft zu der Entlohnung der im Dienste der Stadt stehenden Beamten und Arbeiter stellen. Es liegt nicht der geringste Grund vor, diese Angelegenheit hinter verschlossenen Türen zu erledigen; es sei denn, die Herren Stadtväter scheuen sich, ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Gegen dieses Verfahren kann gar nicht scharf genug Protest eingelegt werden.

Potsdam.

Kein Bierkrieg. Die Einigungsverhandlungen, die hier zwischen den Brauereien und den Gastwirten geführt wurden, sind heute unter dem Vorsitz des Stadtrates Dr. Over zum befriedigenden Abschluß gelangt. In einer vorausichtlich am Freitag stattfindenden öffentlichen Gastwirterversammlung sollen die Abmachungen sanktioniert werden.

Vermischtes.

Ueber ein schweres Grubenunglück auf der Zeche „General“ in Bochum hatten wir in unserer Nummer vom 14. August nach einem Bochumer Blatte berichtet. Jetzt, nach Verlauf eines Monats, erhalten wir von der Gewerkschaft „General“ eine Verächtigung folgenden Inhalts:

Mit Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes fordern wir Sie auf, den Artikel in Nr. 187 des „Vorwärts“ vom 14. August dieses Jahres, der sich mit dem Unfall auf Zeche „General“ in Weimar bei Bochum am 10. August beschäftigt, wie folgt zu berichtigen: „Es ist nicht richtig, daß bei dem Unfall auf Zeche „General“ am 10. August elf Bergleute schwer verletzt wurden; es erlitten vier schwere und fünf leichte Verletzungen. Es ist nicht richtig, daß mangelhafte Konstruktion der neuen Fördermaschine Ursache des Unglücksfalles war. Die Maschine wurde sofort nach dem Unfall in Gegenwart des königlichen Bergbeamten und eines maschinentechnischen Sachverständigen einer eingehenden Revision unterzogen. Diese ergab, daß die Fördermaschine, die übrigens vor wie nach dem Unfall ohne Anstand funktionierte, in allen Teilen durchaus intakt und betriebsfähig war. Es ist nicht richtig, daß die Zeche „General“ ein Schacht ist, auf dem sich alle Augenblicke irgend ein mehr oder minder schwerer Unfall ereignet.“

Schachtend

Gewerkschaft „General“.
(Name unleserlich.)

Aus diesem Schriftstück geht so viel hervor, daß nicht 11, sondern nur 9 Bergleute bei dem Unglück verletzt wurden. Das aber überhaupt die Ursache des Grubenunglücks war, darüber erhalten wir aus dem Schreiben auch keine Auskunft, es sei denn, man betrachtet die Feststellung, daß alles in Ordnung war, als eine solche.

Neue Erbhöhe.

In Valparaiso wurden vorgestern Abend und gestern Morgen starke Erbhöhe verpürt. Die in Schrecken versetzte Bevölkerung floh auf die benachbarten Hügel.

Mailand, 12. September. Seit drei Tagen werden in verschiedenen Provinzen Italiens neue Erbhöhe verpürt. Diefelben waren besonders heftig bei den Ortschaften Terni und Trabis.

Buenos Ayres, 12. September. Das Blatt „Nacion“ teilt mit, daß trotz der optimistischen Ankündigungen seitens der Sternwarte die Bevölkerung noch immer von heftiger Panik ergriffen ist. Zahlreiche Einwohner von Santiago verbringen nach wie vor die Nächte auf öffentlichen Plätzen.

Valparaiso, 12. September. Gestern nachmittag 5 Uhr 10 Minuten ereignete sich abermals ein heftiger Erbhöhe, dem später zwei noch heftigere folgten.

Eine Brücke eingestürzt. Eine Kolbrücke, welche bei Monte im Nanton Wallis errichtet worden war, ist vorgestern Abend, gerade als ein Zug darüber fuhr, eingestürzt. Ein Teil des Zuges wurde zertrümmert, der Heizer getötet, der Rajshinist verwundet. Der Verkehr ist unterbrochen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größter 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Besprechung um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

Rixdorf 77. 1. Ja. 2. Wenn das Betriebskapital weniger als 3000 und die Jahreserträge unter 1500 M. beträgt, so ist Gewerbesteuer nicht zu zahlen. 3. Das ist möglich. — **Ruffe 200.** Rein. — **M. 100.** Neuenhagen. Sie sind rechtlich zur Unterstutzung nicht genugenden und können es auf eine Klage ankommen lassen. — **00. D.** 15 bis 25 M. monatlich werden vom Gericht als angemessene Mimente für ein Kind erachtet. — **M. R. 22.** Rein. — **Saamschule 202.** Ja, falls Ihre Mutter nicht den Mietbetrag hinterlegt. — **S. D. 61.** Das von Ihnen unterschriebene Schriftstück ist gültig. Stempel ist zur Gültigkeit keineswegs erforderlich. — **Bruno C.** Sie müßten sich eventuell an den Magistrat oder an einen der Stadterordneten wenden. — **S. 101.** Ja, stellen Sie den Antrag auf Bewilligung einer Unfallrente. — **M. J. 16.** 1. Rein. 2. Derjenige, der zuerst in der Woche beschäftigt, trägt die Versicherungspflicht. — **S. Z.** Steglitz. 1. Der Inhalt der uns nicht bekannten Bolke ist entscheidend. Eine Jurisprudenz erfolgt nicht, in der Regel ist der Verfertiger auch nicht berechtigt, einseitig zurückzutreten. 2. Fordern Sie die Reinigung der Wohnung innerhalb einer bestimmten Zeit, drohen Sie, daß Sie eventuell die Reinigung vornehmen lassen würden, führen Sie die Drohung aus und verlangen von dem Miete die Kosten. Ein Recht zum Rücktritt vom Vertrage steht Ihnen leider nicht zu. — **G. Pelsch.** „Seimen“. — **M. 101.** Ueberzeugungen müssen wir ablehnen. — **Selgoland.** Vor einer derartigen Anwerbung ist dringend zu warnen. — **R. 30.** 1892. — **M. 2. 74.** Sie können selbstables Mitglied bleiben. — **2. 122.** 1. Verjährung liegt nicht vor. 2. Ja. — **P. H. 29.** Sie tun am besten, sich direkt an die Stützungsdeputation des Magistrats (Rathaus) unter Vorlegung der Verhältnisse zu wenden. — **J. H. Vöpperhert.** 35. 1. Die unentbehrlichen Sachen sind unpflanzbar. Welche Sachen unentbehrlich sind, ist im Gesetz nicht ausdrücklich, vielmehr von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. Einem Vorwächter steht solches Recht nicht zu. — **M. H. 9.** Handelt es sich um die dem Segner zu erstehenden Kosten, so liegt Verjährung nicht vor. Sonst besteht Verjährung, da in Preußen Gerichtslosten in vier Jahren verfahren. — **G. W. 100.** Sie müßten sich an den Vormund und an das Vormundschaftsgericht wenden. Ohne genauere Kenntnis des Sachverhalts ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **J. K.** 1. Krankensicherungspflichtig sind Sie nicht, Sie könnten nur einer Kasse freiwillig beitreten, z. B. der Offenbacher Krankenkasse, Pringensstraße 66. 2. Kaufmann sind nicht zulässig. — **M. W. 21.** a) Ehelichungsgründe sind: Uebereid, Bigamie, mibrennathliche Unzucht, Trachten nach dem Leben, böswillige Verletzung, Gekteskrankheit, Verletzung durch christos oder unethisches Verhalten, das eine Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verursacht. Die einzelnen Gründe finden Sie in den §§ 1564 bis 1584 Bürgerliches Gesetzbuch. b) Wäre c) Wenn der Mann nicht der Ehefrau ist: ja. — **G. 26.** 1. Verjährung tritt in fünf Jahren ein, aber jeder Strafbrief und jede gerichtliche gegen den Täter gerichtete Handlung unterbricht die Verjährung. 2. Was Sie anzuführen, genügt nicht zur Uebereidung. — **S. D.** Eine Frist für die Aufnahmepflicht besteht nicht. Sie können durch öffentliche Zustellung klagen, ein Urteil erwirken und nachher wegen Ihrer Forderung nicht Kosten Zwangsvollstreckung in die zurückgelassenen Gegenstände vornehmen. — **M. 3.** Rein. — **S. Z. 100.** 1. In 5 bis 10 Jahren. 2. Der Ehefrau haftet nicht für die vorerhaltenen Schulden seiner Frau. — **Wettreit 9.** 1. Nur wo erbstatutarische, provinziale oder Kreisstatuten das vorschreiben, sind in Preußen die ländlichen Arbeiter krankensicherungspflichtig. 2 und 3. Ja, auf die Dauer von sechs Wochen. 4. Rein. — **G. R. 1.** Von der Aufzuchtspflicht ab. 2. Rein. 3. Rein. — **H. Wendt.** 1. Wenn Sie ein Verbrechen trifft ja. 2. Auf die Dauer von sechs Wochen. — **G. 3. 11.** 1. Die Wählbarkeit einer solchen Ausdehnung der Anlage widerspricht dem Gesetz nicht. Sie können sich an einen Verteidiger zu wenden. — **Recht 500.** 1. Zur Ablehnung der Vormundschaft ist berechtigt, wer mehr als eine Vormundschaft oder mehr als zwei Gegenvormundschaften führt. In Ihrem Falle können Sie geltend machen, daß Sie durch Krankheit oder Schwachen an ordnungsmäßiger Führung der Vormundschaft verhindert sind. 2. Ja. 3. Pflegschaften können sich auch auf andere Dinge beziehen. — **G. R. 100.** Sie können den Sachverhalt schildern und Strafantrag stellen und das Schriftstück der Staatsanwaltschaft überreichen. Leht die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anzeige ab, weil kein öffentliches Interesse vorliegt, so können Sie Privatklage einreichen.

Zigarrengeschäft 49. Postiers sind nicht krankensicherungspflichtig. — **S. G. 100.** 1. Gefährlich. 2. Die Staatsanwaltschaft und die Polizeibehörde sind die Behörden zur Entgegennahme von Strafanträgen. — **Wäscheri-Ausklebung.** Bestimmungen über die Dekorierung von Schaufenstern bestehen nicht. So weit rechtlich ist gegen das Anbringen solcher Redalle nur dann einzuschreiten, wenn etwa durch dieselbe ein solcher Schaden eracht werden kann. — **Zehlfachein 160.** 1. Sie können sofort klagen. 2. Das Amtsgericht ist zuständig. — **Erbrecht 9.** 1. Der Anspruch könnte höchstens auf die letzten 10 Jahre erstreckt werden, erhebt sich für diese auschütlos. 2. Ja. — **99 C. A.** Die Wirtin ist im Recht, wenn der Mietvertrag bereits mündlich geschlossen war und nicht etwa verabredet wurde, daß er erst als geschlossen gelten solle, wenn der schriftliche Vertrag unterschrieben ist.

Guland. Wenden Sie sich an einen Anwalt zur Vertretung der Rechte Ihrer Schwester. Von der Verhandlung werden wir nach Möglichkeit Kenntnis nehmen. — **M. G. 1.** Uns nicht bekannt. — **T.** Die Wahrnehmung des Termins ist durchaus zu empfehlen. Zahlen Sie in dem Termin, legen Sie die Sachlage dar, beantragen die Abweisung und für den Fall einer Verurteilung Ihnen nachzulassen, erst am Ende des Monats zu zahlen. — **M. G. 10.** Auf der Erfüllung. — **J. G. 37.** Wenden Sie sich an einen Vogelhändler oder an einen Aquariumhändler.

— **S. D.** Leider ist, nach dem was Sie vortragen, der abliegende Bescheid zurechtend. — **S. 27.** Die Möglichkeit eines neuen Verfahrens auf Grund des jetzt erst beschafften Aktes liegt vor. — **M. 3.** Ein Uebhindernis zwischen Gouline und Cousin besteht, falls die beiden einander ehelichen wollen, nicht. Die Ehe wird durch das Standesamt geschlossen; gegen die spätere kirchliche Zeremonie hat die Kirche in Ihrem Fall nichts einzuwenden. — **Vertfährer.** 1. Ja, aber abzüglich des Krankengeldes. 2. u. 3. Rein, aber während der Krankheit ist Entlassung möglich. — **M. 17.** Wenden Sie sich an die Ihnen zunächst liegende Fortbildungsschule. — **S. R. 100.** 1. Rein. 2. Durch 1 erledigt. Ein Unterkenntnis ist rückfällig der Mimente reich mündenswert. 3. Ja. — **M. 2.** Derartige Spiele sind weder bedrohlich erlaubt noch bedrohlich verboten. Von Fall zu Fall hat das Gericht auf Antrag zu entscheiden, ob ein gemeinbäufiges Glücksspiel vorliegt, und entscheidet mal ja, mal so. — **M. 3. 10.** In einigen Anstalten besteht allerdings noch das Prügel als logemannes Disziplinarrate. — **M. 24. 31.** 1. Ein Beispiel für ein wechselfähiges Testament finden Sie Seite 233 Nr. 55 und 56 des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahrbuchs. 2. und 4. Rein. 3. Ja. — **M. R. 2.** — **S. D.** Zehlfachein. Die Unfallrente für die Witwe und Kinder beträgt je 30 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch insgesamt nicht mehr als 60 Proz. Im Falle der Wiederverheiratung erhält die Witwe 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes ihres Ehemannes als Abfindung. — **S. G. 2.** Nach zurechtendrer Ansicht ja. Die Höhe des Schadenersches hängt von den einzelnen Umständen ab. — **J. W.** Der Holleserantenstil bleibt auch dem Verurteilten. — **R. Z. 888.** Rein, man kann aber unter Vorlegung der Verhältnisse Steuerfreiheit beantragen. — **Müller 28.** Gegen die Beigerung des Standesbeamten können Sie sich mit Erfolg an das Gericht wenden. Wegen der Schreibweise des Namens wenden Sie sich an die Regierung. — **999.** 1. Der Vertrag ist durch das Gesetz nicht gebndert. 2. Der Name stammt aus den Bauernregeln. — **G. R. 72.** Eine Klage auf Ehelicheintritt in Ihrem Falle nicht erfolglos. Der Klage muß ein Ehelichenschein vorgelegt werden.